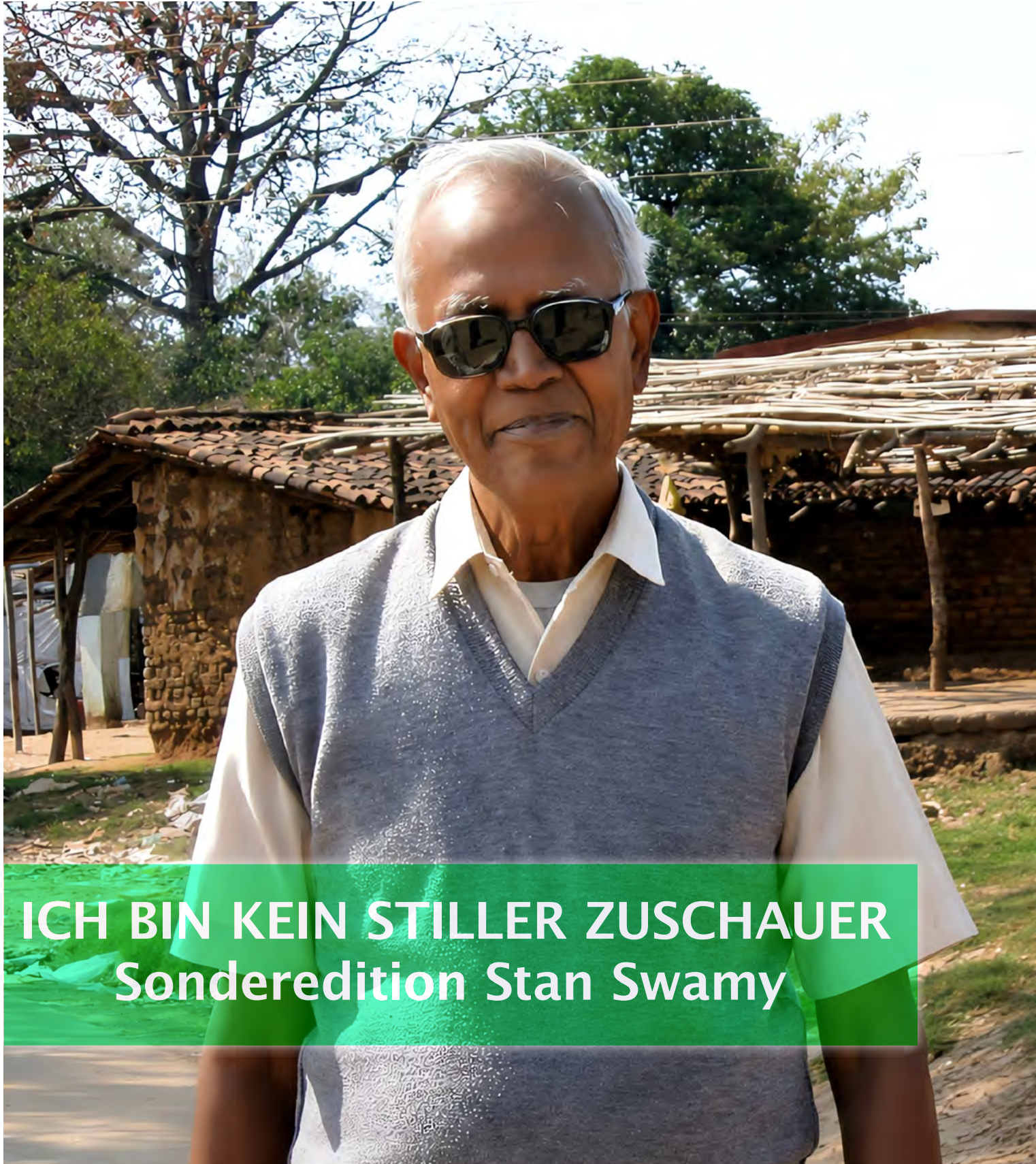


# SÜDASIEN

Zeitschrift des Südasienbüro e.V.

Sonderausgabe 2026



**ICH BIN KEIN STILLER ZUSCHAUER**  
**Sonderedition Stan Swamy**

## Impressum

Herausgeber  
Südasiensbüro e.V.  
Adivasi Koordination e.V.

Redaktionsanschrift  
Südasiensbüro e.V.  
Postfach 7142  
53071 Bonn  
kontakt@suedasien.org  
www.suedasien.org

Adivasi Koordination e.V.  
Jugendheimstraße 10  
34132 Kassel  
adivasi.koordination@gmx.de

An diesem Heft haben  
mitgearbeitet  
Line Fleig (AKD e.V.)  
Theodor Rathgeber

Layout  
Frances A. Niebuhr

Geschäftsführung  
Frances A. Niebuhr

**Titelbild**  
Stan Swamy im Jahr 2012 © Adivasi  
Koordination e.V.

**Foto Hefrückseite**  
Der Sarananda Wald im Süden Jhar-  
khands © Adivasi Koordination e.V.

**Druck**  
AC medienhaus Wiesbaden

**Erscheinungsdatum:**  
1. Juni 2026

**Titel der Originalausgabe**  
„I am not a silent spectator – Why  
Truth has become so bitter, Dissent  
so intolerable Justice so out of  
reach“. *Indian Social Institute*, Ban-  
galore 2021

**Bankverbindung**  
Adivasi-Koordination in  
Deutschland e.V.  
Evangelische Bank eG  
IBAN: DE60 5206 0410 0004 0037 64  
BIC: GENODEF1EK1

Die deutschsprachige Ausgabe  
wurde gefördert von der Stiftung  
Vielfalt der Kulturen Göttingen

ISSN 0933-5196

Publikationsbedingungen: Autoren,  
Übersetzer und Fotografen arbeiten  
ohne Honorar. Sämtliche Rechte für die  
Wiedergabe in anderen Medien liegen  
beim Südasiensbüro e.V. Die Rechte für  
die mit © gekennzeichneten Beiträge  
bleiben bei den Urhebern. Der Nach-  
druck der anderen Beiträge ist bei Nen-  
nung der Quelle und Übersendung von  
zwei Belegexemplaren gestattet.

# INHALT

## **VORWORT ZUR DEUTSCHEN AUSGABE** **1**

## **VORWORT** **1**

- |   |   |
|---|---|
| 1 | Dr. Nandini Sundar – Eine Flamme, die hell lodert |
| 2 | Stan Swamy – Prolog                               |
| 3 | Dr. Josef Xavier SJ – Vorwort des Verlags         |

## **HAUPTTEIL** **4**

- |    |    |  |
|----|----|--|
| 4  | 01 | Altbekanntes und neue Perspektiven                                       |
| 7  | 02 | Wie von einem Magneten angezogen   |
| 10 | 03 | Auf einem Vulkan blühen keine Blumen                                     |
| 20 | 04 | Türklopfen am frühen Morgen  |
| 24 | 05 | Unterdrückt, aber nicht besiegt  |
| 26 | 06 | Über den Unterschied zwischen<br>Kapitalismus und Sozialismus            |
| 27 | 07 | Rechtswidriger Bergbau   |
| 29 | 08 | Plötzlich gilt Waldschutz als Waldzerstörung                             |
| 31 | 09 | <i>Pathalgadi</i> wird mit Aufruhr gleichgesetzt                         |
| 34 | 10 | Entwicklungen, über die niemand sprechen will                            |
| 38 | 11 | Wahrheit ist bitter, Dissens unerträglich,<br>Gerechtigkeit unerreichbar |
| 41 | 12 | Verhöre zum Fall Bhima Koregaon  |
| 50 | 13 | Im Falle einer Verhaftung zu veröffentlichen                             |
| 52 | 14 | Gefängnis-Tagebuch und Gedichte  |

## **EPILOG** **60**

## **GLOSSAR** **61**

## Liebe Leser:innen und Mitstreiter:innen,

Die Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., die Zeitschrift SÜDASIEN und das Südasienbüro e.V. haben sich entschlossen, das schriftliche Vermächtnis von Stan Swamy ins Deutsche zu übersetzen und zu veröffentlichen. Der Übersetzung zugrunde liegt das englische autobiografische Fragment *I am not a silent spectator - Why Truth has become so bitter, Dissent so intolerable, Justice so out of reach*, herausgegeben vom *Indian Social Institute* in Bangalore und abrufbar über die Webseite [www.adivasi-koordination.de](http://www.adivasi-koordination.de).

Stan Lourduswamy (Swamy) war – und ist – auch im deutschsprachigen Raum als Menschenrechtsaktivist bekannt, der sich vor allem für die Rechte der Adivasi, die indigene Bevölkerung in Indien, einsetzte. Stan Swamy (\* 26. April 1937, † 5. Juli 2021) gehörte dem Jesuitenorden an (*Societas Jesu, SJ*) und war beeinflusst von der Befreiungstheologie, die ihren Ausgang in Südamerika genommen hatte. Laut Zeitzeugen hatte Stan Swamy den katholischen Erzbischof Dom Hélder Câmara in Brasilien kennengelernt und wie er die Kirche an der Seite der „Armen und Schwachen“ gesehen.

Wir wollen jedoch kein weiteres Vorwort im klassischen Verständnis anfügen. Die Herausgeber der englischen Ausgabe haben dazu schon alles geschrieben. Unser Vorwort ist als Lesehilfe zu verstehen, ähnlich die von uns zugefügten Fußnoten (Anm. d. Red.) zum Original.

Uns ist sehr daran gelegen, Stan Swamy auch in der deutschen Übersetzung in seiner Haltung und Entwicklung möglichst authentisch zu Wort kommen zu lassen. Damit meinen wir nicht nur die angemessene Wortwahl, sondern eben auch die Art seiner Darstellung. So beschreibt Stan Swamy bestimmte Ereignisse mehrfach und zusehends ausführlicher in verschiedenen Kapiteln. Wir hätten Passagen kürzen, seinen Text und Gedankengang straffen können, aber dann wäre seine wachsende Empörung über das willkürliche Regierungshandeln verloren gegangen. Letzteres ist wiederum gleichzeitig Ausdruck der stetig repressiver vorgehenden Regierungen gegen alles, was ihr als Dissens gilt. Verantwortlich dafür zeichnen vor allem die indische Volkspartei BJP (*Bharatiya Janata Party*), die von ihr geführten Zentral- und Landesregierungen bzw. die von ihnen kontrollierten Ermittlungsbehörden.

In gleicher Weise wuchs Stan Swamys Geduld und Hoffnung auf faire, rechtsstaatliche Verfahren durch den Staat gegenüber den Grundrechten der Adivasi-



Stan Swamy im Jahr 2012

Bild © Adivasi Koordination e.V.

Bevölkerung sowie der Menschenrechtsaktivist:innen in Indien. Seine von Staats wegen verschuldete Verschlechterung seines Gesundheitszustands und letztlich sein Tod haben seine Hoffnung zwar abrupt beendet – so tragen wir seine Hoffnung auf Veränderung zu Mitmenschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit mit dieser Broschüre weiter. Stan Swamy schreibt immer wieder, „die Realität sieht jedoch anders aus“ wenn es um schriftlich fixierte Rechtsgarantien geht. Er führt gleichzeitig Beispiele an, dass es auch gelingt, die Realität an das Sollen anzunähern.

Angepasst haben wir Stan Swamys Text an das im Deutschsprachigen vorgenommene Bemühen, sprachlich und begrifflich Diskriminierungen abzubauen und eine Gender-angemessene Ausdrucksform zu verwenden.

Beim Begriff „Adivasi“, der sich aus *adi* (etwa „ursprünglich“) und *vasi* (etwa „Siedler:in“) zusammensetzt und sich daher als „Ureinwohner:in“ übersetzen ließe, haben wir länger überlegt, ob wir uns die Übersetzung einfach machen und „indigen“ als Ersatzbegriff verwenden sollen. In Indien nutzen jedoch nur wenige diesen Begriff und dann meist mit Verweis auf internationale Gepflogenheiten. Indienweit ist „Adivasi“ ein Begriff, den die Angehörigen der Kategorie selbst im Rahmen politischer und sozialer Emanzipationskämpfe sowie ihre Unterstützer:innen verwenden.



Stan Swamy bei seiner Priesterweihe

Bild © Indian Social Institute Bangalore

Daneben bezeichnen sie sich zum Teil auch als „*Tribals*“ (Stammesgesellschaft), nicht nur aus überkommener Gewohnheit, sondern auch, weil dieser Begriff verfassungsrechtlich bedeutsam ist und Rechtsgarantien beinhaltet. In der deutschsprachigen Literatur ist hingegen alles, was mit „Stämmen“ und somit Rückständigkeit zu tun hat, seit längerer Zeit zurecht verpönt. „Stammesgesellschaft“ ist eine Krücke, um dem Vorurteil des „Primitiven“ zu entgehen.

Stan Swamy hält 2012 eine Rede bei den Koel-Karo-Gedenktagen

Bild © Adivasi Koordination e.V.



Der Begriff Adivasi transportiert nicht zuletzt Stan Swamys Verständnis von Rechtspositionen und Ansprüchen an eine selbstbestimmte Lebensform, die Adivasi als erste Siedler:innen eines Gebiets für sich und ihre Umgebung mit vollem Recht reklamieren. Die Begriffsfindung ist damit nicht abgeschlossen, in der vorliegenden Broschüre sind wir Stan Swamy vermutlich am nächsten gekommen.

Stan Swamy schreibt offen, direkt, ohne Umschweife und Beschönigung von den verheerenden Zuständen, mit denen sich Adivasi politisch, rechtlich, sozial und als ethnisch-religiös eigenständige Bevölkerungsgruppe auseinandersetzen müssen. Das mag in einer diskursiv-abwägenden Betrachtung als parteiisch erscheinen oder anecken, aber dies entspricht bis heute der nackten Realitätszuschreibung und dem physisch erfahrbaren, hierarchischen und vorurteilsbeladenen Gefälle in Indien aus der Perspektive der Adivasi (und Dalits).

Wir hoffen, die Lektüre wird unbeschadet des schwierigen Stoffes zu einem Gewinn.

Im Namen der Herausgeber:innen

Theodor Rathgeber

adivasi.koordination@gmx.de  
redaktion@suedasien.org

## Eine Flamme, die hell lodert,

Ich fühlte mich sehr geehrt, als ich gebeten wurde, das Vorwort zu Stans Memoiren zu schreiben. Stan Swamy ist ein Juwel dieses Landes und einer meiner persönlichen Helden.

Es ist Menschen wie ihm zu verdanken, dass die Menschen noch immer an die indische Verfassung glauben. Er, der bereits über 80 Jahre alt ist, hat sich die Hoffnung immer bewahrt, obwohl seine Träume mehrfach enttäuscht wurden. Stan ist ein großer, schlanker Mann mit einem Rückgrat aus Stahl. Er besitzt weise und zugleich kindliche Züge, was sich auch in diesen Essays widerspiegelt. Vor allem offenbaren sie aber Stans enormes Mitgefühl, seinen Mut und zeigen, wie er seinen Glauben lebt.

Vor einigen Jahren gründete Stan am Stadtrand von Ranchi in Namkum ein Forschungs- und Ausbildungszentrum namens *Bagaicha*. Betritt man das Zentrum, so sieht man in der Mitte eine große Steinplatte, in die all die Kämpfe, die seit über zweihundert Jahren in Jharkhand stattgefunden haben, eingraviert sind. Obwohl diese *Pathalgadi* (Steinplatteninschriften) bereits vor der von Stan beschriebenen *Pathalgadi*-Bewegung existierten, zeugt dies von seinem tiefen Engagement für seine Wahlheimat Jharkhand. Wie er im letzten Essay dieses Bandes schreibt, gibt es unter den Adivasi die Tradition, Verstorbene einzuladen, in die Häuser zurückzukehren und die Lebenden zu begleiten. Stan ist im Leben wie im Tod ein Begleiter und Wegweiser für die Menschen in Jharkhand und darüber hinaus. Er ist ein Vorkämpfer für Gerechtigkeit, wo immer er sich auch befindet.

Seit ihrer Ankunft in Indien im Jahr 1542 haben sich die Jesuiten der Kultur des Landes angepasst und insbesondere im Bildungsbereich unschätzbare Dienste geleistet. Und innerhalb dieser selbstlosen Mission sind einzelne, die noch einen Schritt weitergehen und ihren Glauben dadurch praktizieren, dass sie den Menschen dienen, insbesondere den am stärksten Ausgegrenzten. Dies geschieht jedoch nicht auf oberflächliche Weise, sondern auf der Grundlage sorgfältiger Recherchen und Dokumentationen. Die Geschichte von Stan und seinen Mitstreitern am *Indian Social Institute – Training Centre* in Bangalore zeugt von der Kraft ihres Glaubens. Sie fassten Paulo Freires Buch „Die Pädagogik der Unterdrückten“ zusammen, verbreiteten es und setzten sich dafür ein, dass Land an bäuerliche Familien verteilt wurde. Darüber hinaus engagierten sie sich in zahlreichen sozialen Bewegungen und waren dabei dem Widerstand mächtiger Kräfte innerhalb der Kirche ausgesetzt. Die Jesuiten waren eine wichtige Quelle demokratischer Bildung in Indien, und das Land verdankt ihnen viel.

Wie ist es möglich, dass der indische Staat dem 80-jährigen Jesuiten Stan Swamy mit so viel Angst begegnet, dass er zweimal Polizeikräfte aus Pune entsendet, um sein Zimmer zu durchsuchen und seine wenigen Besitztümer zu beschlagnahmen? Die von der *Bharatiya Janata Party* (BJP) geführte Zentralregierung und die Polizei von Pune hatten versucht, Stan in den Fall Bhima Koregaon hineinzuziehen. Jedem klar denkenden Menschen dürfte klar sein, dass es sich dabei um den offensichtlich inszenierten Versuch handelt, einen bekannten Menschenrechtsaktivisten zum Schweigen zu bringen. 2018 erstattete die BJP-Landesregierung in Jharkhand dann einen *First Information Report* (FIR, in etwa Strafanzeige) gegen Stan und andere wegen ihrer Facebook-Posts. Eineinhalb Jahre später unternahm sie den Versuch, ihn zu verhaften und behauptete, er sei auf der Flucht, was natürlich falsch war.

Die Regierung hat Angst vor Stan, weil er mutig ist und sich nicht scheut, seine Stimme gegen Ungerechtigkeit zu erheben, wo immer er sie auch sieht. Eines der größten Probleme, mit denen sich die Adivasi in Indien seit rund zehn Jahren konfrontiert sehen, ist die „Masseninhaftierung von Menschen“ unter dem Vorwurf, die Maoist:innen zu unterstützen. Stan und seine Kollegen haben dazu sorgfältig und innovativ recherchiert. Sie führten Gespräche mit 102 Beschuldigten und stellten dabei fest, dass 97 Prozent keinerlei Verbindung zu den Maoist:innen pflegten. Im Januar 2018 wurde eine von Stan zu diesem Thema eingereichte *Public Interest Litigation* (PIL - Rechtsstreitigkeit im öffentlichen Interesse) vor dem High Court von Jharkhand zugelassen. Das Gericht wies die Regierung an, Informationen über die Beschuldigten vorzulegen.

Es scheint in der Tat ein zu großer Zufall, dass der Staat kurz danach mit aller Härte gegen Stan vorgegangen ist. Wo bleibt da die Chancengleichheit, die das Gesetz verspricht?

Sehr bewegend schreibt Stan über Enteignungen für Großprojekte und die Kämpfe derjenigen, die sich dagegen zur Wehr setzen. Er schreibt über Migration und die Verluste, die sich für Einzelpersonen und ganze Gemeinschaften daraus ergeben. Er berichtet vom Leid der Menschen und ihrer Widerstandsfähigkeit – Eigenschaften, die er inzwischen selbst verkörpert. Diese Sammlung von Kurzaufsätzen, die autobiografische Fragmente, Erinnerungen und Reflexionen enthält, ist ein Geschenk von Stan an uns alle.

Dr. Nandini Sundar  
Professorin für Soziologie  
Delhi University

# Prolog

„Wie konnte die Wahrheit so bitter, abweichende Meinungen so unzumutbar und Gerechtigkeit so unerreichbar werden?“

Die Wahrheit ist für diejenigen, die Einfluss und Macht besitzen, äußerst bitter geworden. Abweichende Meinungen sind für die herrschende Elite unerträglich geworden. Und Gerechtigkeit ist für die Machtlosen, Marginalisierten und Benachteiligten unerreichbar. Dennoch: Die Wahrheit muss ausgesprochen werden, das Recht auf abweichende Meinungen muss gewahrt bleiben und auch den Armen muss Gerechtigkeit widerfahren. Ich bin kein stiller Zuschauer.

Diese Broschüre ist keine Autobiografie. Vielmehr bietet sie Einblicke in mein Leben und in Ereignisse, die für mich, meine Mitbrüder, Kolleg:innen sowie die Menschen, mit denen ich mein Leben verbracht habe, von Bedeutung waren. Einige dieser Ereignisse waren Wendepunkte in meinem Leben, andere eröffneten mir neue Perspektiven und wieder andere veranlassten mich, mein Handeln zu hinterfragen. Einige brachten neue Kolleg:innen und Mitstreiter:innen in mein Leben, andere waren Ausdruck der Solidarität aller und jedes Individuums mit den Anstrengungen, Schwierigkeiten und Schikanen, denen ich auf meinem bescheidenen Weg auf der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit begegnet bin.

Da sich mein Aufenthalt auf Mutter Erde dem Ende zuneigt, haben mich einige wohlmeinende Freund:innen gebeten, meine Gedanken zu den Ereignissen, Personen, Visionen und Missionen, denen ich gefolgt bin, sowie zu deren Früchten oder auch Misserfolgen schriftlich festzuhalten. Ich nahm den Vorschlag gerne an, fragte mich aber gleichzeitig, ob ich die Muße, eine förderliche Atmosphäre, unterstützende Freund:innen und die richtige geistige Verfassung finden würde, um mich ans Schreiben zu setzen. Monate und Jahre vergingen, doch der richtige Zeitpunkt ließ auf sich warten!

Dann bot sich mir ausgerechnet in einer völlig unerwarteten Situation eine günstige Gelegenheit! Einige meiner Kolleg:innen und ich wurden von der Polizei Jharkhands beschuldigt, im Jahr 2018 während der *Pathalgadi*-Bewegung im Bezirk Khunti Gewalt angezettelt zu haben. Unsere Anwält:innen teilten uns mit, dass der Regierung keine stichhaltigen Beweise gegen uns vorlägen und die Sachlage keine Inhaftierung rechtfertige. Wir gingen daher davon aus, dass der Fall damit erledigt sei. Doch gut eineinhalb Jahre später, als die derzeit amtierende BJP-Partei auf nationaler Ebene erneut an die Macht kam, erließ ein Gericht in Jharkhand am 19. Juni 2019 plötzlich

Haftbefehle gegen mich und vier weitere Personen wegen Anstiftung zur Gewalt in Khunti.

Meine Freund:innen rieten mir, der Landesregierung die Stirn zu bieten und mir eine Auszeit zu nehmen, um mich auf das Verfahren vor dem High Court von Jharkhand vorzubereiten. Das kam mir gelegen, da ich alle vier oder fünf Jahre meine Familie sowie Freund:innen und Mitstreiter:innen aus früheren Jahren in den drei südlichen Bundesstaaten Tamil Nadu, Kerala und Karnataka besuche. Außerdem hatte ich einige hartnäckige gesundheitliche Probleme, um die ich mich kümmern musste – dieser Aufenthalt sollte mir das ermöglichen.

Einige Freund:innen haben mir freundlicherweise Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt, die ich zum Schreiben benötige. Während meiner Reise an verschiedene Orte habe ich immer wieder daran gearbeitet. Ich glaube, es ist mir gelungen, das „Herzensprojekt“, das mir meine Freund:innen anvertraut hatten, abzuschließen. Jede Person darf es so bewerten, wie sie möchte.

**Stan Swamy**  
Bagaicha, Ranchi  
Jharkhand



Stan Swamy im Juni 2019 bei einem Treffen der sozialistischen Partei *Samajwadi Jan Parishad*

Indian Social Institute Bangalore

## Liebe Freund:innen,

in tiefer Dankbarkeit gegenüber Gott dafür, dass er Stan das Leben geschenkt hat, veröffentlicht das *Indian Social Institute* (ISI) in Bangalore diese Publikation mit dem Titel „Ich bin kein stiller Zuschauer“. Als Stan im Jahr 2019 zu Gast bei uns war, schlug er vor, seine Schriften zu bündeln, und äußerte den Wunsch, das Institut, in dem er 16 Jahre lang gearbeitet hatte – elf Jahre davon als Direktor – möge diese dann veröffentlichen. Dem hatte ich gerne zugestimmt. Während seiner Aufenthalte von Juni bis Dezember 2019 am ISI in Bangalore und an der *Dr. Ambedkar Cultural Academy* in Madurai verfasste er den Entwurf. Später half ihm Pater P. M. Antony SJ, der derzeitige Direktor von *Bagaicha*, bei der Überarbeitung.

Stan hatte Prof. Nandini Sundar darum gebeten, ein Vorwort zu schreiben, und mir die endgültige Fassung im Juli 2020 übergeben. Ursprünglich sollte das Buch im August 2020 veröffentlicht werden. Ende Juli 2020 begann jedoch die *National Investigation Agency* (NIA) mit ihren umfangreichen Verhören, bei denen Stan insgesamt 15 Stunden lang befragt wurde. Obwohl er das Buch direkt im Anschluss daran veröffentlichen wollte, stimmte er in Absprache mit seinen Freund:innen später zu, die Veröffentlichung zu verschieben.

Nach seiner Verhaftung am 8. Oktober 2020, erinnerte er mich während seiner Inhaftierung im *Taloja*-Gefängnis mehrfach an die Veröffentlichung. Ich schlug ihm vor, damit zu warten, bis er auf Kauti- on freigelassen würde. Er stimmte zu. Als sich seine Freilassung gegen Kauti- on jedoch immer weiter verzögerte, erinnerte er mich erneut daran. Während er im *Holy Family Hospital* lag, übertrug er mir die Entscheidung mit den Worten: „Du weißt, wann der richtige Zeitpunkt für die Veröffentlichung ist. Ich vertraue darauf, dass du es veröffentlich wirst.“

Damals wusste ich noch nicht, dass ich das Lied des eingesperrten Vogels erst nach seinem Tod veröffentlichen würde. Einerseits bin ich traurig, dass ich ihm diesen Wunsch zu Lebzeiten nicht erfüllen konnte. Andererseits bin ich dankbar, dass Stan auf diese Weise seine Erinnerungen und seine umfangreichen Erfahrungen weitergeben kann. Drei Kapitel wurden nachträglich hinzugefügt. „Einblick 12“ beschreibt die Vernehmung von Pater Stan Swamy durch die NIA. „Einblick 13“ mit dem Titel „Im Falle meiner Verhaftung zu veröffentlichen“ wurde nach den Verhören verfasst. „Einblick 14“ mit dem Titel „Gefängnis-Tagebuch und Gedichte“ schildert Stans Leben im *Taloja*-Gefängnis. Das Gefängnis-

Tagebuch basiert zum größten Teil auf seinen Briefen an Pater David Solomon SJ und mich, und auf Telefongesprächen, die er aus dem Gefängnis geführt hat. Diese Memoiren ermöglichen einen Einblick in Stans Innenleben, seine Kämpfe und Hoffnungen sowie seine Arbeit an verschiedenen Orten. Als Jesuit und Menschenrechtsaktivist für die Interessen der Adivasi war er fest davon überzeugt, dass sich die Welt verändern lässt. Er hat uns allen vorgelebt, was es heißt, Sinn im Leben zu finden. Ich bin überzeugt, dass alle, die diese Memoiren lesen, inspiriert werden, sich mit aller Kraft für die Adivasi, Dalits und andere marginalisierte Gemeinschaften einzusetzen.

Ich danke den aktuellen und ehemaligen Jesuiten von *Bagaicha*, insbesondere Pater David Solomon SJ (Solo), dem ehemaligen Direktor, sowie Pater Sebastian Lakra SJ, Pater P.M. Antony SJ, Pater Peter Martin SJ, Pater Stany D’Souza SJ, Pater Jerome Cutinha SJ und Pater Frazer Mascarenhas SJ, die Stan auf seinem Weg begleitet haben. Ebenso danke ich allen bei *Optim* in Bangalore, die für den Druck und das Design zuständig waren, für ihre zügige Arbeit. Ebenso bedanke ich mich bei Pater Jerry Rosario SJ, Pater John Messi SJ und dem *New Leader Verlag* für die schnelle Gestaltung des Umschlags. Auch Herrn Shujayathulla, Programm-Mitarbeiter von ISI-B, und Frau Harshita, Praktikantin bei ISI-B, danke ich für ihre Unterstützung bei der Herausgabe dieser Publikation.

Diese Memoiren sind das letzte Geschenk, das uns Stan gemacht hat. Möge er in unseren Herzen weiterleben, und mögen sein Leben, seine Taten und sein Tod uns inspirieren!

Dr. Joseph Xavier SJ

Direktor

Indian Social Institute, Bangalore

# 01

## Altbekanntes und neue Perspektiven

Der Aufenthalt am *Indian Social Institute* in Bangalore

**Im Juni 1975 wurde der „nationale Notstand“ ausgerufen. Tausende politische Anführer:innen, Intellektuelle und Aktivist:innen wurden entweder verhaftet oder unter Hausarrest gestellt. Die Medien wurden mundtot gemacht.**

Nur wenige Zeitungen waren mutig genug, aus Protest die Spalten für die Leitartikel frei zu lassen. Kritisch denkende Intellektuelle, Schriftsteller:innen und Autor:innen erwarteten voller Angst auf nächtliches Klopfen an der Tür. Da eine offene Kritik am Ausnahmezustand unmöglich war, wurden vertrauliche Informationen über Ereignisse in verschiedenen Teilen des Landes auf Flugblättern von Hand zu Hand weitergereicht. Eine Atmosphäre der Angst durchdrang die gesamte Gesellschaft. Die Menschen flüsterten. Die einzigen „positiven Auswirkungen“ waren, dass die Arbeiter:innen und Angestellten in den Regierungsbehörden pünktlich zur Arbeit erschienen und die Züge wieder fahrplanmäßig fuhren.

Die Ausrufung des Notstands wurde durch ein sogenanntes Zwanzig-Punkte-Programm legitimiert. Der erste Punkt lautete: „Land in Bauernhand“. Zu dieser Zeit hatte ich, Stan Swamy, in Bangalore gerade die Leitung des *Indian Social Institute – Training Centre* (ISI-TC) übernommen, einer Ausbildungsstätte des *Indian Social Institute* in Neu-Delhi. Meine Kolleg:innen waren nicht nur akademisch qualifiziert, sondern stammten auch aus Gewerkschaftskreisen. Wir erkannten, dass neue Zeiten angebrochen waren. Militante Jugendliche verließen die Universitäten, da sie die Hochschulbildung für irrelevant hielten, und suchten nach sinnvollen Alternativen. Der aus Bihar stammende, sehr angesehene und charismatische Anführer Jay Prakash Narayan rief zu zivilem Ungehorsam auf. Tausende College-Studierende gingen auf die Straße. Sie waren auf der Suche nach einem Anführer oder einer Anführerin, der bzw. die sie bei der Suche nach dem Sinn des Lebens anleiten und führen würde.

Das ISI-TC wurde in den 1950er Jahren gegründet und bot Frauen und Männern, die in der sozioökonomischen Entwicklungsarbeit tätig waren, unterschied-

lich lange Schulungen an. Der Schwerpunkt lag auf der Vermittlung von Kenntnissen in den Bereichen Landwirtschaft, Tierhaltung, Genossenschaften und Gemeindeentwicklung. Doch bereits in den 1970er Jahren setzte sich die Erkenntnis durch, dass ausgerechnet diejenigen, die die sogenannte Entwicklung am dringendsten benötigten, von ihr ausgeschlossen wurden. Dies lag daran, dass die Entwicklung ausschließlich „von oben nach unten“ erfolgte. Dies wurde damit gerechtfertigt, dass die „Entwicklung“ einen sogenannten „Trickle-down-Effekt“ haben würde. Die Idee war, Wohlstand an der Spitze zu schaffen, damit er auf natürliche Weise nach unten fließt, ähnlich wie in einem Wasserturm. Leider ist zu den Armen, die ständig nach oben schauen, kaum etwas heruntergeflossen.

### Die Pädagogik der Unterdrückten

Als sich die Trickle-down-Ideologie in den Ländern des Globalen Südens (Mittel- und Lateinamerika, Afrika und Asien) ausbreitete, fand die in Paulo Freires kleiner Broschüre „Die Pädagogik der Unterdrückten“ dargestellte Theorie bei den Unterdrückten großen Anklang. Diese vertritt die Ansicht, dass sich die Unterdrückten erheben und Wege finden, sich von der Unterdrückung zu befreien, wenn sie sich ihrer Situation, der in ihrer Gesellschaft vorherrschenden Widersprüche sowie der Mechanismen von Ausbeutung und Unterdrückung bewusst werden. Da es keine indische Ausgabe von Freires Werk gab, fassten wir den Inhalt auf wenigen Seiten zusammen, kopierten die Zusammenfassung und verteilten sie an Aktivist:innen, die mit dem ISI-TC in Kontakt standen. Freund:innen vor Ort übersetzten sie in weitere lokale Dialekte. Anschließend begannen wir im Rahmen informeller Bildungsarbeit, die Botschaft an benachteiligte Menschen in unseren Wirkungsgebieten weiterzugeben. Die Menschen zeigten sich begeistert.

## Aus Wellen werden Wogen

Eines schönen Morgens in den frühen 1970er Jahren betrat eine Gruppe von Studierenden, die ihre Fachhochschulen verlassen hatten, das ISI-TC. Sie äußerten gegenüber dem Direktor den Wunsch: „Bitte lehren Sie uns den Marxismus!“ Für uns Lehrkräfte war das ein Weckruf und wir stellten uns die Frage: „Wie können wir auf diese neue Forderung der jungen Generation reagieren?“ Wir führten „gesellschaftspolitische Analyse“ als Hauptschwerpunkt ein, gefolgt von Methoden zur Mobilisierung und Organisierung ausgebeuteter und unterdrückter Massen, um ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie ihre Rechte in der Gesellschaft einfordern können. Als die Sozialanalyse an Popularität gewann, wurden wir aufgefordert, kurze Schulungen hier, dort und überall anzubieten. Dabei verschwiegen wir nicht, dass die Inhalte unserer Sozialanalyse auf marxistischen Analyseinstrumenten basierten.

## Das Versprechen „Land in Bauernhand“ wird gebrochen

Das ISI-TC beteiligte sich gemeinsam mit verschiedenen anderen Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen auf jede erdenkliche Weise an Protesten und Demonstrationen gegen den Ausnahmezustand. Dabei stießen wir fast zufällig auf eine Situation, in der es um die Umsetzung der Regierungspolitik „Land in Bauernhand“ ging. In einem kleinen Dorf, nur einen Steinwurf nördlich von Bangalore, besaßen drei Großgrundbesitzer etwa 120 Hektar Ackerland. Tatsächlich bewirtschaftet wurde das Land jedoch von etwa 30 Familien, an die es verpachtet war. Seit Generationen wurde es von diesen Familien bewirtschaftet. Wenn jemand das Recht hatte, Eigentümer:in zu werden, dann waren es diese Familien. Wir analysierten die Situation, nahmen diskret Kontakt zu den Pächterfamilien auf und wiesen sie auf ihre Rechte hin. Eine lokale englischsprachige Tageszeitung veröffentlichte die Ergebnisse unserer Studie unter dem Titel „Neues Erwachen in einer verschlafenen Dorfsiedlung“. Die Großgrundbesitzer zeigten sich gegenüber den Pächterfamilien und dem ISI verärgert. Es gab jedoch auch eine positive Entwicklung: Der stellvertretende Distriktkommissar aus Bangalore kündigte an, die Verteilung der Landtitel an die Pächterfamilien persönlich zu überwachen. Er begab sich direkt in das Dorf, wies die Beamt:innen auf Bezirksebene an, alle Grundbuchunterlagen des Dorfes mitzubringen, und versammelte die Pächterfamilien sowie die Großgrundbesitzer. Anschließend ging er von Ackerfläche zu Ackerfläche, um zu ermitteln, von wem sie tatsächlich bewirtschaftet wurden. Danach wies er die

für Landtitel zuständigen Beamt:innen an, die Formalitäten umgehend zu erledigen. Die Pächterfamilien sprangen vor Freude in die Luft.

## Die Hoffnungen zerplatzten wie Seifenblasen

Doch dann begannen die drei politisch einflussreichen Großgrundbesitzer, an Strippen auf einer für die armen Pächterfamilien unerreichbar hohen Ebene zu ziehen. Sie reichten beim High Court von Karnataka eine Klage ein, in der sie die Pächterfamilien der falschen Anschuldigungen bezichtigten. Während die Pächterfamilien lediglich Stromrechnungen vorweisen konnten, die sie für die Bewässerung ihrer Felder bezahlt hatten, legten die Großgrundbesitzer umfangreiche Unterlagen vor. In „aller Weisheit“ fällte der High Court ein Urteil zugunsten der Großgrundbesitzer. Die Großgrundbesitzer zogen noch weitere Strippen

## Der Versuch, „Land in Bauernhand“ zu übertragen, war gescheitert

auf höchster Ebene. Der stellvertretende Kommissar, der sich ernsthaft für die Umsetzung der Politik „Land in Bauernhand“ eingesetzt hatte, wurde umgehend versetzt. Er wurde Staatskommissar des Fischereiministeriums und zur Weiterbildung im Fischereimanagement nach Australien geschickt. Ein Dorn im Fleisch der herrschenden Klasse war entfernt!

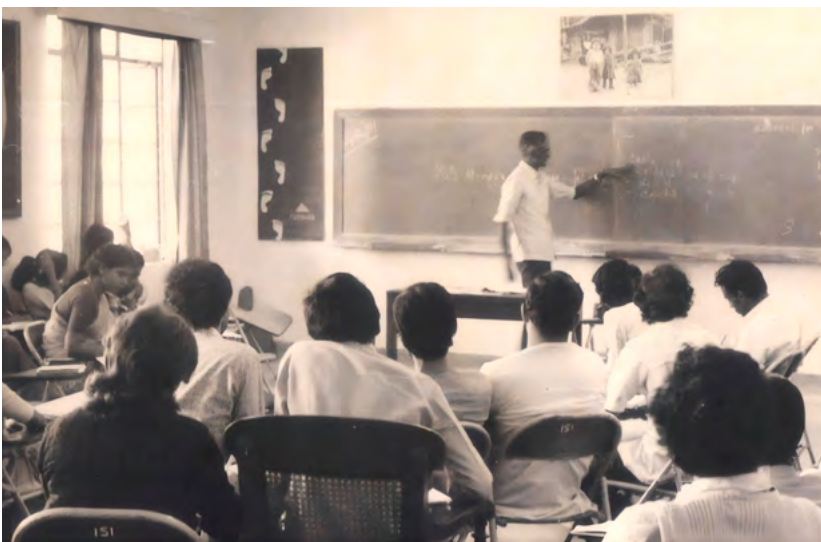
In dieser äußerst angespannten Situation warfen einige örtliche katholische Pfarrer, die gute Beziehungen zu den Großgrundbesitzern pflegten, dem *Indian Social Institute* und mir persönlich vor, eine Spaltung der örtlichen Kirche anzustreben. Es gab Stimmen aus der Diözese, die meine Versetzung an einen anderen Ort forderten. Glücklicherweise solidarisierten sich die Ordensoberen der Jesuiten mit mir und dem Institut und weigerten sich, dieser Forderung nachzukommen.

## Wer nimmt an den Schulungen teil?

Die Einführung eines eindeutig marxistischen Ansatzes zum Verständnis der Struktur und Funktionsweise der Gesellschaft führte zu ersten Unruhen unter den Gruppen und Organisationen, die dem Marxismus als Befürworter des Atheismus traditionell ablehnend gegenüberstehen. Massenbewegungen, Massenorganisationen sowie mit linken Parteien verbundene Bündnisorganisationen reagierten hingegen positiv auf unseren Ansatz. Diese selbst gewählte Vorausswahl der Teilnehmenden war tatsächlich eine willkommene Entwicklung.

### Ein immer größeres Publikum wird erreicht

Immer mehr Aktivist:innen wandten sich mit der Bitte an uns, ihren Kolleg:innen vor Ort belastbares Material in gedruckter Form zur Verfügung zu stellen. Also teilten wir Lehrkräfte die Themen unter uns und anderen eng vertrauten Kolleg:innen auf und veröffentlichten kleine Broschüren zu zentralen Aspekten der Gesellschaftsanalyse. Unsere Veröffentlichungen wurden von den Aktivist:innen gut angenommen. Allerdings ä-



Stan Swamy beim Unterricht am *Indian Social Institut - Training Centre (ISI-TC)* in Bangalore

Bild © Indian Social Institute Bangalore

ßerten einige religiöse Kreise Bedenken, der gesamte Ton sei „marxistisch“, und fragten sogar, ob das ISI noch ein jesuitisches Institut sei oder sich zu einem marxistischen Zentrum entwickelt habe. Wir überlegten uns eine Strategie, um dem entgegenzuwirken. Gegen Ende der 1970er Jahre luden wir einige prominente christliche Theologen zu einer zweiwöchigen Reflexionsrunde ein. Gemeinsam diskutierten wir die wichtigsten Merkmale unserer Gesellschaftsanalyse. Am Ende der Reflexion gaben sie eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie unsere Analyse nicht nur befürworteten, sondern auch als das Gebot der Stunde bezeichneten. Durch diese Intervention der Theologen wurden zumindest bis zu einem gewissen Grad die Vorbehalte und Zweifel an unseren Absichten und Initiativen ausgeräumt.

### Wer folgt dem Weg, wer kommt vom Weg ab?

Eine Gruppe junger Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen folgte der nächsten, und alle nahmen mit ganzem Herzen an unserem Trainingsprogramm teil. Anschließend kehrten sie in ihre Gemeinschaften zurück, um diese weiterzubilden und zu organisieren. Einige von

ihnen baten uns, für ihre Kolleg:innen, die nicht in der Lage waren, für das dreimonatige Training zur Gesellschaftsanalyse ans ISI zu kommen, vor Ort kürzere Schulungen von zehn bis 15 Tagen anzubieten. Ich kam dieser Bitte nach und bot selbst Schulungen in verschiedenen Teilen des Landes sowie in den Nachbarländern Bangladesch und Sri Lanka an. Innerhalb Indiens waren es vor allem die Dalits in Tamil Nadu und die Adivasi in Zentralindien (heute Jharkhand und Chhattisgarh), die mich magisch anzogen. Die Dalits in Tamil Nadu wurden sich der vorherrschenden wirtschaftlichen und sozialen Unterdrückung zunehmend bewusst. Sie fühlten sich von der Philosophie und dem Weg angezogen, den Dr. B. R. Ambedkar ihnen aufgezeigt hatte. Sie begannen, sich zu mobilisieren und bedeutende Bewegungen zu gründen. Die Adivasi-Gemeinschaften in Zentralindien litten weiterhin darunter, dass ihnen die natürlichen Ressourcen genommen wurden. Es gelang ihnen jedoch nicht, eine klare Strategie dagegen zu entwickeln. Die tamilischen Plantagenarbeiter:innen aus dem Zentrum Sri Lankas, die Opfer schwerer Ausbeutung und Unterdrückung waren, wandten sich mehrfach an mich. Dem Ruf folgend, besuchte ich sie alle zwei Jahre, bis es im Jahr 1983 zu Pogromen gegen die tamilische Bevölkerung kam.

In aller Aufrichtigkeit und Demut müssen einige ernüchternde Fakten erwähnt werden: (1) Viele Teilnehmende des Trainingsprogramms sind nicht dabei geblieben, da es ihnen nicht gelang, unabhängig vom System – also von Religion und NGOs – zu agieren. Im Gegenteil: Sie wurden von diesen Systemen absorbiert. Einige wenige haben jedoch im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin eine gewisse Rolle gespielt. (2) Viele wurden in verschiedenen Massenbewegungen oder Massenorganisationen aktiv, die sich mit spezifischen Problemen der Bevölkerung befassten. (3) Einige wenige kehrten dem System den Rücken zu und schlossen sich linken oder sozialistisch orientierten Parteien an und waren sogar bereit, dafür Haftstrafen in Kauf zu nehmen. (4) Einige wenige gaben ihr Leben für die Unterdrückten, mit denen sie sich voll und ganz identifiziert hatten.

### Die Zeit ist reif für neue Perspektiven

Ende der 1980er Jahre hatte ich das Gefühl, dass 15 Jahre (1975–1990) lang genug waren, um sie an einer institutionellen Einrichtung zu verbringen – so lebendig und offen diese auch gewesen sein mochte. Zudem forderten mich die Adivasi-Gemeinschaften, die schon vor meiner Zeit am ISI meine „größte Leidenschaft“ gewesen waren, auf, mich ihrem Kampf für Selbstachtung und Würde anzuschließen. Also verabschiedete ich mich vom „altbekannten“ ISI und stürzte mich voller „neuer Hoffnungen“ in die Welt der Adivasi.

## 02

# Wie von einem Magneten angezogen

## Was hat mich zu den Adivasi in Jharkhand geführt?

**Die indigenen Adivasi-Gesellschaften besitzen zwar viele natürliche Ressourcen, werden jedoch von den Mächtigen ihrer Ressourcen beraubt und sind dadurch Armut und Machtlosigkeit ausgesetzt.**

Ich stamme aus Tamil Nadu, bin Jesuit geworden und hatte nach einem Ort gesucht, an dem ich Menschen helfen kann. Durch einige Freund:innen lernte ich die Adivasi-Gesellschaften in Zentralindien kennen. Es ist eine Region, in der die Menschen trotz des enormen natürlichen Reichtums sehr arm sind.<sup>1</sup>

Zunächst wurde ich im Bezirk Singhbhum an einer Oberschule für Adivasi-Jungen als Lehrer eingesetzt. Um meine Schüler besser kennenzulernen, verbrachte ich meine Ferien mit ihnen. Ich reiste von Dorf zu Dorf, traf Menschen und unterhielt mich mit ihnen. So lernte ich sie kennen.

In einem dieser Dörfer wohnte ich im Haus eines Schülers, als gerade Mango-Saison war. Eines Morgens saßen wir im Innenhof unter einem Mangobaum, an dem zahlreiche Früchte hingen. Der Vater des Schü-

lers zeigte auf einige Äste und bat seinen Sohn, die reifen Früchte zu pflücken. Der Junge tat, wie ihm geheißen, und wir genossen gemeinsam einige der Früchte. Dann wurde meine Aufmerksamkeit auf einen Ast des Baumes gelenkt, an dem noch immer reife Mangos hingen. Der Vater des Jungen hatte ihn nicht gebeten, diese Früchte zu pflücken, und ich dachte, dass er sie vielleicht übersehen hatte. Also zeigte ich auf den Ast und sagte: „An diesem Ast hängen viele reife Früchte. Warum haben Sie Ihren Sohn nicht gebeten, auch diese zu pflücken?“ Er antwortete schlicht: „Das sind Früchte für die Vögel. Die Natur hat uns reichlich beschenkt, also teilen wir reichlich.“ Dieser Vorfall zwang mich, mein Wertesystem zu hinterfragen.

Später lebte ich fast zwei Jahre lang in einem abgelegenen Adivasi-Dorf des *Ho*-Stammes. Ich lernte ihre Sprache, ihren Lebensstil, ihr Wirtschaften und ihre sozialen Strukturen kennen. Anschließend absolvierte ich ein weiterführendes Studium und arbeitete erneut beim *Indian Social Institute* in Bangalore, bevor ich 1991 nach Jharkhand und zu den Adivasi zurückkehrte.

### Was habe ich in den letzten Jahren in Jharkhand gemacht?

Ich war an der Entstehung einiger Massenbewegungen beteiligt, die sich in den letzten Jahrzehnten in Jharkhand formiert haben. Eines der Hauptprobleme ist, dass Menschen vertrieben werden, weil sie auf Land leben, das reich an Bodenschätzen ist.

Die Adivasi sagen: „*Jaan denge, par zameen nahi denge!*“ („Wir geben unser Leben, aber nicht unser Land!“) Doch das allein reicht nicht aus. Deshalb habe ich mit jungen Adivasi zusammengearbeitet, um sie dabei zu unterstützen, gesellschaftliche Dynamiken besser zu verstehen. Gemeinsam haben wir Strategien entwickelt,



Adivasi in Jharkhand

Bild © Adivasi Koordination e.V.

<sup>1</sup> Auszüge aus einem Interview mit IDR, veröffentlicht am 12. September 2019.

## 02 Magneten

mit denen sie sich gegen ungerechte Vertreibung wehren und ihre Ländereien schützen können.

Ein damit zusammenhängendes Problem ist, dass junge Menschen, die sich gegen Vertreibungen von ihren Ländereien oder aus ihren Dörfern wehren, oft bezichtigt werden, *Naxalit:innen* oder Maoist:innen zu sein und in Gefängnisse gesperrt werden. Da man sich auf die in den Medien berichteten Informationen nicht wirklich verlassen kann, beschlossen wir, eine Studie durchzuführen, um die Situation der Untersuchungshäftlinge in Jharkhand zu erfassen.

Dazu besuchten wir 18 Bezirke des Bundesstaates und sprachen mit 102 mutmaßlichen *Naxalit:innen*, die Un-



Protestaktion für die Stärkung der *Aam Sabhas* (Dorfversammlungen)

Bild © Indian Social Institute Bangalore

tersuchungshäftlinge waren. 97 Prozent der Befragten bekräftigten, die Straftaten, derer sie von der Polizei bezichtigt wurden, nicht begangen zu haben. Unsere Studie zeigt: Gerechtigkeit ist für die oft zu Unrecht Beschuldigten im derzeitigen System unerreichbar. Selbst nach ihrer Freilassung gegen Kautions sind sie häufig weiteren Schikanen ausgesetzt, beispielsweise in Form von Einschüchterungsversuchen oder erneuten Verhaftungen. Die Studie deckt außerdem auf, dass strafrechtliche Ermittlungsverfahren vorsätzlich missbraucht werden, um mutmaßliche *Naxalit:innen*, die sich in Jharkhand in Untersuchungshaft befinden, zu unterdrücken.

Wir gehen davon aus, dass in den Gefängnissen Jharkhands mindestens mehrere hundert Adivasi und Dalits inhaftiert sind. Für einen kleinen Bundesstaat wie Jharkhand ist das eine hohe Anzahl an Untersuchungshäftlingen. Es reicht jedoch nicht aus, sich lediglich mit dieser Realität vertraut zu machen. Man sollte auch et-

was gegen die Ungerechtigkeit unternehmen. Deshalb habe ich beim High Court von Jharkhand eine *Public Interest Litigation* (PIL – Klage im öffentlichen Interesse) gegen die Regierung von Jharkhand eingereicht. In dieser wird die Freilassung aller Untersuchungshäftlinge gegen persönliche Bürgschaften sowie die Beschleunigung der Gerichtsverfahren verlangt. Im Januar 2018 wies der High Court den Staat an, alle relevanten Informationen über Untersuchungshäftlinge aus jedem einzelnen Gefängnis in Jharkhand vorzulegen.

Obwohl inzwischen mehr als ein Jahr vergangen ist, wurden die erforderlichen Informationen zu den Untersuchungshäftlingen bisher nicht vorgelegt. Es gab bereits mehrere Anhörungen. Jedes Mal hieß es, dass ein oder zwei Untersuchungshäftlinge freigelassen worden seien. Die von uns gewünschten Informationen haben wir jedoch noch immer nicht erhalten. Offensichtlich hat der Staatsapparat viel zu verbergen.<sup>2</sup>

### Warum erfahren Massenbewegungen so viel Unterstützung?

Die Massenbewegungen werden in erster Linie von den Adivasi-Gemeinschaften selbst getragen und vorangetrieben. Um ein Beispiel zu nennen: In den 1990er Jahren plante die Regierung den Bau zweier großer Staudämme an den Flüssen Koel und Karo im Distrikt Ranchi. Durch das Projekt wären 132 Dörfer, 12.000 Hektar Ackerland und 8000 Hektar Waldfläche überflutet worden. Natürlich wehrten sich die Menschen dagegen.

Die lokale Bevölkerung organisierte sich unter ihrer traditionellen Führung. Sie veranstaltete massive Kundgebungen und marschierte stundenlang von Dorf zu Dorf, um die Anwohner:innen gegen den Bau der Dämme zu mobilisieren. In den 1990er Jahren führten sie *Aam Sabhas* (Vollversammlungen) durch. Es ist sehr interessant und lehrreich zu erfahren, wie die Wegbereiter:innen der Anti-Vertreibungsbewegung die Menschen vor Ort organisiert haben. So gibt es beispielsweise einen speziellen Trommelschlag, der eine wahrgenommene Bedrohung für die Gemeinschaft signalisiert. Er klingt dieser Schlag in einem Dorf, wird er im Nachbardorf gehört und dort ertönt derselbe Schlag. Auf diese Weise erreicht die Botschaft innerhalb weniger Stunden alle betroffenen Dörfer. Am nächsten Tag versammelt sich die Gemeinschaft und jede:r bringt „*ek mukki chawal aur ek rupya*“ („eine Handvoll Reis und eine Rupie“) als Beitrag mit. So schließen sich die Adivasi aus den Dörfern zusammen, um ihre gemeinsamen Anliegen voranzubringen. Die Gemeinschaft unterstützt sich gegenseitig, um

<sup>2</sup> Die PIL zu Untersuchungshäftlingen ist noch immer anhängig. Stand Mai 2026 – Anm. d. Red.

sich gemeinsam der drohenden Vertreibung zu widersetzen. Normalerweise bitten sie nicht um finanzielle Hilfe von außen und nehmen auch keine an.

Die Anti-Vertreibungsbewegung in Koel-Karo erreichte am 2. Februar 2001 einen traurigen Höhepunkt, als die Polizei während einer *Aam Sabha*, zu der sich 5.000 Menschen im Dorf Tapkara versammelt hatten, das Feuer eröffnete. Dabei wurden acht Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt, einige von ihnen erlitten dauerhafte körperliche Einschränkungen. Der Staat ging davon aus, dass dies die Adivasi einschüchtern und dazu bringen würde, ihre Bewegung aufzulösen. Doch das Gegenteil trat ein: Die Menschen sagten: „Wir haben unser Blut vergossen und haben nichts mehr zu verlieren“, und die Bewegung wurde noch stärker.<sup>3</sup>

### Herausforderungen für die Jugend

Es gibt junge Adivasi, die eine formale Ausbildung genossen haben, gut bezahlte Jobs ausüben, sich ein Haus in Ranchi gebaut haben und ihre Kinder auf englischsprachige Schulen schicken. Die meisten von ihnen haben jedoch keinen Kontakt mehr zu ihren Heimatdörfern.

Für die Menschen, die in den Dörfern geblieben sind, ist es äußerst schwierig, sich ungerechter Vertreibung und Enteignung zu widersetzen. Wer es versucht, wird ins Gefängnis gesteckt. Daher fällt ihnen die Entscheidung nicht leicht. Die jungen Männer sagen: „Ich ertrage es nicht, im Dorf zu bleiben und tatenlos zuzusehen, wie mir mein Land weggenommen wird. Aber wenn ich mich widersetze, werde ich ins Gefängnis gesteckt. Ich verlasse diesen Ort lieber, gehe woanders hin und verdiene Geld für meine Familie.“

Dies führt uns zu einem weiteren Punkt: der Arbeitsmigration. Viele junge Adivasi wandern in die südindischen Bundesstaaten ab. Eine der wichtigsten Ursachen für diese Massenmigration sind Landnahmen und die Enteignung anderer Ressourcen. Obwohl die Landrechte der Adivasi in Jharkhand gesetzlich geschützt sind – beispielsweise durch den landesweit gültigen *Land Acquisition Act* von 2013 sowie durch die speziell in Jharkhand geltenden *Chotanagpur* und *Santhal Pargana Tenancy Acts* –, kam es zu zahlreichen gewaltsamen Landnahmen. Wehren sich junge Menschen dagegen, riskieren sie eine Verhaftung und eine mehrjährige Haft ohne gerichtliches Verfahren.

<sup>3</sup> Zwei Jahre später kündigte der Ministerpräsident von Jharkhand die Einstellung des Koel-Karo-Projekts an. Im Juli 2010 wurde es schließlich offiziell aufgegeben – Anm. d. Red.

### Die Jugend leistet Widerstand

Wer würde teilnahmslos reagieren, wenn das eigene Land und Zuhause gewaltsam genommen würden? Sicherlich niemand – man würde sich erheben und Widerstand leisten. Es gibt Widerstand. Allerdings ist dieser nicht so organisiert, dass sich alle für den Schutz der verfassungsmäßigen und Menschenrechte einsetzen. Die soziokulturelle Besonderheit der Adivasi-Gesellschaft ergibt sich aus ihrer spezifischen Produktionsweise. Diese haben sie seit Jahrhunderten auf der Grundlage der natürlichen Ressourcen – wie Land und Wälder – in dem Gebiet entwickelt, in dem sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Wird einer Gemeinschaft der Zugang zu diesen Ressourcen verwehrt, ist ihr Fortbestand als eigenständige soziale Gruppe zweifellos gefährdet.

Deshalb haben wir die Basisbewegung *Visthapan Virodhi Jan Vikas Andolan* (VVJVA) gegründet, die sich gegen Vertreibung einsetzt. Ich zähle zu den Gründungsmitgliedern. Durch die Mobilisierung der Bevölkerung ist es uns bereits einige Male gelungen, Vertreibungen erfolgreich zu verhindern. In anderen Fällen sind wir jedoch aufgrund brutaler staatlicher Unterdrückung gescheitert.

Es gibt auch andere Organisationen, die genauso vorgehen. Aus ihren Reihen sind bereits zahlreiche gute Führungspersönlichkeiten hervorgegangen. Ein Beispiel ist Dayamani Barla. Sie ist eine Munda-Adivasi und hat eine herausragende Rolle im Kampf um Landrechte gespielt. Das Unternehmen *ArcelorMittal* wollte in den Distrikten Gumla und Khunti in Jharkhand ein Stahlwerk errichten. Die Landesregierung gab daraufhin 4800 Hektar Land frei, ohne die Anwohner:innen zuvor zu konsultieren. Dayamani ging von Dorf zu Dorf, machte die Menschen auf das Vorhaben aufmerksam und stand an der Spitze der Kampagne gegen die Vertreibung der Adivasi.

Als *ArcelorMittal* erkannte, dass eine gewaltsame Landnahme nicht möglich war, versuchte das Unternehmen, die Menschen mit anderen Mitteln zu täuschen. So wurde eine kostenlose gesundheitliche Versorgung versprochen und mehrere voll ausgestattete, brandneue Krankenwagen mit Ärzt:innen und Krankenpfleger:innen in die Dörfer geschickt. Die Community durchschaute diesen Manipulationsversuch jedoch und schickte alles zurück. Dies ist ein sehr beachtlicher Schritt, insbesondere für arme Menschen, die dringend gesundheitliche Versorgung benötigen hätten. Schließlich zeigte sich das Unternehmen bereit, die Fläche von 4800 Hektar auf 320 Hektar zu reduzieren. Doch die Menschen weigerten sich, auch nur einen Zentimeter Land aufzugeben, sodass *ArcelorMittal* den Ort schließlich verlassen musste.

## 03

# Auf einem Vulkan blühen keine Blumen

Schutzbestimmungen, die sich als reine Alibipolitik entpuppen

**Meine 30-jährige Zeit mit den Adivasi-Gemeinschaften in Zentralindien begann mit einem aufschlussreichen Einstieg: Fast zwei Jahre lang lebte ich in einem abgelegenen Ho-Adivasi-Dorf im Bezirk Singhbhum im indischen Bundesstaat Jharkhand.**

**Z**unächst allein, später mit engagierten Freund:innen, genoss ich die Gastfreundschaft der Adivasi. Ich lernte ihre Sprache und verbrachte viel Zeit mit Jugendlichen, von denen die meisten keinen Zugang zu formaler Bildung über die Grund- oder Mittelschule hinaus hatten. Für mich und meine Freund:innen waren die soziokulturellen Werte der Indigenen – wie Gleichheit, die Vorrangstellung der Gemeinschaft gegenüber Familie und Individuum, gegenseitige Zusammenarbeit, die Bereitschaft zum Teilen ohne zu zählen, die Nähe zur Natur und konsensorientierte Entscheidungsfindung – eine Offenbarung. Mir wurde mehr denn je bewusst, wie sehr die gegenwärtige kapitalistische Ordnung im direkten Gegensatz zu diesen Werten steht: Ungleichheit gilt als Zeichen für Erfolg, gnadenloser Wettbewerb ist an der Tagesordnung, Teilen ist ein Schimpfwort, individuelle Leistung gilt als ultimatives Ziel und die Mehrheit gegen die Minderheit gilt als Ausdruck der Demokratie.

Doch dann erlebte ich ein böses Erwachen, als ich sah, wie skrupellose Händler:innen von außerhalb die einfachen Adivasi ausbeuteten und betrogen, wenn diese auf den lokalen Märkten ihre Waldprodukte gegen benötigte Waren wie Kleidung und Haushaltsutensilien eintauschten. Noch schlimmer war der Schock, mitanzusehen zu müssen, wie Beschäftigte der Regierung aller Ebenen auf die Adivasi herablickten und sie geringschätzten.

Ich habe mich selbstkritisch hinterfragt und darüber nachgedacht, ob ich mich von nun an für die Sache der Adivasi einsetzen sollte, um zumindest einen kleinen Beitrag zu ihrem Streben nach Selbstachtung und Würde zu leisten.

### **Schutzrechte für die Adivasi entpuppen sich als Papiertiger**

Ich begann, mich intensiv mit den verschiedenen Gesetzen zu befassen, die zugunsten der Adivasi erlassen worden waren.

Es gibt ein Sprichwort, das besagt: „Geschriebene Gesetze sind wie ein Spinnennetz: Sie fangen die Armen und Schwachen, während die Reichen und Mächtigen sie zerreißen.“ Grob vereinfacht, lässt sich damit die Geschichte der indigenen Adivasi-Gesellschaften in Indien beschreiben. Zwar wurden einige Gesetze zugunsten von ihnen erlassen, doch gleichzeitig bieten diese so viele Schlupflöcher, dass sie keine Wirkung zeigen. Auf den folgenden Seiten werde ich diese Wahrheit aufzeigen.

### **1. Die Sicht des Supreme Court auf die Adivasi**

Beginnen wir mit einer Stellungnahme des Supreme Court Indiens zu den Adivasi, den indigenen Völkern Indiens. In einem kürzlich ergangenen, bahnbrechenden Urteil, in dem es um die Demütigung einer jungen Adivasi-Frau durch Angehörige einer sogenannten „oberen Kaste“ ging, stellte das Gericht Folgendes fest:

„Trotz unserer enormen Vielfalt garantiert die Verfassung allen Gemeinschaften, Sekten, Sprach- und ethnischen Gruppen usw. im Land den gleichen Respekt. Sie garantiert allen Bürger:innen u.a. Meinungsfreiheit (Artikel 19), Religionsfreiheit (Artikel 25), Gleichheit (Artikel 14 bis 17) und Freiheit (Artikel 21). Eine formale Gleichstellung aller Gruppen oder Gemeinschaften in Indien würde jedoch nicht zu echter Gleichheit führen. Historisch benachteiligte Gruppen müssen be-

sonderen Schutz und Unterstützung erfahren, um ihre Armut und ihren niedrigen sozialen Status zu überwinden. Aus diesem Grund wurden in unserer Verfassung u.a. in den Artikeln 15(4), 15 (5), 16 (4), 16 (4A) und 46 besondere Bestimmungen zur Förderung dieser Gruppen verankert. Zu diesen benachteiligten Gruppen zählen die Adivasi, die zu den am stärksten benachteiligten und marginalisierten Menschen Indiens gehören. Wie bereits erwähnt, sind sie die Nachkommen der indigenen Bevölkerung Indiens. Sie leben in großer Armut und sind von hohen Analphabetenraten, Krankheiten und früher Sterblichkeit betroffen. Daher ist es die Pflicht aller Menschen, die unser Land lieben, dafür zu sorgen, dass den *Scheduled Tribes* (ST – registrierte Stammesvölker) kein Schaden zugefügt wird und sie die nötige Unterstützung erhalten, um ihren wirtschaftlichen und sozialen Status zu verbessern. Schließlich sind sie seit Jahrtausenden Opfer schrecklicher Unterdrückung und Gräueltaten. Die Einstellung unserer Landsleute gegenüber dieser Stammesbevölkerung muss sich ändern. Sie verdienen den Respekt, der ihnen als indigener Bevölkerung Indiens zusteht.

Die Ungerechtigkeit, die der Stammesbevölkerung angetan wurde, ist ein beschämendes Kapitel in der Geschichte Indiens. Sie wurden unter anderem als *Rakshas* oder *Asuras* (Dämonen) bezeichnet. Viele von ihnen wurden ermordet und ihre Überlebenden sowie deren Nachkommen wurden über Jahrhunderte hinweg erniedrigt, gedemütigt und grausam behandelt. Sie wurden ihres Landes beraubt und in die Wälder und Berge vertrieben, wo sie ein elendes Dasein in Armut, Analphabetismus und Krankheit fristen. Nun versuchen einige Leute sogar, ihnen das Wald- und Bergland, in dem sie leben, sowie die Waldprodukte, von denen sie leben, zu nehmen.“<sup>1</sup>

## 2. Ein kurzer historischer Überblick über die Benachteiligung der Adivasi

Nach 1947 wurden die Adivasi als „*Scheduled Tribes*“ (registrierte Stammesvölker) klassifiziert. Seit der politischen Unabhängigkeit wurde im Namen der nationalen Entwicklung ein Viertel ihrer Bevölkerung vertrieben und sie wurden ihrer Wälder und Bodenschätze beraubt. Die Fläche des enteigneten Landes wird auf etwa 880.000 Hektar geschätzt.<sup>2</sup>

Die kapitalistische herrschende Klasse Indiens verfolgte zwei Arten von Politik. Zwischen 1950 und 1975 lässt sich die Politik der Regierung am besten mit den

Worten „Von der Ethnizität hin zum Entwicklungsgedanken“ beschreiben. Den Menschen wurde gesagt, dass sie ihre ethnischen Bestrebungen vergessen und sich stattdessen auf die wirtschaftliche Weiterentwicklung konzentrieren sollten. Es wurden zahlreiche Programme und Projekte aufgelegt und viel Geld ausgegeben. Die eigentlichen Profitierenden dieser Ausgaben waren jedoch Geschäftsleute, Bauunternehmer:innen und Bürokrat:innen – allesamt keine Angehörigen der Adivasi. Die Adivasi-Gesellschaften begannen allmählich zu erkennen, dass sie betrogen worden waren.

Die seit 1975 vorangetriebene Politik lässt sich als „Vom Entwicklungsgedanken hin zum Regionalismus“ beschreiben. Nachdem die herrschende Klasse die Bevölkerung in Bezug auf die Entwicklung sichtlich enttäuscht hatte, begann sie, der Bevölkerung zu vermitteln, dass sich die Region mit mehr Autonomie besser entwickeln könne - zunächst im Rahmen des *Jharkhand Area Autonomous Council*. Nachdem auch dies gescheitert war, wurden im Namen eines eigenen Bundesstaates (Jharkhand) neue Entwicklungsversprechen gemacht. Wir werden nun den Bundesstaat Jharkhand für eine weitere Analyse heranziehen.

Welche Entwicklungen sind für den Bundesstaat Jharkhand in Zukunft zu erwarten? In den Jahren 2014 bis 2019, als Jharkhand von einer BJP-Koalition regiert wurde, überwogen die Befürchtungen gegenüber den Hoffnungen. Es wurde befürchtet, dass die Regierung zugunsten derjenigen handeln würde, die die Adivasi ausbeuten. Zudem vertrat die Regierung auf sozialer Ebene die Interessen der *Hindutva*-Kräfte<sup>3</sup> und auf wirtschaftlicher Ebene jene der Kapitalistenklasse. Sie unternahm systematische Bemühungen, um die Adivasi-Gesellschaft zu polarisieren und ihre reichen Bodenschätze auszubeuten. Das übergeordnete Ziel könnte die Assimilation der Adivasi in den kapitalistischen Mainstream von Jharkhand gewesen sein. Doch während Bodenschätze und Waldressourcen sehr begehrt sind, sind es die Adivasi-Gesellschaften, unter deren Füßen sich all diese Ressourcen befinden, nicht.

Wenn den Adivasi-Gesellschaften ihr Land und ihre Ressourcen genommen werden, verschwinden sie allmählich als kulturell eigenständige soziale Gruppen. Den Zurückgebliebenen droht das Schicksal, zu landlosen Lohnarbeiter:innen zu werden, wie es zahlreichen anderen bereits ergangen ist. Viele von ihnen waren gezwungen, Jharkhand zu verlassen und als Wanderarbeiter:innen in andere, nah oder weit entfernte Bundesstaaten zu ziehen. Das wäre ihre düstere Zukunft, sollte es ihnen nicht gelingen, sich zu einer starken, vereinten Kraft zu-

<sup>1</sup> Supreme Court, Strafrechtsbeschwerde Nr. 11 von 2011.

<sup>2</sup> Vgl. Swamy, Stan, „Flowers don't bloom in a Volcano“: Story of the Adivasi societies of Jharkhand, in: *Sevartham*: 37 (2012), S. 83–102.

<sup>3</sup> Hindu-nationalistische Bewegung – Anm. d. Red.



In Latehar (Jharkhand) protestieren im Oktober 2025 Tausende Adivasi und Angehörige anderer Waldgemeinschaften für Bodentitel. Seit Jahren sind sowohl Einzels als auch gemeinschaftliche FRA-Anträge anhängig.

Bild © Jharkhand Janadikar Mahasabha

sammenzuschließen, um ihre Rechte durchzusetzen und Wege und Mittel zu finden, um nicht nur zu überleben, sondern auch als vereinte politische Kraft zu erstarken.

Kurz gesagt lässt sich die Geschichte der Adivasi in Jharkhand wie folgt skizzieren: Ursprünglich bestimmten sie frei über Land und Natur, dann besaßen sie gemeinschaftliche Eigentumsrechte und nutzten das Land gemeinsam im Rahmen des *Khuntkatti*-Systems. Später waren sie Pächter:innen in einem feudalen Tributstaat, dann einzelne *Pattadars* (offiziell registrierte Landnutzer:innen) in einer kapitalistischen Ordnung und schließlich landlose Lohnarbeiter:innen, denen Land und andere Lebensgrundlagen entzogen worden waren.

### 3. Schutzrechte für Adivasi und die Realität

#### 3.1 Die *Fifth Schedule* der indischen Verfassung

Gemäß der *Fifth Schedule* (Fünfter Anhang)<sup>4</sup> der indischen Verfassung muss sich der *Tribes Advisory Council* (TAC – Stammesbeirat) ausschließlich aus Angehörigen von Adivasi-Gemeinschaften zusammensetzen. Der Beirat berät den/die Gouverneur:in des Bundesstaates in allen Fragen des Schutzes, des Wohlergehens und der Entwicklung der Adivasi im Bundesstaat. Der/die Gouverneur:in ist der/die verfassungsmäßige Hüter:in der Adivasi. Er/sie kann jedes vom Parlament oder einem anderen gesetzgebenden Organ eines Bundesstaates verabschiedete Gesetz aufheben, wobei das Wohl der Adivasi stets im Blick behalten werden muss. Diese Bestimmung gilt in den neun zentralindischen Bundesstaaten,

<sup>4</sup> Indische Verfassung, Artikel 244 Absatz 1.

in denen die Adivasi einen bedeutenden Teil der Bevölkerung stellen.

Tatsächlich hat in keinem der Bundesstaaten während fast sieben Jahrzehnten jemals ein:e Gouverneur:in von diesen verfassungsmäßigen Ermessensbefugnissen Gebrauch gemacht, um auf die Adivasi zuzugehen. Dies wurde damit begründet, dass eine harmonische Zusammenarbeit mit der gewählten Regierung des

betreffenden Bundesstaates gewährleistet sein müsse. Heutzutage finden nur noch selten Sitzungen des TAC statt. Diese werden von den Ministerpräsident:innen des Bundesstaates einberufen und geleitet. All dem liegt jedoch die Kontrolle durch die regierende Partei des Bundesstaates zugrunde. Der TAC ist somit zu einem zahnlosen Gremium verkommen. Es handelt sich um einen echten Verfassungsbetrug, der den Adivasi angetan wird.

#### 3.2 Das Gesetz zum Schutz vor Gräueltaten

Um der zunehmenden Gewalt gegen Adivasi und Dalits durch Nicht-ST/SC-Personen, Organisationen oder Regierungsbeamt:innen entgegenzuwirken, verabschiedete das indische Parlament 1996 den *Scheduled Castes and the Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act* (SC/ST Act).<sup>5</sup> Die Absicht hinter diesem Gesetz war gut. In zweiten Abschnitt werden Straftaten im Zuge von Gräueltaten ausführlich beschrieben. Wer selbst kein Mitglied einer *Scheduled Caste* (SC - registrierte Kaste) oder eines *Scheduled Tribe* (ST - registrierte Stammesgesellschaft) ist und u.a.:

- ein Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft zwingt, ungenießbare oder widerwärtige Substanzen zu trinken oder zu essen;
- mit der Absicht handelt, einem Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft Schaden zuzufügen, diese Person zu beleidigen oder zu belästigen, indem er/sie Exkremete,

<sup>5</sup> Gesetz Nr. 33 von 1989.

- Abfallstoffe, Tierkadaver oder andere widerwärtige Substanzen auf einem Grundstück oder in einer Nachbarschaft entsorgt;
- einem/einer Angehörigen einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft gewaltsam die Kleidung entwendet oder ihn/sie nackt oder mit bemaltem Gesicht oder Körper vorführt oder eine ähnliche Handlung begeht, die die Menschenwürde verletzt;
  - unrechtmäßig Land besetzt oder bewirtschaftet, das einem Angehörigen/einer Angehörigen einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft gehört, diesem/dieser zugeteilt wurde oder von einer zuständigen Behörde zur Zuteilung gemeldet wurde, oder sich das ihm/ihr zugeteilte Land übertragen lässt;
  - ein Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft unrechtmäßig seines Grundstücks oder seiner Räumlichkeiten enteignet oder an der Ausübung seiner Rechte an Grundstücken, Räumlichkeiten oder Wasser hindert;
  - ein Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft dazu zwingt oder verleitet, *began* (Frondienst) oder andere ähnliche Formen von Zwangs- oder Schuldknechtschaft zu verrichten, mit Ausnahme von Pflichtdiensten für öffentliche Zwecke, die von der Regierung auferlegt werden;
  - ein Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft zwingt oder einschüchtert, nicht zu wählen oder für bestimmte Kandidat:innen zu stimmen oder auf eine andere als die gesetzlich vorgesehene Weise zu wählen;
  - eine falsche, böswillige oder schikanöse Klage oder ein Straf- oder ein anderes Gerichtsverfahren gegen ein Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft einleitet;
  - Beamt:innen falsche oder nichtige Informationen gibt, wodurch diese ihre rechtmäßige Befugnis zum Nachteil oder zur Belästigung eines Mitglieds einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft ausüben;
  - ein Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft vorsätzlich an einem öffentlich zugänglichen Ort beleidigt oder einschüchtert, um die Person zu demütigen;
  - eine Frau, die einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft angehört, mit der Absicht, sie zu entehren oder ihre Scham zu verletzen, tötlich angreift oder Gewalt gegen sie anwendet,
  - den Willen einer Frau, die einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft angehört, zu beherrschen vermag und diese Position ausnutzt, um sie sexuell auszubeuten, wozu sie sonst nicht bereit gewesen wäre;
  - das Wasser einer Quelle, eines Stausees oder einer anderen üblicherweise von Angehörigen der registrierten Kasten oder registrierten Stammesgesellschaften genutzten Wasserquelle verunreinigt oder verschmutzt, sodass es für den üblicherweise vorgesehenen Zweck weniger geeignet ist;
  - einem Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft den üblichen Zugang zu einem öffentlichen Ort verweigert oder dieses Mitglied daran hindert, einen öffentlichen Ort zu nutzen oder zu betreten, zu dem andere Mitglieder der Öffentlichkeit oder ein Teil davon ein Nutzungs- oder Zugangsrecht haben.;
  - ein Mitglied einer registrierten Kaste oder einer registrierten Stammesgesellschaft dazu zwingt oder veranlasst, das Haus, das Dorf oder einen anderen Wohnort zu verlassen;
- wird mit einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten und höchstens fünf Jahren sowie mit einer Geldstrafe bestraft.

Bemerkenswert ist jedoch vor allem, dass das Gesetz kaum angewendet wird. Es gibt nur wenige Fälle, in denen Angehörige der ST/SC, die benachteiligt wurden, Klage eingereicht haben. Gerichtsurteile, insbesondere auf den unteren Ebenen der Justiz, lassen Jahre auf sich warten. Bis dahin sind die verletzten Gefühle meist abgestumpft und das Leben geht irgendwie weiter. Tatsache ist, dass nur sehr wenige schuldige Personen, Organisationen oder Regierungsangestellte, die nicht den ST/SC angehören, bestraft wurden.

### 3.3 Das PESA-Gesetz von 1996

Der *Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act* von 1996 (PESA-Act)<sup>6</sup> ist das Ergebnis des langjährigen Unmuts und Kampfes der Adivasi und ihrer politischen Vertreter:innen. Mit diesem Gesetz wurde erstmals

<sup>6</sup> PESA-Gesetz von 1996, Nr. 40 von 1996.

## 03 Keine Vulkanblumen

anerkannt, dass die Adivasi-Gesellschaften in Indien über eine vielfältige soziale und kulturelle Tradition der Selbstverwaltung verfügen. Daher beschreibt das Gesetz die Zusammensetzung und Funktionsweise der *Gram Sabha* (Dorfversammlung). Demnach erhalten die *Gram Sabhas* weitreichende Befugnisse.

Jede *Gram Sabha* ist zuständig für:

1. die Wahrung und Erhaltung der Traditionen, Bräuche und kulturellen Identität der Bevölkerung sowie der Gemeinschaftsressourcen und der üblichen Formen der Streitbeilegung;
2. die Genehmigung von Plänen, Programmen und Projekten zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, bevor diese Pläne, Programme und Projekte vom *Panchayat* (gewählte kommunale Vertretung) auf Dorfebene umgesetzt werden;



Die Kolhan-Region (Jharkhand) im Widerstand gegen Industrieprojekte

Bild © Jharkhand Mines Area Coordination Committee (JMACC)

3. die Auswahl von Personen als Begünstigte im Rahmen von Programmen zur Armutsbekämpfung und anderen Programmen;
4. die Bestätigung der Verwendung von Mitteln durch den *Panchayat* für Pläne, Programme und Projekte;
5. die Konsultation vor dem Erwerb von Grundstücken in ausgewiesenen Gebieten für Entwicklungspro-

jekte sowie vor der Umsiedlung oder Rehabilitation von Personen, die von solchen Projekten betroffen sind;

6. die Planung und das Management kleinerer Gewässer;
7. die Genehmigung potenzieller Bergbaulizenzen und die Empfehlung zur Erteilung von Bergbaulizenzen für kleinere Mineralien;
8. die Abgabe von Empfehlungen zur Erteilung von Lizenzen für die Gewinnung bedeutender Bodenschätze im Rahmen von Auktionen;
9. die Durchsetzung des Verbots, der Regulierung oder der Beschränkung des Verkaufs und Konsums von Rauschmitteln;
10. das Eigentum an geringfügigen Waldprodukten;

11. die Verhinderung der Veräußerung von Land und das Ergreifen geeigneter Maßnahmen zur Wiederherstellung unrechtmäßig veräußerter Ländereien;

12. die Verwaltung der Dorfmärkte;

13. die Kontrolle der Geldverleihung;

14. die Kontrolle der Institutionen und Funktionäre in allen sozialen Bereichen,

15. die Kontrolle der lokalen Pläne und Ressourcen, einschließlich der *Tribal Sub-Plans* der Stammesgebiete.

In der Praxis wurde dieses vom Parlament erlassene Gesetz in keinem der neun Bundesstaaten umgesetzt, in denen es eine bedeutende Adivasi-Bevölkerung gibt. Das bedeutet, dass die kapitalistische herrschende Klasse nicht möchte, dass die Adivasi sich selbst verwalten.

### 3.4. Das Samatha-Urteil des Supreme Court von 1991

Das Samatha-Urteil<sup>7</sup> des Supreme Court aus dem Jahr 1997 war für die Adivasi in den *Scheduled Areas* (registrierte Gebiete) eine große Erleichterung. Es fiel in eine Zeit, in der nationale und internationale Kon-

<sup>7</sup> Zivilberufung Nr. 4601-2 von 1997.

zerne aufgrund der Politik der Globalisierung, Liberalisierung, Marktorientierung und Privatisierung begannen, in die Adivasi-Gebiete Zentralindiens vorzudringen, um dort Bodenschätze abzubauen. Dabei arbeiteten die Regierungsbehörden eng mit den Unternehmen zusammen. Jeder Widerstand der Adivasi wurde mit eiserner Hand niedergeschlagen. Als Reaktion auf diese Ungerechtigkeiten bot das Urteil den Adivasi wichtige Schutzmaßnahmen. So wurde ihnen das Recht zugesprochen, die Kontrolle über den Abbau von Bodenschätzen auf ihrem Land zu übernehmen und sich wirtschaftlich zu entwickeln. Die Mineralien sollen von den Stammesangehörigen selbst – entweder individuell oder über Genossenschaften – mit finanzieller Unterstützung des Staates abgebaut werden.

Die wichtigsten Merkmale dieses Urteils sind:

1. Da kein absolutes Verbot besteht, hat das Gericht den lizenznehmenden Unternehmen bestimmte Pflichten und Verpflichtungen als Teil der Projektkosten auferlegt.
2. Mindestens 20 Prozent der Nettogewinne sind als dauerhafter Fonds für Entwicklungszwecke, insbesondere zur Wiederaufforstung und zum Schutz der Ökosysteme, zu verwenden.
3. Die Übertragung von Ländereien in ausgewiesenen Gebieten durch Verpachtung an Nicht-Stammesangehörige, Körperschaften usw. ist verboten, um jegliche Form der Ausbeutung zu verhindern.
4. Die Übertragung von Bergbaurechten an Nicht-Stammesangehörige, Unternehmen, Körperschaften, Personengesellschaften usw. ist verfassungswidrig, nichtig und unwirksam. Von diesem Verbot ausgenommen sind staatliche Einrichtungen wie die *Andhra Pradesh Mineral Development Corporation* (APMDC).
5. Die Verlängerung einer Konzession gilt als erneute Erteilung und ist daher verboten.
6. In Bundesstaaten, in denen es keine Gesetze gibt, die ein absolutes Verbot von Bergbaukonzessionen für als *Scheduled Areas* (registrierte Gebiete) ausgewiesene Gebiete vorsehen, sollen Ausschüsse der Kabinettschefs bzw. Kabinettschefinnen der Landesregierungen sowie Unterausschüsse der Landeskabinette gebildet werden, um entsprechende Entscheidungen zu treffen.
7. Bei einer Konferenz aller Ministerpräsident:innen, der für das betreffende Ministerium zuständigen Minister:innen, des Premierministers sowie der zuständigen Minister:innen der Zentralregierung soll eine politische Entscheidung für ein einheitliches

Vorgehen in Bezug auf die Stammesgebiete im ganzen Land getroffen werden.

In der Praxis hat der Staat jedoch konsequent versucht, dieses Urteil des Supreme Courts zu ignorieren. Zwar haben die betroffenen Gemeinschaften mehrere Klagen eingereicht, doch es wird das aus der Kolonialzeit stammende Recht der *Eminent Domain* (Enteignungsrecht) geltend gemacht, um den Adivasi ihr Land wegzunehmen und die reichen Bodenschätze in ihren Siedlungsgebieten auszubeuten.

### 3.5. Das Waldrechtsgesetz von 2006

*Jal, Jangal, Jamin* (Wasser, Wald, Land) bilden die Grundlage für das wirtschaftliche Leben der Adivasi-Gesellschaften. Doch die Globalisierung, die Marktorientierung und die Privatisierung im Zuge der Industrialisierung versetzen ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage einen gnadenlosen Schlag. Von besonderer Bedeutung ist, dass ihre traditionellen Rechte auf Ressourcen in Waldgebieten über Jahrzehnte hinweg systematisch verletzt wurden. Die Regierung erkannte schließlich, dass den Adivasi und anderen traditionellen Waldbewohner:innen ein historisches Unrecht angetan worden war. Um diese Ungerechtigkeit zu korrigieren, wurde 2006 der *Forest Rights Act* (FRA - Waldrechtsgesetz)<sup>8</sup> verabschiedet. Zu den wesentlichen Merkmalen dieses Gesetzes gehören:

1. Alle Adivasi-Familien, die vor dem 13. Dezember 2005 in Wäldern gelebt und dort Land bewirtschaftet haben, sind berechtigt, dieses Land zu besitzen. Jede Familie hat das Recht, bis zu vier Hektar Land zu besitzen.
2. Andere Familien, die nicht im Wald leben, aber von Waldprodukten abhängig sind, haben ebenfalls Anspruch auf Waldbesitz.
3. Ansprüche können als individuelles oder Gemeinschaftseigentum geltend gemacht werden.
4. Sie haben das Recht, kleine Waldprodukte wie Früchte und Kräuter zu nutzen.
5. Die jeweiligen *Gram Sabhas* (Dorfversammlungen) prüfen und genehmigen die Ansprüche und leiten sie dann an die Block-/Distrikt-Waldkomitees weiter.
6. Der Prozess der Verteilung von Waldflächen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Forstministeriums.

<sup>8</sup> Gesetz Nr. 2 von 2007.

So weit, so gut! Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Zwischen 2006 und 2016 wurden landesweit etwa 4,1 Millionen Anträge auf Eigentumsurkunden gestellt. Davon wurden 1,8 Millionen genehmigt, 300.000 zurückgestellt und zwei Millionen abgelehnt. Vor einigen Monaten sorgte eine Entscheidung des Supreme Court für Aufsehen, als dieser anordnete, alle Familien, deren Anträge abgelehnt worden waren, aus den Wäldern zu evakuieren. Die Empörung im ganzen Land war so groß, dass sich das ehrenwerte Gericht bereit erklärte, das eigene Urteil zu überprüfen. Man darf gespannt sein, wie das endgültige Urteil ausfallen wird.<sup>9</sup>

### 3.6. Das Landenteignungsgesetz von 2013

Die Vertreibung und Landenteignung der Adivasi-Gesellschaften ist bis heute ein äußerst dringliches Problem. Der noch aus der Kolonialzeit stammende *Land Acquisition Act* (Landenteignungsgesetz) von 1894 blieb mehr als ein Jahrhundert lang unverändert. In dieser Zeit wurden etwa sechs Millionen Menschen für verschiedene Projekte, darunter kleine und große Staudämme, Bergwerke, Infrastrukturprojekte und Industrieanlagen vertrieben. Davon waren rund 40 Prozent Adivasi. Lediglich 25 Prozent der Vertriebenen wurden umgesiedelt, nur wenige rehabilitiert, da dies auch soziale und kulturelle Dimensionen mit sich bringen würde. Die Menschen kamen zu dem Schluss, dass es genug war. Sie begannen, sich auf immer besser organisierte Weise zu wehren und zu protestieren. Dies zwang die UPA-II-Regierung<sup>10</sup> im Jahr 2013 dazu, ein neues Landenteignungsgesetz zu verabschieden. Das alte Kolonialgesetz wurde durch den *Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act* (LAAR – Landenteignungsgesetz von 2013)<sup>11</sup> ersetzt. Dieses Gesetz enthält einige Bestimmungen, die für bäuerliche Gemeinschaften im Allgemeinen und für Adivasi im Besonderen von Vorteil sind. Einige dieser Bestimmungen lauten wie folgt:

1. Dieses Gesetz regelt die Enteignung sowie die damit verbundene Rehabilitation und Umsiedlung.
2. Der Enteignungsprozess umfasst eine Sozialverträglichkeitsprüfung, eine vorläufige Mitteilung über die Enteignungsabsicht, eine Enteignungserklärung

---

<sup>9</sup> Der Fall „Wildlife First v. Union of India“ (WP 109/2008) ist weiterhin vor dem Supreme Court anhängig. Stand: Mai 2026 – Anm. d. Red.

<sup>10</sup> Verweis auf das von der Kongresspartei angeführte Parteienbündnis *United Progressive Alliance* (UPA), das von 2009 bis 2014 zum zweiten Mal die Unionsregierung (UPA II) stellte – Anm. d. Red.

<sup>11</sup> Gesetz Nr. 30 von 2013.

und die Zahlung einer Entschädigung innerhalb einer bestimmten Frist.

3. Den von der Landnahme betroffenen Menschen ist eine Rehabilitation und Umsiedlung zu gewähren. Die vertriebenen Personen, Familien und Gemeinschaften werden zunächst mit Wohnraum, Wasser, Strom, sowie Schulen und Gesundheitszentren versorgt. Erst danach werden sie aufgefordert, ihr ursprüngliches Land bzw. ihre ursprüngliche Gemeinschaft zu verlassen. Kurz gesagt: Die Vertreibung erfolgt erst nach der Rehabilitation.

4. Die Entschädigung für die Eigentümer:innen des enteigneten Landes beträgt das Vierfache des Marktwerts in ländlichen und das Doppelte in urbanen Gebieten.

5. Bei der Enteignung von Land für private Unternehmen ist die Zustimmung von 80 Prozent aller Enteigneten erforderlich, bei öffentlich-privaten Partnerschaften von 70 Prozent der Landbesitzer:innen.

6. Regierungsbeamte:innen, die gegen das Gesetz verstoßen, sind durch Gerichte zu bestrafen.

7. Landwirtschaftliche Flächen, auf denen mehrfach angebaut wird, dürfen unter keinen Umständen erworben werden.

8. Landflächen, die enteignet wurden, aber fünf Jahre oder länger nicht für den vorgesehenen Zweck genutzt wurden, sind an die ursprünglichen Eigentümer:innen zurückzugeben.

9. Adivasi-Ländereien sollten grundsätzlich nicht enteignet werden. Nur in Fällen äußerster Notwendigkeit und als letztes Mittel kann die Enteignung mit Zustimmung der *Gram Sabha* (Dorfversammlung) erfolgen.

Das Gesetz enthält gute Bestimmungen. Die Realität sieht jedoch anders aus. Nach der Verkündung des Gesetzes begannen die Regierungen der Bundesstaaten nur zögerlich mit der Umsetzung. Kaum ein Jahr war vergangen, als die neue Partei im Zentrum<sup>12</sup> Mitte 2014 die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sabotierte. Am vorletzten Tag des Jahres 2014 verabschiedete sie eine „Enteignungsverordnung“, um das Parlament zu umgehen. Offensichtlich gab es Gründe, warum die neue Regierung zu solch drastischen Maßnahmen griff. Die nationalen und internationalen Konzerne, die den Wahlkampf der Regierungspartei finanziert hatten, verlangten nun ihren Anteil. Wenn die Regierung den

---

<sup>12</sup> Gemeint ist die BJP-Zentralregierung, die 2014 die Wahlen gewann – Anm. d. Red.

Die Projektregion des Polavar-  
ram-Staudammprojekts im Jahr  
2005

Bild © Adivasi Koordination e.V.



Forderungen nicht nach-  
kommen würde, könnte  
dies ihren eigenen Sturz zur  
Folge haben. Die Interessen  
der Unternehmen überwo-  
gen somit die Verpflich-  
tungen der Regierung ge-  
genüber den Bürger:innen  
des Landes.

Im Vergleich zum ursprünglichen Landenteignungsgesetz von 2013 hat die abweichende Änderungsverordnung von 2014 unter anderem die folgenden nachteiligen Aspekte:

1. Gemäß der Änderungsverordnung von 2014 kann jede registrierte private Einrichtung Land erwerben. Nach dem ursprünglichen Gesetz (Landenteignungsgesetz von 2013) war dies nur lizenzierten Unternehmen gestattet.
2. Das Landenteignungsgesetz von 2013 schreibt vor, dass eine neutrale Expertenkommission eine Sozialverträglichkeitsprüfung hinsichtlich der negativen Auswirkungen des Projekts auf Wasser- und Luftverschmutzung, die Zerstörung von Wasserquellen, Bodenerosion und die Zerstörung von Grünflächen durchführen muss. Wenn sich die negativen Aspekte als überwältigend erweisen, muss das Projekt eingestellt werden. Leider sieht die Änderungsverordnung von 2014 eine solche Prüfung nicht mehr vor.
3. Während das Gesetz von 2013 die Zustimmung der Bevölkerung zur notwendigen Voraussetzung macht – 70 Prozent für öffentlich-private Partnerschaften und 80 Prozent für private Unternehmen –, lässt die Änderungsverordnung von 2014 diese völlig außer Acht.
4. Die Änderung erlaubt zudem die Zwangsenteignung von landwirtschaftlichen Flächen, auf denen mehrfach Kulturen angebaut werden.
5. Mit der Änderung wird außerdem die Strafe für Regierungsbeamt:innen abgeschafft, die für schuldig befunden werden.

Gemäß dem Gesetz von 2013 muss enteignetes Land innerhalb einer Frist von fünf Jahren für den Zweck genutzt

werden, für den es enteignet wurde. Andernfalls muss es an die ursprünglichen Eigentümer:innen zurückgegeben werden. Die Verordnung von 2014 hebt diese Frist jedoch auf.

Sowohl in der Bevölkerung als auch in der Legislative kam es im ganzen Land zu massivem Widerstand gegen diese Verordnung. Schließlich sah sich die Regierung gezwungen, ihre Pläne zur Aushöhlung des Gesetzes aufzugeben. Dies zeigt, dass die herrschende kapitalistische Klasse bereit ist, sinnvolle Schritte der Regierung zu sabotieren, sobald diese unternommen werden. Daraufhin ermächtigte die Zentralregierung die Regierungen der Bundesstaaten, das Gesetz nach eigenem Ermessen zu novellieren. Die Regierung von Jharkhand nutzte diese Gelegenheit. Die Bevölkerung wehrt sich jedoch gegen das harte Vorgehen des Bundesstaates.

### 3.7. Wer Boden besitzt sollte auch dessen Bodenschätze besitzen

In einem bahnbrechenden Urteil<sup>13</sup> stellte der Supreme Court Indiens fest: „Wir sind der Ansicht, dass es keine gesetzliche Bestimmung gibt, die besagt, dass alle Bodenschätze und Untergrundrechte dem Staat zustehen. Vielmehr sollte das Eigentum an Untergrund bzw. Bodenschätzen in der Regel dem Eigentum an Grund und Boden folgen, es sei denn, der/dem Eigentümer:in des Grundes und Bodens wird dieses Eigentum durch ein gültiges Verfahren entzogen.“

Ein Mythos zerplatzte: All die Jahre hatten die herrschende Klasse und die Regierung den Mythos aufrechterhalten, dass Bodenschätze dem Staat gehören. Auf dieser Grundlage beanspruchte der Staat das Eigentums- und Nutzungsrecht an diesen Bodenschätzen. Tausende Hektar Land mit Millionen Tonnen an Bodenschätzen wurden willkürlich und gewaltsam enteignet.

<sup>13</sup> Supreme Court, Zivilberufung Nr. 4549 von 2000.

Es wurde Strom erzeugt, eine Eisenbahn- und Straßeninfrastruktur geschaffen sowie große Staudämme und Fabriken gebaut. All diese Projekte wurden als „moderne Tempel“ bezeichnet. Niemand kümmerte sich darum, was das Gesetz zu diesem Thema zu sagen hatte. Weder die Legislative noch die Exekutive oder die Judikative Indiens hielten es für notwendig, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Auch die Bildungszentren, die Intellektuelle und Fachleute hervorbringen, haben sich nie mit dieser schwierigen Frage befasst. Indien, die größte Demokratie der Welt, musste mehr als 60 Jahre warten, um zu bekräftigen, dass die Eigentümer:innen des Landes auch Eigentümer:innen der Bodenschätze sind.

Die stille Mehrheit: Als der allmächtige Staat und sein Apparat behaupteten, alle Bodenschätze seien ihr Eigentum, akzeptierten die Bäuerinnen und Bauern, die auf der untersten Stufe der sozioökonomischen Leiter stehen, dies als unumstößliche Wahrheit. Die tragische Wahrheit ist jedoch, dass der Agrarsektor, in dem 65 Prozent der Bevölkerung beschäftigt sind, all die Jahre benachteiligt wurde. In der Regel verfügen Bäuerinnen und Bauern sowie ihre Nachkommen nicht über eine so gute formale Bildung wie die städtische Mittel- und Oberschicht. Daher können sie ihr natürliches Recht auf die Bodenschätze nicht geltend machen. Sie waren die stille Mehrheit.

### 3.8. Bestimmungen der Vereinten Nationen zum Eigentum an Bodenschätzen

Die indigenen Adivasi-Gesellschaften haben sich an das Prinzip des gesunden Menschenverstandes gehalten: Der/die Eigentümer:in des Landes ist auch Eigentümer:in der Bodenschätze. Dies wurde auch von den Vereinten Nationen bestätigt. In der am 13. September 2007 durch die Resolution 61/295 der Generalversammlung verabschiedeten „Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker“ wird in Artikel 26 bekräftigt:

26(1) Indigene Völker haben das Recht auf Ländereien, Gebiete und Ressourcen, die sie traditionell besessen, bewohnt oder auf andere Weise genutzt oder erworben haben.

26(2) Indigene Völker haben das Recht, die Ländereien, Gebiete und Ressourcen, die sie aufgrund traditioneller Eigentumsrechte oder durch andere traditionelle Nutzungs- oder Besitzformen in ihrem Besitz haben, sowie diejenigen, die sie auf andere Weise erworben haben, zu besitzen, zu nutzen, zu entwickeln und zu verwalten.

26(3) Die Staaten erkennen diese Ländereien, Gebiete und Ressourcen rechtlich an und schützen sie. Diese Anerkennung erfolgt unter gebührender Berücksich-

tigung der Bräuche, Traditionen und Landbesitzsysteme der betroffenen indigenen Völker.<sup>14</sup>

Wir dürfen nicht vergessen, dass Indien der oben genannten UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker zugestimmt hat. Daher ist das Land moralisch verpflichtet, diese Resolution einzuhalten. Unabhängig von dieser Verpflichtung gegenüber den Vereinten Nationen hat die indische Regierung einige Gesetze erlassen, die den Schutz der indigenen Völker und ihrer Interessen zum Ziel haben. So besagt beispielsweise das PESA-Gesetz von 2006: „Jede *Gram Sabha* ist dazu befugt, die Traditionen und Bräuche der Bevölkerung, ihre kulturelle Identität sowie die Ressourcen und gewohnheitsmäßigen Formen der Streitbeilegung der Gemeinschaft zu schützen und zu bewahren.“<sup>15</sup>

Dies entspricht dem in der ILO-Konvention Nr. 169 definierten Begriff der „Indigenen Territorialität“. Demnach erstrecken sich die Eigentumsrechte der indigenen Völker auch auf die natürlichen Ressourcen, die sie im Rahmen ihrer traditionellen Wirtschaftsweise nutzen oder die kulturelle, spirituelle oder zeremonielle Zwecke erfüllen. In Artikel 15(1) heißt es: „Die Rechte der betroffenen Völker auf die natürlichen Ressourcen ihres Landes sind besonders zu schützen. Zu diesen Rechten gehört das Recht dieser Völker, an der Nutzung, Bewirtschaftung und Erhaltung dieser Ressourcen mitzuwirken.“

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Die indische Regierung behauptet: „In Indien gibt es keine indigenen Völker.“ Dahinter steckt ein klarer Plan. Einerseits unterzeichnet sie großzügig die Resolutionen der UN-Konventionen, andererseits leugnet sie beharrlich die Existenz indigener Völker in ihrem Land. Somit sieht sie sich nicht verpflichtet, die Beschlüsse der UN einzuhalten. Dies ist eine Leugnung der Existenz von etwa 100 Millionen Adivasi. Stattdessen wurden diese in die zweckmäßig geschaffene Kategorie der *Scheduled Tribes* (ST - registrierte Stammesvölker) eingeordnet. Ihnen werden einige Almosen gewährt, die jedoch größtenteils von Zwischenhändler:innen und Regierungsbeamt:innen auf dem Weg verschlungen werden, sodass sie nicht bei den Bedürftigen und Berechtigten ankommen. Dadurch verschärft sich die Armut bei den Adivasi.

Gleichzeitig werden die reichen Bodenschätze auf den Ländereien der Adivasi von der Regierung und privaten Unternehmen geplündert. Der Supreme Court hat 214 der 219 Kohleblöcke des Landes für rechtswidrig erklärt, ihre Schließung angeordnet und eine Geldstrafe wegen illegalen Abbaus verhängt. Doch die Zentralre-

<sup>14</sup> Artikel 26 der genannten UN-Erklärung.

<sup>15</sup> Vgl. PESA-Gesetz § 4(d).

gierung und die Regierungen der Bundesstaaten haben einen Ausweg gefunden. Sie haben diese illegal betriebenen Minen per Versteigerung neu vergeben, um sie legal erscheinen zu lassen. Zwar wird immer wieder versichert, dass die Ländereien der Adivasi nicht an Industrielle vergeben werden, doch gleichzeitig werden in den ausgewiesenen Gebieten Bergbaukonzessionen an staatliche und private Unternehmen erteilt. Das ist ein dreistes Betrugsspiel! Wölfe im Schafspelz!

Abschließend lässt sich dazu festhalten, dass eine Zeit kommen wird, in der die Bäuerinnen und Bauern, die Landbesitzer:innen und die Adivasi ausreichend sensibilisiert und gestärkt sein werden, um der Regierung und den Industriellen gegenüber ihre Position als natürliche Eigentümer:innen der Bodenschätze auf ihrem Land deutlich zu machen. Wenn die Regierung oder die Industrie diese Bodenschätze nutzen wollen, müssen sie sie von den Eigentümer:innen erwerben. Hoffen wir, dass diese Zeit bald kommt.

### 3.9. Verbotene Organisationen und die Kriminalisierung von Adivasi

Im Namen des Kampfes gegen den *Naxalismus* wurden zahlreiche Gräueltaten an Adivasi begangen. Obwohl die Gesetze eine andere Sprache sprechen. So heißt es beispielsweise in einem Urteil des Supreme Court: „Die bloße Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation macht eine Person nicht kriminell, es sei denn, sie greift zu Gewalt oder stachelt andere zu Gewalt an oder provoziert durch Gewalt oder Aufstachelung zu Gewalt öffentliche Unruhen.“ Das Gericht lehnte die Doktrin der „Schuld durch Zugehörigkeit“ somit ab.<sup>16</sup> Demnach ist die bloße Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation nicht strafbar, es sei denn, die Person greift zu Gewalt, stiftet andere zur Gewalt an oder begeht eine Handlung, die darauf abzielt, durch Gewalt Unruhen oder Störungen der öffentlichen Ordnung zu verursachen.

Das Gesetz ist eindeutig. Die Realität sieht jedoch anders aus. Es ist allgemein bekannt, dass zahlreiche junge Männer und Frauen unter dem Verdacht, „Helfer:innen *naxalistischer* Gruppierungen“ zu sein, inhaftiert wurden. Diese Bezeichnung kann jeder Person angeheftet werden, die die Polizei festnehmen möchte. Es sind weder Beweise noch Zeugen erforderlich. Wir sollten bedenken, dass viele, die verhaftet werden, gar keine Mitglieder einer *naxalistischen* Organisation sind. Laut dem Supreme Court macht die bloße Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation noch keine Kriminelle aus. Nach den Festnahmen werden den Personen häufig noch weitere Straftatbestände zur Last gelegt. Wie weit sind

die Ordnungskräfte doch von der Justiz entfernt! Wenn Regierung und Polizei noch ein Fünkchen Menschlichkeit besäßen, würden die betroffenen jungen Männer und Frauen freigelassen werden. Die entscheidende Frage lautet: Auf welcher gesetzlichen Grundlage nehmen Polizei und paramilitärische Einheiten im Rahmen ihrer Einsätze gegen *naxalistische* Gruppierungen junge Männer und Frauen fest? Offensichtlich halten sie sich nicht an das Urteil des Supreme Court. Daher sollten sie wegen Missachtung des Gerichts belangt werden.

Den Gefangenen steht das Recht auf Freilassung gegen Kautions zu. Doch wer soll die Kautions stellen? Für die meisten Untersuchungshäftlinge ist es unmöglich, eine Kautions zu hinterlegen. Einerseits verweigern die unteren Gerichte durchweg die Gewährung von Kautions für Personen, denen vorgeworfen wird, *Naxalit:innen* zu sein. Das bedeutet, dass sich die Häftlinge an den High Court und manchmal sogar an den Supreme Court wenden müssen, um eine Freilassung gegen Kautions zu erwirken. Ein weiterer Faktor sind die damit verbundenen Kosten. Die durchschnittlichen Kosten vor dem Supreme Court liegen zwischen zehn- und zwanzigtausend Rupien. Wie viele Adivasi-Familien auf dem Land können sich das leisten?

Tatsächlich sind die meisten Familien nicht einmal in der Lage, ihre Angehörigen im Gefängnis zu besuchen. Gleichzeitig bietet die Regierung ihnen keine kostenlose Rechtshilfe an. Kurz gesagt sind mehrere hundert Adivasi-/Dalit-Häftlinge, die sich allein in Jharkhand in Untersuchungshaft befinden, dazu verdammt, noch jahrelang im Gefängnis zu sitzen. Wichtig ist, sich daran zu erinnern, dass von den Personen, die im Rahmen der *Operation Green Hunt* (ein Einsatz gegen *naxalistische* Gruppierungen) gemäß dem *Unlawful Activities (Prevention) Act* (UAPA) und § 17 des *Indian Criminal Law Amendment Act* (CL 17) verhaftet wurden, noch keine einzige verurteilt wurde. Wir können davon ausgehen, dass die meisten von ihnen freigesprochen werden würden, sollte es zu einem Gerichtsprozess kommen. Bedauerlicherweise gibt es keine Frist, innerhalb derer der Prozess stattfinden muss. Wieder einmal sind die Adivasi die Opfer. Aufgeschobene Gerechtigkeit ist verweigerter Gerechtigkeit.

Wenn den Menschen ihre Rechte rundweg und pauschal verweigert werden, dann weiß man zumindest, woran man ist. Wenn jedoch zunächst gewährte verfassungsmäßige, gesetzliche oder gerichtliche Rechte heimlich wieder entzogen werden, dann ist das ein betrügerisches Spiel, das die Machthabenden auf Kosten der benachteiligten Menschen treiben, die ein Anrecht auf diese Rechte haben. Das ist besonders besorgniserregend. Sollen die Menschen endlos warten und weiter hoffen, auch wenn es keinen Grund zur Hoffnung gibt?

<sup>16</sup> Supreme Court: Strafrechtsbeschwerde Nr. 889 von 2007.

## 04

## Türklopfen am frühen Morgen

Aktivist:innen werden im Fall Bhima Koregaon zu Sündenböcken gemacht

**Am 28. August 2018 hörte ich um 6 Uhr morgens laute Schritte vor meinem Zimmer in *Bagaicha*. Vom Fenster aus sah ich, dass meine beiden Jesuitenbrüder vor ihren Zimmern standen. Als ich die Tür öffnete, standen etwa 30 Polizeikräfte mit Gewehren und *Lathis* (Schlagstöcken) vor mir.**

Eine kleine Gruppe von acht Personen in Zivilkleidung trat vor. Sie stellten sich als Polizeikräfte aus Pune vor und erklärten, sie seien gekommen, um meine Räumlichkeiten zu durchsuchen und mich zu überprüfen. Ich verlangte einen Durchsuchungsbeschluss. Ihr Anführer zeigte mir ein Blatt Papier mit Schriftzeichen. Als ich feststellte, dass es in Marathi verfasst war, erklärte ich ihm, dass ich diese Sprache nicht verstehe und daher eine Übersetzung ins Englische oder Hindi benötige, um den Zweck der Durchsuchung zu verstehen. Daraufhin sagte der Beamte, die Übersetzung könne warten, die Durchsuchung dulde jedoch keinen Aufschub. Er schob mich beiseite und drang gewaltsam in mein Wohn- und Arbeitszimmer ein. Drei Stunden lang stellten sie alles auf den Kopf. Ich fragte den Beamten, warum sie mir das antun würden. Er entgegnete: „Sie sind ein ‚Verdächtiger‘ im Fall Bhima Koregaon in Pune.“ Das schockierte mich, denn ich war noch nie in meinem Leben in Bhima Koregaon gewesen und hatte auch nichts mit den dortigen Ereignissen am 1. Januar 2018 zu tun. Ich sah, wie einer von ihnen die ganze Zeit etwas notierte. Sie beschlagnahmten meinen Laptop, mein Handy, meine SIM-Karte sowie einige CDs und Dokumente, die auf meinem Tisch lagen. Dann forderten sie mich auf, ein handgeschriebenes Dokument zu unterschreiben. Da es auf Marathi verfasst war, einer Sprache, die ich nicht verstand, weigerte ich mich.

Sie gingen zum Tor, diskutierten und kontaktierten möglicherweise ihre Vorgesetzten in Pune, um zu klären, wie sie weiter verfahren sollten. In der Zwischenzeit trafen meine beiden Jesuitenanwälte ein. Auch ihnen teilte ich mit, dass ich dieses Dokument nicht unterzeichnen werde. Sie gingen zu den Einsatzkräften aus Pune, um darüber zu diskutieren. Schließlich einigten sie sich darauf,

dass der leitende Polizeibeamte das Dokument Satz für Satz vorlesen und eine mündliche Übersetzung ins Hindi geben würde. Danach unterschrieb ich es. Fünf Tage später erhielt ich eine handschriftliche Übersetzung ins Hindi. Dabei stellte ich fest, dass es sich dabei größtenteils um eine Auflistung der Gegenstände handelte, die sie bei der Razzia bei mir beschlagnahmt hatten.

Natürlich kamen nicht nur meine Freund:innen und Mitstreiter:innen, um mir ihre Solidarität zu bekunden, sondern auch zahlreiche Journalist:innen und Reporter:innen verschiedener Print- und elektronischer Medien, die mich interviewen wollten. Meine Kolleg:innen und ich kündigten an, dass ich am Nachmittag eine Erklärung abgeben würde, die sie zitieren könnten.

Am selben Tag erfuhren wir, dass die Polizei von Pune in verschiedenen Teilen des Landes ähnliche Razzien gegen elf weitere Intellektuelle, Anwält:innen, Sozialaktivist:innen und einen Dichter durchgeführt hatte. Neun von ihnen wurden verhaftet und ins Gefängnis von Pune gebracht. Zwei von ihnen gelang es, vor dem jeweils zuständigen High Court eine Freilassung gegen Kautions zu erwirken. Ich, die zwölfte Person, gelte als Verdächtiger, gegen den ermittelt wird.

Meinen Mitbrüdern und mir wurden keine Einschränkungen hinsichtlich unserer regulären Aktivitäten, unserer Bewegungsfreiheit oder unserer Kontakte auferlegt. So führten wir unsere Aktivitäten wie gewohnt fort. Verschiedene gemeinnützige Anwält:innen boten mir an, meinen Fall vor dem High Court von Bombay zu vertreten. Dort legte ich gegen die gegen mich erhobenen Anschuldigungen Rechtsmittel ein. Der vorsitzende Richter erklärte, dass es eigentlich keinen Fall gegen mich gebe, da ich nur ein „Verdächtiger“ und kein „Be-

schuldiger“ sei. Gleichzeitig ermächtigte er die Polizei von Pune jedoch, die Ermittlungen gegen mich fortzusetzen. Falls sie etwas finden würden, das mich gemäß dem *Unlawful Activities (Prevention) Act* (UAPA) belasten würde, könnten sie mich verhaften und ein juristisches Strafverfahren gegen mich einleiten.

### Das zweite Durchsuchungsdrama

Fast zehn Monate später, am 12. Juni 2019 um 7 Uhr morgens, kam die Polizei aus Pune erneut nach *Bagaicha* – dieses Mal in Begleitung von rund 30 Einsatzkräften der örtlichen Polizei. Die Gruppe wurde vom stellvertretenden Polizeikommissar aus Pune angeführt. Als meine Mitbrüder und ich ihn nach dem Durchsuchungsbeschluss fragten, entgegnete er: „Als Kommissar brauche ich von niemandem einen Durchsuchungsbeschluss.“ Er und sein achtköpfiges Team drangen gewaltsam in mein Wohn- und Arbeitszimmer ein und begannen, alles zu durchsuchen. Der Kommissar verhörte mich nicht, sondern ich stellte ihm beharrlich Fragen. So fragte ich ihn, ob er wisse, dass die Polizei von Pune mich im vergangenen August bereits durchsucht und mehrere Gegenstände beschlagnahmt habe. Ich fragte ihn auch, ob sie dabei etwas gefunden hätten, das mich belasten würde. Er antwortete: „Ja“, weigerte sich jedoch, preiszugeben, was es war. Dann fragte ich ihn, sehr zu seinem Ärger, ob Folter Teil der polizeilichen Ermittlungen sei. Er antwortete streng: „Nein.“ Ich erinnerte ihn daran, dass eine der Personen, die im August 2018 inhaftiert worden waren, tatsächlich in Polizeigewahrsam gefoltert worden war. Er fragte nach dem Namen, den ich ihm nannte. Ich erzählte ihm, dass dieser Mann, ein angesehenes Anwalt, wiederholt ins Gesicht geschlagen worden war und dabei sein Auge so schwer verletzt wurde, dass er am nächsten Tag ins Krankenhaus gebracht werden musste. Der Kommissar wich meiner Frage aus und sagte, er würde sie vor Gericht beantworten.

Dieses Mal nahmen sie die Festplatte meines Computers sowie einige Dokumente, die auf meinem Tisch lagen, mit. Obwohl sie mein Mobiltelefon dieses Mal nicht beschlagnahmten, hantierte ein Techniker daran herum, bis ich dagegen protestierte. Der Kommissar fertigte eine Liste der beschlagnahmten Gegenstände für mich an. Außerdem teilte er mir mit, dass meine Gmail- und Facebook-Konten gesperrt worden seien. Ich wurde angewiesen, diese Konten nicht mehr zu benutzen. Sie zeigten mir die Liste der beschlagnahmten Gegenstände und baten mich, sie zu unterschreiben. Als ich sah, dass sie auf Marathi verfasst war, weigerte ich mich. Zwei anwesende Zeugen – einer von ihnen

war aus Pune mitgekommen – unterschrieben das Dokument. Anschließend gingen sie wieder.

In der Zwischenzeit kamen mehrere Freund:innen, Mitstreiter:innen und meine Anwalt:innen nach *Bagaicha*, um ihre Solidarität zu bekunden. Zudem waren zahlreiche Journalist:innen und Reporter:innen von Print- und elektronischen Medien vor Ort, die mich interviewen wollten. Auf Anraten meiner Freund:innen und Anwalt:innen erklärte ich, dass es bereits die zwei-



Bhima Koregaon Feierlichkeiten am 1. Januar 2019.

Bild © PTI File Photo

te Razzia sei und dass ich bei jeder rechtlichen Untersuchung kooperieren würde. Ich kündigte auch an, dass ich eine Erklärung zu den Ereignissen des Tages vorbereiten würde, die sie am Nachmittag im Internet einsehen könnten. So verlief der Tag, an dem mir die zweifelhafte Ehre zuteil wurde, innerhalb eines Jahres zweimal einer Razzia ausgesetzt gewesen zu sein.

### Was steckt hinter den Ereignissen von Bhima Koregaon?

Die meisten Interessierten sind von der Vorgehensweise der Polizei in Pune irritiert und fragen sich: „Was genau ist in Bhima Koregaon passiert? Und warum werden namhafte Schriftsteller:innen, Anwalt:innen, Dichter:innen und Sozialaktivist:innen, die sich über einen beträchtlichen Zeitraum ihres Lebens hinweg für ausgebeutete und marginalisierte Menschen eingesetzt haben, so schikaniert, dass sie selbst nach einem Jahr in Haft keine Kaution erhalten?“

Die Antwort ist einfach: Es geht darum, die wahren Verantwortlichen zu schützen. Diese gehören den sogenannten „hohen Kasten“ und der Oberschicht an, sind

in *Hindutva*-Strukturen aktiv und werden von der derzeit amtierenden BJP protegiert.

Das *Elgar Parishad* ist ein fröhliches Ereignis, das jedes Jahr von den Dalits in Maharashtra und den angrenzenden Bundesstaaten gefeiert wird. Dabei wird an den Sieg in einer Schlacht vor rund 200 Jahren gegen die sogenannten „höheren Kasten“ erinnert. Mit anderen Worten: Eshandelt sich um eine jährliche Feier, die den Sieg der Dalits zelebriert. Am 1. Januar 2018 jährte er sich zum zweihundertsten Mal. Aus diesem Anlass versammelten sich besonders viele Dalits aus dem ganzen Land. Auch prominente Richter:innen, Anwält:innen und Schriftsteller:innen nahmen daran teil. Einigen *Hindutva*-Anführern aus „höheren Kasten“ ging das zu weit. Sie beschlossen, den wachsenden Enthusiasmus der Dalits zu zügeln, und stachelten ihre Gefolgsleute dazu an, diejenigen Dalits anzugreifen, die von der Feier kamen. Dabei setzte ihre Anhängerschaft tödliche Waffen ein, zerstörte Geschäfte und verwehrte den Dalits selbst das Trinken von Wasser. Bereits am 2. Januar, dem nächsten Tag, wurden bei der *Pune Rural Police* insgesamt 22 *First Information Reports* (FIR, in etwa: Strafanzeige) eingereicht. Konkret wurden darin zwei *Hindutva*-Anführer namentlich benannt. Einer von ihnen wurde von der Polizei festgenommen und einen Monat später wieder aus der Haft entlassen. Der andere wurde nie inhaftiert. Beide bewegen sich völlig frei in der Öffentlichkeit. Hätte die Polizei diesen Ermittlungsfall wie üblich weiterverfolgt, wären die beiden führenden *Hindutva*-Anführer mit Sicherheit belastet worden. Das hätte für die regierende BJP-Partei peinlich werden können. Zudem hätte es ihr Bekenntnis zum Säkularismus infrage gestellt und die Frage aufgeworfen, ob die Partei Angehörige der „höheren Kasten“ bevorzugt behandelt.

Es musste also ein Weg gefunden werden, um die Aufmerksamkeit der Nation abzulenken. Es musste ein Vorwand her. Ein Anhänger eines der beiden *Hindutva*-



Beschuldigte im Fall BK16: Surendra Gadling, Shoma Sen, Mahesh Raut, Rona Wilson, Sudhir Dhvale, Sudha Bharadwaj, Vernon Gonsalves, Arun Ferreira, Varavara Rao, Anand Teltumbde, Gautam Navlakha, Hany Babu, Sagar Gorkhe, Ramesh Gaichor, Jyoti Jagtab, Stan Swamy

Bild © privat

va-Anführer reichte deshalb bei der *Pune Urban Police* einen weiteren *First Information Report* mit einem gut durchdachten Plan ein. Darin beschuldigte er prominente Intellektuelle, Anwält:innen, Dichter:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen, für die gewaltsamen Ausschreitungen am Rande der *Elgar-Parishad*-Veranstaltung verantwortlich zu sein. Daraufhin wurde die *Pune Urban Police* aktiviert, um etwa 25 Personen – mich eingeschlossen – zu identifizieren und rechtliche Schritte gegen sie einzuleiten. Im Juni 2018 wurden fünf Personen verhaftet, im August desselben Jahres vier weitere. Einige sollen auf der Flucht sein. Zwei Beschuldigten ist es gelungen, eine vorläufige Kautions zu erhalten. Bisher gelte ich lediglich als „Verdächtiger“. Wahrscheinlich wurde bei

der ersten Razzia nichts bei mir gefunden, weshalb ich ein zweites Mal durchsucht wurde. Fakt ist, dass alle bei den beiden Razzien beschlagnahmten Dokumente bereits öffentlich zugänglich waren. Möglicherweise finden sie jedoch irgendeinen Vorwand, um mich zu verhaften!



Darstellung der 16 Beschuldigten im Fall Bhima Koregaon, oft BK16 genannt.

Bild © Siddhesh Gautam / @bakeryprasad

Wie allgemein bekannt, werden Justizbeamt:innen und Richter:innen der unteren Ebenen durch die Regierung des jeweiligen Bundesstaates ernannt. Somit unterliegen sie den Vorgaben der jeweils herrschenden politischen Klasse bzw. Partei. Von ihnen ist daher kaum Gerechtigkeit zu erwarten. Nur die höheren Instanzen der Justiz, also die High Courts und der Supreme Court, verfügen bei der Besetzung der Richterposten über eine gewisse Unabhängigkeit. Von den dort tätigen Richter:innen kann eine unabhängige Rechtsprechung auf Basis des Gewissens erwartet werden. Im Fall von *Elgar Parishad* scheint jedoch selbst die höhere Justiz nicht in der Lage zu sein, Gerechtigkeit herzustellen. Die Polizei hat umfangreiche „Beweise“ in Form von Tausenden Seiten vorgelegt – in unserem Fall waren es 5000 Seiten –, was zu einer nahezu vollständigen Lähmung der Justiz geführt hat. Wer findet als Richter:in die Zeit, 5000 Seiten Beweismaterial für nur einen Fall intensiv durchzuarbeiten? Selbst nach mehr als einem Jahr besteht keine Aussicht auf eine Freilassung gegen Kaution. Wann ist mit einem Prozessbeginn und -ende zu rechnen und mit welchem Ergebnis – einem Freispruch oder einer Verurteilung? Eines ist sicher: Aufgeschobene Gerechtigkeit ist verweigerte Gerechtigkeit.

### Die Gründe für das Ermittlungsverfahren gegen mich

Gemeinsam mit meinen Anwalt:innen und Kolleg:innen bin ich der Meinung, dass ich in diesen Fall verwickelt wurde, weil ich den Staat Jharkhand durch die *Public Interest Litigation* (PIL - Rechtsstreitigkeit im öffentlichen Interesse), die ich im Namen Tausender Untersuchungshäftlinge beim High Court von Jharkhand eingereicht habe, herausgefordert habe. Eine Studie über Untersuchungshäftlinge hatte ergeben, dass mehr als 90 Prozent von ihnen wahrscheinlich zu Unrecht beschuldigt sind. Vor diesem Hintergrund schlossen sich mehrere besorgte Sozialaktivist:innen und Anwalt:innen aus den zentral- und ostindischen Bundesstaaten zusammen, um zu beraten, wie den Tausenden von Untersuchungshäftlingen in Jharkhand, Chhattisgarh, Odisha und Westbengalen geholfen werden könnte. Aus dieser Initiative ging im Jahr 2015 die informelle Vereinigung *Persecuted Prisoners Solidarity Committee* (PPSC) hervor. Es handelt sich um einen losen Zusammenschluss ohne formelle Mitgliedschaft. Die aktiven Mitglieder sind jedoch entschlossen, zusammenzuarbeiten und gemeinsam rechtliche Schritte einzuleiten. Ich bin eines der Gründungsmitglieder dieser Vereinigung.

Meine Klage im öffentlichen Interesse (PIL) basiert auf der oben genannten Studie zu Untersuchungshäftlingen. Offensichtlich hat der Staat viel zu verbergen, denn selbst nach eineinhalb Jahren hat er dem Gericht noch

nicht alle relevanten Fakten dazu vorgelegt. Deshalb habe ich in jeder Anhörung weiter Druck ausgeübt. Dadurch bin ich dem Staat offenbar ein Dorn im Auge geworden, denn er scheint nun entschlossen zu sein, mich aus dem Weg zu räumen. Die Polizei und diejenigen, die ihre Einsätze veranlassen, stehen in der Pflicht, sich gegenseitig beizustehen. Der Fall Bhima Koregaon scheint eine willkommene Gelegenheit dafür zu bieten.

Laut Polizei von Maharashtra sind das *Persecuted Prisoners Solidarity Committee* (PPSC), das *Committee for Release of Political Prisoners* (CRPP) und die *Indian Association of People's Lawyers* (IAPL) allesamt Vorfeldorganisationen der Maoist:innen. Diese drei Organisationen würden demnach Anweisungen von den Maoist:innen erhalten und von diesen finanziert werden. Vor dem Bombay High Court werden die zuvor erhobenen Vorwürfe einer Verbindung zu Bhima Koregaon derzeit nicht vorgebracht. Stattdessen wird alles daran gesetzt, eine Verbindung zwischen diesen drei Organisationen und den Maoist:innen herzustellen.

Fakt ist, dass das PPSC, dessen Gründungsmitglied und Mitinitiator ich bin, eine spontan entstandene Vereinigung einiger besorgter Bürger:innen aus Zentral- und Ostindien ist. Wir setzen uns für zu Unrecht inhaftierte Adivasi- und Dalit-Jugendliche ein. Wir treffen uns, wann immer wir es für notwendig halten. Wir erhalten keine finanzielle Unterstützung von Dritten. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden durch freiwillige Beiträge gedeckt, wobei jede Person selbst entscheidet, wie viel sie beitragen möchte. Wir sind einander rechenschaftspflichtig und gemeinsam sind wir den Adivasi und Dalits in Zentral- und Ostindien gegenüber rechenschaftspflichtig.

Dies sollte ausreichen, um alle Spekulationen und erfundenen Anschuldigungen auszusräumen.



## सलाखों में कैद आवाज़ें भीमा कोरेगांव षड्यंत्र की कहानी

Titelbild einer Broschüre zum Fall Bhima Koregaon, herausgegeben im Juni 2021 von Familienangehörigen und Freund:innen der BK16

Bild © privat

## 05

**Unterdrückt, aber nicht besiegt**

## Der Kampf um Gerechtigkeit für Untersuchungshäftlinge

**Wenn man in den Adivasi-Bundesstaaten Zentral- und Ostindiens die Morgenzeitung aufschlägt oder einen Nachrichtensender einschaltet, findet man Berichte über die Verhaftung von einem oder mehreren Adivasi- oder Dalit-Jugendlichen, die verdächtigt werden, *Naxalit:innen* oder deren Helfer:innen bzw. Sympathisant:innen zu sein. Laut Medienberichten sitzen in den Gefängnissen Jharkhands mehrere hundert Adivasi- und Dalit-Jugendliche als mutmaßliche *Naxalit:innen* ein.**

**E**s ist ein gefährliches Zeichen für eine gesunde Demokratie, wenn sich eine breite Leserschaft bzw. Publikum daran gewöhnt hat und darin nichts Außergewöhnliches mehr sieht. Leider befürwortet eine Mehrheit der gebildeten urbanen Mittelschicht solche Polizeimaßnahmen und ist zufrieden mit der Vorstellung, dass die Polizei „gute Arbeit“ im Kampf gegen die sogenannte „*Naxaliten*-Bedrohung“ leistet.

Im Jahr 2015 kamen wir in *Bagaicha* an den Punkt, an dem wir uns nicht länger mit Medienberichten zufriedengeben, sondern uns ein eigenes Bild von der Realität machen wollten. Zunächst wandten wir uns an die Gefängnisleitungen und baten darum, mit Untersuchungshäftlingen Interviews durchführen zu dürfen. Unsere Anträge wurden jedoch rundweg abgelehnt. Gemäß dem *Right to Information Act* (RTI) schickten wir daraufhin einen Fragebogen an alle Direktor:innen der 24 Gefängnisse in Jharkhand. Die Beantwortung des Antrags muss laut Gesetz innerhalb von 30 Tagen nach Eingang erfolgen. Wir warteten zwei Monate lang, doch nur zwölf der 24 Gefängnisdirektor:innen nahmen sich die Zeit zu antworten – und selbst diese Antworten waren lückenhaft. Daraufhin beschwerten wir uns beim Generalinspekteur der Gefängnisse. Er wies jede Verantwortung zurück. Er sei neu in dieser Position, kenne die Präzedenzfälle nicht und könne daher nicht auf unsere Beschwerde reagieren, so seine Erklärung. Deshalb beschloss das *Bagaicha*-Forschungsteam, eine soziologische Stichprobenstudie mit Untersuchungshäftlingen durchzuführen, die gegen Kautions aus dem Gefängnis entlassen worden waren. Diese sind dazu verpflichtet, zu jedem Gerichtstermin zu erscheinen, selbst wenn

dort keine Verhandlung stattfindet, sondern ihnen lediglich der nächste Termin mitgeteilt wird.

Das Forschungsteam setzte sich aus Mitarbeitenden von *Bagaicha* sowie einigen Untersuchungshäftlingen zusammen. Über einen Zeitraum von sechs Monaten besuchte das Team 102 Untersuchungshäftlinge in ihren Haushalten in 18 der 24 Distrikte Jharkhands. Die Ergebnisse wurden im Oktober 2016 unter dem Titel „Deprived of their rights over natural resources, the impoverished Adivasis find prison“ (Ihrer Rechte an natürlichen Ressourcen beraubt, landen die verarmten Adivasis im Gefängnis) veröffentlicht. Die Studie brachte einige erschreckende Fakten

**97 Prozent der Personen, die als *Naxaliten*-Verdächtige inhaftiert wurden, sind womöglich unschuldig**

ans Licht: (1) Von den 102 befragten Personen gaben lediglich drei an, irgendeine Verbindung zu *naxalitischen* bzw. maoistischen Gruppierungen zu haben. Das bedeutet, dass 97 Prozent der Personen, die als *Naxaliten*-Verdächtige inhaftiert wurden, womöglich unschuldig sind. Gibt es eine größere Ungerechtigkeit gegenüber den vom Leben benachteiligten Adivasi/Dalits? (2) Der Anteil der Adivasi und Dalits war im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional hoch. (3) Die meisten von ihnen wurden von der Polizei in ihren Häusern oder in Bussen und Zügen, auf dem Weg zum Markt oder in die Stadt, aufgegriffen. Dies widerlegt die Darstellung der Polizei, wonach sie in den Wäldern gefasst worden seien, als sie versucht hät-

ten, zu fliehen. (4) Zwei Drittel von ihnen waren zwischen 18 und 35 Jahre alt. Dies ist das Alter, in dem ein junger Mann in der Regel ein aktives Mitglied der Gemeinschaft wird, eine Familie gründet, heiratet, Kinder bekommt und der einzige oder wichtigste Ernährer der Familie ist. Die plötzliche Verhaftung und Inhaftierung eines Familienmitglieds schädigt die gesamte Familie massiv. Ihre wenigen Vermögenswerte, wie etwa Land oder Vieh, müssen oft verkauft oder verpfändet werden. Dadurch werden die Familien in die Armut gestürzt. (5) Die meisten von ihnen erfuhren erst durch die Anklageschriften, aus welchem Grund sie verhaftet worden waren. Zu ihrem Entsetzen mussten sie feststellen, dass ihnen zahlreiche Gesetzesverstöße vorgeworfen wurden. Es würde Jahre dauern, bis alle Rechtsstreitigkeiten abgeschlossen wären. Mit anderen Worten: Ihr Familienleben war dauerhaft ruiniert. (6) „Gefangene haben ein Recht auf Kautions“, aber wer wird dafür bürgen? Selbst wenn das Gericht eine Kautions gewährt, werden Bürgen/Bürgerinnen und Anwäl:innen benötigt, die den Fall begleiten. All dies kostet mehrere Tausend Rupien, was weit über den finanziellen Möglichkeiten der meisten Häftlinge liegt. Daher erdulden die meisten von ihnen sowie ihre Familien und Communities ihr Schicksal schweigend. Ihre kleinen Kinder wachsen ohne elterliche Liebe und Fürsorge auf.

Nachdem wir die ganze Wahrheit herausgefunden hatten, war das *Bagaicha*-Forschungsteam der Meinung, dass wir handeln müssten. Der einzige Weg dazu schien, rechtliche Schritte einzuleiten. Nach Rücksprache mit mehreren Jurist:innen reichten wir Ende 2017 eine *Public Interest Litigation* (PIL - Klage im öffentlichen Interesse) beim High Court von Jharkhand ein. Die PIL wurde im Januar 2018 zugelassen, wobei ich als Hauptkläger aufgeführt wurde. Noch bevor der Oberste Richter den Fall annahm, wies er den Staat Jharkhand an, alle erforderlichen Informationen zu allen Untersuchungshäftlingen vorzulegen. Dies ist nun eineinhalb Jahre her, doch die Regierung hat die Unterlagen bisher nicht vollständig vorgelegt. Stattdessen hat sie vor Gericht eine Reihe von Ausreden vorgebracht. Einige renommierte Anwäl:innen haben angeboten, den Fall zu übernehmen. Bisher konnten allerdings keine Anhörungstermine angesetzt werden, da uns nach wie vor Informationen zu allen in Jharkhand inhaftierten Untersuchungshäftlingen fehlen.

In unserer Klage im öffentlichen Interesse vor dem High Court geht es um folgende Punkte: (1) Alle Untersuchungshäftlinge in den Gefängnissen Jharkhands sind gegen persönliche Bürgschaft freizulassen, da sie sich keine reguläre Kautions leisten können. (2) Die Gerichtsverfahren sind zu beschleunigen, da für die meisten von ihnen ein Freispruch zu erwarten ist. (3) Es soll

eine Justizkommission eingesetzt werden, um die unangemessenen Verzögerungen aufzudecken und zu korrigieren, die so viel menschliches Leid und die Verweigerung der Menschen- und Verfassungsrechte zur Folge haben. (4) Polizeikräfte, die die Betroffenen vorsätzlich und rechtswidrig festgenommen haben, sind exemplarisch zu bestrafen. (5) Den Familien der Freigesprochenen ist eine gerechte und angemessene Entschädigung zu zahlen. Trotz aller Widrigkeiten hegen wir die Hoffnung, dass den zu Unrecht inhaftierten Untersuchungshäftlingen Gerechtigkeit widerfahren würde.

Wir sind der Meinung, dass die von mir als Hauptkläger vertretene Klage im öffentlichen Interesse der Landesregierung ein Dorn im Auge ist, da sie den Staat für die gezielte Verfolgung der Adivasi und Dalits zur Rechenschaft zieht. Der Staat hat in diesem Fall viel zu verbergen. Daher versuchen die Polizei von Jharkhand und die Polizei von Pune in geheimem Einvernehmen, mich aus dem Weg zu räumen, indem sie mich in einen weit entfernten Fall in Bhima Koregaon verwickeln. Die Gründe hierfür werden auf den folgenden Seiten näher beschrieben.

Der eigentliche Zweck besteht darin, die Adivasi- und Dalit-Gemeinschaften dauerhaft zu schädigen, indem ihre junge Generation handlungsunfähig gemacht wird. Denn selbst wenn sie eine Kautions bekämen, müssten sie sich über Jahre hinweg vor Gericht verantworten. Sie würden ihre begrenzten Ressourcen aufbrauchen und wären gezwungen, ihre Häuser, Dörfer und Gemeinschaften zu verlassen, um sich als Gelegenheits- oder Vertragsarbeiter:innen den Lebensunterhalt zu verdienen. Ihre kleinen Kinder würden ohne elterliche Liebe und Fürsorge aufwachsen. Ihre starke Zusammengehörigkeit und ihre gemeinschaftsbasierte Kultur würden verloren gehen. Der Land- und Walddraub würde trotz sogenannter „Schutzgesetze“ unvermindert weitergehen – alles im Namen der „nationalen Entwicklung“. Bei starkem Widerstand gegen Landnahmen und die damit verbundene Vertreibung würde das staatliche Enteignungsrecht großzügig angewendet werden. Es handelt sich um einen ausgeklügelten Plan, um die Adivasi (indigene Bevölkerung) und die Dalits als eigenständige soziale Gruppen auszulöschen, weil sie ihre verfassungsmäßigen und Menschenrechte geltend machen.

Daher ist es umso wichtiger, diese Klage im öffentlichen Interesse im Namen der Tausenden Untersuchungshäftlinge so lange auszufeuchten, bis Gerechtigkeit hergestellt ist. Einige renommierte Anwältinnen und Anwälte haben angeboten, den Fall vor dem High Court von Jharkhand zu vertreten, sollte es zu einer Verhandlung kommen. Der Staat unternimmt jedoch alles, um dies zu verhindern.

Der Weg zur Freiheit ist lang!

## 06

# Über den Unterschied

## zwischen Kapitalismus und Sozialismus

**Es war das Jahr 1989, als ich im Rahmen einer einmonatigen Studie über die Wirtschaft ostasiatischer Länder in einem Forschungsinstitut in Hongkong arbeitete. Hongkong war damals ein bekannter Treffpunkt des internationalen kapitalistischen Marktes und gleichzeitig eine britische Kolonie, über die China die politische Kontrolle beanspruchte.**

**E**inkaufszentren und Luxushotels zeugten von florierenden Handelsgeschäften, und Millionen Tourist:innen strömten aus aller Welt herbei. Für viele andere Länder galt Hongkong als Vorbild. Alte Dinge waren nicht unbedingt wertvoll. Vielmehr waren die aktuellsten Konsumgüter attraktiv. Der US-Dollar war die begehrteste Währung. An jeder Straßenecke traf man auf Menschen, die daran interessiert waren, US-Dollar zu wettbewerbsfähigen Kursen in Hongkong-Dollar umzutauschen.

Eines Morgens, als ich früh durch einen Park ging, passierte mir etwas Ärgerliches. Ein Armbandstift meiner alten Uhr brach ab und die Uhr fiel mit einem dumpfen Schlag auf den Boden. Als ich sie aufhob, stellte ich fest, dass sie noch ging. Es ging also lediglich darum, den kleinen Stift reparieren zu lassen, damit ich die Uhr wieder tragen konnte. Später am Nachmittag, auf dem Rückweg zu meiner Unterkunft, betrat ich ein glitzerndes Uhrengeschäft, in dem Uhren aller erdenklichen Marken äußerst ansprechend ausgestellt waren. Ich ging auf den Mann am Tresen zu, nahm meine alte Uhr aus der Tasche, zeigte ihm den gebrochenen Stift und bat ihn, diesen zu ersetzen. Er sah mich von oben herab an und erwiderte knapp: „So etwas machen wir in Hongkong nicht. Alte Uhren werden nicht repariert. Es gibt eine große Auswahl an neuen Uhren.“ Als ich ihm entgegnete, dass meine Uhr einwandfrei funktionierte und lediglich das Armband abgegangen sei, deutete er auf die Tür und bat mich, seine Zeit nicht zu verschwenden. Als ich den glitzernden Laden verließ, sagte ich zu mir selbst: „Das ist das wahre Gesicht des Kapitalismus.“

Einige Tage später bot sich mir die Gelegenheit, mit einem chinesischen Freund nach China zu reisen. Wir fuhren nach Guangzhou, eine der größten Städte im Südosten des Landes. Ich wollte Menschen aus einfachen Verhältnissen treffen, um zu erfahren, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Das Jahr 1989 markierte das Ende der sozialistischen Ära in China – kurz bevor sich das Land dem Ansturm des

Kapitalismus beugen sollte. Alle Erwachsenen hatten Arbeit, und obwohl die Löhne selbst im Vergleich zu Indien niedrig waren, besaß jede Familie ein bescheidenes Haus. Die Ausbildung der Kinder – üblich war die Ein-Kind-Politik – wurde ab dem Alter von drei Jahren vom Staat übernommen. Alle Familienmitglieder genossen eine kostenlose Gesundheitsversorgung und es gab ausreichend öffentliche Verkehrsmittel. Männer und Frauen pendelten meist mit dem Fahrrad zur Arbeit. Die Preise für Konsumgüter wie Kleidung und Lebensmittel richteten sich nach der Höhe der Einkommen. Das Leben war einfach, hart und ohne Luxus.

In den Gesprächen fiel mir auf, dass die einfachen Chines:innen keine Abneigung gegenüber Inder:innen hegten. Sie meinten vielmehr, dass sich die indische und die chinesische Regierung uneinig seien, die hiesige Bevölkerung jedoch keine Probleme mit Inder:innen habe.

Um auf das kaputte Armband meiner Uhr zurückzukommen: Mein Freund brachte mich in ein kleines, unscheinbares Uhrengeschäft, in dem Dutzende alter Uhren, die repariert oder verkauft werden sollten, an der Wand hingen. Eine junge Frau war gerade mit der Reparatur einer Uhr beschäftigt. Als wir ihr das kaputte Armband zeigten, öffnete sie sofort eine Schublade, holte einen neuen Stift heraus und reparierte die Uhr geschickt. Anschließend bat sie mich, die Uhr anzulegen. Nachdem ich meine alte Uhr angelegt hatte, fragte ich sie, was ich bezahlen müsse. Sie schüttelte den Kopf, lächelte freundlich und entgegnete: „Als Gast müssen Sie nichts bezahlen. Wir berechnen unseren Gästen nichts.“ Auf diese einfache, aber großzügige Geste war ich nicht vorbereitet. Ich bedankte mich mit einer Verbeugung, woraufhin sie noch freundlicher lächelte. Als mein Freund und ich uns von ihr verabschiedeten, dachte ich: „Was für ein liebenswerter Einblick in den Sozialismus!“

Lässt sich nun der Unterschied zwischen den beiden erkennen?

## 07

**Rechtswidriger Bergbau**

per Gerichtsbeschluss legalisiert

**Die Santhals sind die größte ethnische Gruppe in Jharkhand. Ihre angestammte Heimat liegt im Osten des Bundesstaates und grenzt im Norden an Bengalen sowie im Süden an Odisha. Ihre Sprache, das Santhali, ist mit den Sprachen Mundari und Ho verwandt.**

Die Grundlage ihrer besonderen kulturellen Werte und traditionellen Bräuche bilden die Wälder, die Ländereien und andere natürliche Ressourcen sowie eine nachhaltige Produktionsweise. Das traditionelle Oberhaupt eines Santhal-Dorfes wird *Majhi* genannt, das einer Gruppe von Dörfern *Parganait*. Sie lebten ein friedliches Leben. Doch dann nahm die Einflussnahme durch ausbeuterische und unterdrückende Außenstehende, die sie *Dikus* nannten – was so viel wie „die den Adivasi Ärger bereiten“ bedeutet –, rapide zu. Dabei standen sie, sowie die anderen Adivasi-Gesellschaften, in den *Scheduled Areas* unter dem Schutz klarer verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Bestimmungen. So wird ihnen erstens in einem Verfassungszusatz, der sogenannten *Fifth Schedule*, das Recht auf Selbstverwaltung unter ihrer traditionellen Führung zugesichert. Zweitens verbietet der *Santhal Pargana Tenancy Act* von 1949 die Übertragung ihrer Ländereien an Personen oder Einrichtungen außerhalb ihrer Stammesgesellschaft. Der *Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act* (PESA) ermächtigt die *Gram Sabhas* (Dorfversammlungen) drittens, ihre wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Interessen zu schützen. Viertens verleiht ihnen der *Forest Rights Act* (FRA) von 2006 einen Rechtsanspruch auf ihre angestammten Wälder.

Ungeachtet der oben genannten Schutzbestimmungen unterzeichnete die Regierung Jharkhands Anfang 2000 stillschweigend eine Absichtserklärung mit dem *Punjab State Electricity Board*, in der der Kohleabbau in acht bis zehn Dörfern im Distrikt Pakur über die Tochtergesellschaft *Panem Coal Mines* vorgesehen war. Dieser Schritt stand in völligem Widerspruch zu den Schutzbestimmungen. Die Menschen vor Ort erfuhren davon erst, als mehreren Haushalten formelle Mitteilungen zugestellt wurden. Zwar waren sie zutiefst schockiert, doch sie rüsteten sich, um sich gegen diesen illegalen und ungerechten Eingriff

in ihr Leben zu wehren. Spontane Protestkundgebungen, öffentliche Versammlungen und Tür-zu-Tür-Kampagnen mobilisierten die Betroffenen. Unter der Führung ihres traditionellen Oberhaupts, des *Parganait*, schlossen sie sich zusammen und erhoben ihre Stimme. Die Regierung blieb jedoch unnachgiebig, was ihre Forderung betraf, das geplante Bergbauprojekt aufzugeben.

**Den Armen bleibt Gerechtigkeit verwehrt**

Zu diesem Zeitpunkt schlugen einige Adivasi-Aktivist:innen vor, sich an den High Court von Jharkhand zu wenden, um Gerechtigkeit zu erlangen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen und eine Klage im öffentlichen Interesse (PIL) eingereicht, in der der *Parganait* selbst der Hauptkläger war. Glücklicherweise bot ein bekannter Anwalt des High Court an, den Fall zu übernehmen. Vor Gericht brachte er schlüssige Argumente vor, die die rechtliche Unzulässigkeit des geplanten Bergbaus betonten. Ohne ein solides Rehabilitationsprogramm würde dieser zu einer massiven Vertreibung der Dorfgemeinschaften führen. Bis zur abschließenden Anhörung schien alles gut zu laufen. Doch dann konnte der Anwalt aufgrund einer terminlichen Überschneidung bei der abschließenden Anhörung nicht anwesend sein. Seiner Bitte um Vertagung wurde nicht stattgegeben und der High Court nutzte seine Abwesenheit aus. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zwar wurden die von der Klägerseite vorgebrachten Argumente im Urteil als gültig anerkannt, jedoch wurde unter Berufung auf die „nationale Entwicklung“ und die „Enteignungsbefugnis des Staates“ grünes Licht für den Bergbau gegeben. Dem Staat stehe demnach die uneingeschränkte Befugnis zu, jedes Eigentum zu erwerben, sofern er dies für die Entwicklung des Landes für erforderlich hält.

Dies war ein herber Schlag für die unterprivilegierten Santhals, die lediglich den ihnen verfassungsmäßig garantierten Schutz ihrer Ländereien und Wälder eingefordert hatten. Sie wollten sich nicht geschlagen geben und beschlossen, gegen das Urteil des High Court vor dem Supreme Court Rechtsmittel einzulegen. Zwar nahm der Supreme Court den Fall an, weigerte sich jedoch, die Urteilsbegründung des High Court zu prüfen. Stattdessen ordnete er an, angemessene Entschädigungs- und Rehabilitationsmaßnahmen auszuarbeiten. Er wies *Panem Coal Mines* an, sich mit Vertreter:innen der betroffenen Bevöl-



Kohlemine in Jharkhand

Bild © Thriveni Saink Mining

kerung zusammensetzen, um die Einzelheiten einer Rehabilitation abzusprechen. Erwähnenswert ist dabei, dass dies ein historischer Moment war: Erstmals verurteilte die oberste Justizbehörde Indiens einen Industriellen dazu, sich mit den Betroffenen an einen Tisch zu setzen und einen für beide Seiten akzeptablen Rehabilitationsplan auszuarbeiten. Dies wäre ohne den entschlossenen Widerstand der Menschen gegen die ungerechte Vertreibung nicht möglich gewesen, auch wenn es letztlich nur ein Trostpreis war. Den Armen wurde einmal mehr Gerechtigkeit verwehrt.

### Chaotische Rehabilitation

Die Verhandlungen zwischen den Menschen, die ein friedliches Leben in ihrer Gemeinschaft mit einer angemessenen sozioökonomischen Infrastruktur führen wollten, und einem privaten Unternehmen, für das nur der Profit zählte, waren schwierig. Auch einige Adivasi-Anführer:innen, die die Menschen in ihrem Kampf unterstützt hatten, wurden einbezogen. Schließlich wurde ein Rehabilitationsprogramm ausgearbeitet, das den Bau von Häusern, Wasser- und Stromversorgungsanla-

gen sowie einer Schule und eines Gesundheitszentrums mit ausreichender Medikamentenausstattung und Personal vorsah. Zudem wurde vereinbart, dass das Unternehmen die zehn betroffenen Dörfer nur schrittweise rehabilitieren könne. Das hieß, dass es zunächst eine Dorfgemeinschaft rehabilitieren musste, bevor es dort mit den Ausgrabungen beginnen konnte. Anschließend würde es mit dem nächsten Dorf genauso verfahren und so weiter. Die Umsetzung dieses Programms durch das Unternehmen war jedoch, gelinde gesagt, willkürlich. So wurden im ersten Dorf identische Häuser in einer Reihe gebaut, was den Familien überhaupt nicht gefiel. Zwar wurden auf den Hausdächern Wassertanks installiert, doch durch die angeschlossenen Rohrleitungen floss nie Wasser. Eine Grundschule wurde gebaut. Dem Namen nach wurde auch ein Gesundheitszentrum eingerichtet, das jedoch weder über ausreichende Medikamente noch über medizinisches Personal verfügte. Kurz gesagt wurden lediglich die Vorgaben des Supreme Courts erfüllt, ohne dabei menschliche Bedürfnisse zu berücksichtigen.

### Teile und herrsche ...

*Panem Coal Mines* begann dann ganz heimlich damit, die Menschen, die bis dahin zusammengehalten hatten, zu spalten. Das Unternehmen köderte einige Jugendliche aus nicht betroffenen Dörfern mit kleinen Teilzeitarbeitsverträgen, Zweirädern und Ähnlichem. Diese genossen das leicht verdiente Geld und unterstützten offen die Interessen des Unternehmens, ohne Rücksicht auf die Vorbehalte der Bevölkerung zu nehmen. Sie gingen sogar so weit, eine engagierte Aktivistin für die Rechte der Adivasi, die von Anfang an eine zentrale Rolle im Widerstand gespielt hatte, zu ermorden.

Im Jahr 2015 erklärte der Supreme Court mehr als 200 Bergbauunternehmen für rechtswidrig und ordnete ihre sofortige Schließung an. *Panem Coal Mines* war eines davon. Das Unternehmen stellte daraufhin den Bergbaubetrieb ein und verschwand von der Bildfläche, ohne seine Verpflichtungen zur Rehabilitation zu erfüllen. Die beiden Dorfgemeinschaften, die aus ihren Dörfern vertrieben wurden, haben alles verloren: ihr Ackerland, ihren Wald und ihre Wasserquellen. Nun blicken sie auf ein karges Tal, das wie eine Wüste aussieht. Die Entschädigungsgelder sind aufgebraucht. Eigentlich hätte die Regierung Jharkhands das Unternehmen dazu verpflichtet müssen, die Rehabilitationsarbeiten abzuschließen; sie schaut jedoch weg. Die Santhal-Adivasi aus diesen Dörfern fristen nun ein karges Dasein und sammeln in der verlassenen Mine sowie am Straßenrand Kohlebrocken auf. Anstelle von Entwicklung herrscht Armut!

## 08

# Plötzlich gilt Waldschutz als Waldzerstörung

## Das Waldrechtsgesetz von 2006 und dessen Aushebelung

**Die Art und Weise, wie die Adivasi in Bezug auf ihre traditionelle Waldnutzung behandelt werden, ist seit der Übernahme der Kontrolle über die Wälder durch die Kolonialherren äußerst ungerecht. Nach der politischen Unabhängigkeit verhielt sich die neue herrschende Klasse in Indien gleichermaßen und beanspruchte die absolute Autorität über die Wälder. Bäume wurden rücksichtslos gefällt und Holzmafias durften in den Wäldern wüten, ohne Rücksicht auf die traditionellen Rechte der dort lebenden indigenen Bevölkerung.**

**F**rüher arbeitete die Forstbehörde häufig mit der Waldmafia zusammen, sodass Bäume wahllos gefällt wurden. In regelmäßigen Abständen kamen höhere Forstbeamt:innen in Waldgebiete, um den Zustand der Wälder zu inspizieren. Zeitgleich gingen Beamt:innen der unteren Ebene in benachbarte Adivasi-Dörfer, schnappten sich einige Männer und warfen ihnen fälschlicherweise illegalen Holzeinschlag vor. Anschließend wurden die Männer ins Gefängnis gesteckt. In diesem Zusammenhang könnte der besondere Fall im Bezirk Singhbhum im Bundesstaat Bihar in Erinnerung gerufen werden. Über Jahre hinweg wurden dort rund 5000 Adivasi mit Strafverfahren überzogen. In den 1980er Jahren untersuchte ein engagierter Adivasi-Aktivist dann den gesamten Fall. Er durchforstete zahlreiche Dokumente aus der britischen Kolonialzeit in archäologischen Museen, die sich mit den traditionellen Waldrechten der Adivasi befassten. Auf Basis dieser Recherchen reichte er beim Supreme Court Klage ein, in der er die Verletzung der traditionellen Rechte der Adivasi durch die Forstbehörde anprangerte. Das Gericht setzte eine Kommission ein, um den Fall zu untersuchen. Die Kommission befragte mehrere der Beschuldigten sowie Forstbeamt:innen und erstattete anschließend Bericht. Dabei kam ans Licht, wie die skrupellose Forstbehörde in Absprache mit der ebenso skrupellosen Holzmafia die Adivasi, die in und in der Nähe der Wälder lebten, schikaniert hatte. Daraufhin hob der Supreme Court Hunderte falsche Anklagen auf und befreite Tausende zu Unrecht beschuldigter Adivasi. Zudem ermahnte er die damalige Regierung von Bihar, unschuldige Adivasi künftig nicht mehr auf diese Weise zu schikanieren.

Dennoch gingen die Schikanen in den überwiegend von Adivasi bewohnten Bundesstaaten in Zentral- und Ostindien und auch in anderen Regionen weiter. Schließlich verabschiedete die UPA-Regierung<sup>1</sup> im Jahr 2006 den *Forest Rights Act* (FRA – Waldrechtsgesetz), der die „historische Ungerechtigkeit“ gegenüber den Adivasi und anderen traditionellen Waldbewohner:innen in Bezug auf ihre Rechte in den Wäldern beseitigen sollte. Demzufolge hat jede Adivasi-Familie Anspruch auf zweieinhalb Hektar (6,25 Acres) des Waldlandes, auf dem sie lebt und Landwirtschaft betreibt. Zudem wurde ergänzt, dass auch andere Familien, die keine Adivasi sind, aber seit mehr als drei Generationen in den Wäldern leben und arbeiten, ähnliche Eigentumsrechte erhalten. Die Regierungen der Bundesstaaten wurden angewiesen, geeignete Mechanismen zur Umsetzung der Gesetzesbestimmungen einzurichten. Daraufhin wurde ein dreistufiges Prüfungsgremium eingerichtet: die *Gram Sabhas* (Dorfversammlungen) auf der ersten, die Block-Ausschüsse auf der zweiten und die Distrikt-Ausschüsse auf der dritten Ebene. Diese sollten die Berechtigung der Anspruchsteller:innen überprüfen. Das Antragsformular wurde ebenfalls veröffentlicht.

Unter den Aktivist:innen für die Rechte der Adivasi verbreitete sich große Begeisterung, als sie die „gute Nachricht“ an die in den Wäldern lebenden Menschen weitergaben. Tausende und Abertausende von Anträgen gingen ein, in denen die Menschen Eigentums-

<sup>1</sup> Verweis auf die erste Amtszeit des von der Kongresspartei angeführten Parteienbündnisses *United Progressive Alliance* (UPA), das von 2004 bis 2008 die Unionsregierung (UPA I) stellte – Anm. d. Red.

rechte an den Waldgebieten beanspruchten, in denen sie lebten. Die Zukunft schien vielversprechend. Doch schon bald sollte der langgehegte Traum platzen.

Insgesamt wurden auf nationaler Ebene innerhalb von zehn Jahren 4,1 Millionen Anträge gestellt. Davon wurden 1,8 Millionen genehmigt, 0,3 Millionen zurückgestellt und 2 Millionen abgelehnt. Allein in Jharkhand wurden 30.000 Anträge gestellt, von denen 11.000 bewilligt, 4000 zurückgestellt und 15.000 abgelehnt wurden. Somit wurde rund die Hälfte aller Anträge auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene abgelehnt.

Besorgniserregend ist, dass die meisten Anträge zwar durch die *Gram Sabhas* (Dorfversammlungen) genehmigt, aber im Genehmigungsverfahren auf Block- bzw. Distrikt-Ebene blockiert werden. Der Grund für diese Diskrepanz ist einfach: Die Mitglieder der *Gram Sabhas* kennen sich untereinander und wissen, wer welches Land seit wann bewirtschaftet. Deshalb genehmigen sie die meisten Anträge. Die Ausschussmitglieder auf Block- und Distriktebene sind hingegen meist Außenstehende, also Beamt:innen, die keine Adivasi sind und diesen oft ablehnend gegenüberstehen.

### Ein weiterer Rückschlag stand noch bevor

Anfang 2019 erließ der Supreme Court völlig überraschend eine Anordnung zur sofortigen Vertreibung aller Adivasi und Waldbewohner:innen, deren Anträge auf Waldbesitz abgelehnt worden waren. Für die Adivasi im ganzen Land war dies ein Schock. Auslöser dieser Anordnung war die Beschwerde eines „Tierfreundes“. Dieser warf dem Forstministerium vor, seiner Pflicht zur Räumung derjenigen, deren Anträge abgelehnt worden waren, nicht nachgekommen zu sein. Tragischerweise hat sich der Supreme Court nicht die Mühe gemacht, zu prüfen, ob das im Rahmen des dreistufigen Systems angewandte Verfahren wirksam, angemessen und gerecht war. Auch die Vertreibung von zwei Millionen Familien aus ihren Häusern und von ihrem Land, deren Anträge abgelehnt wurden, wurde nicht berücksichtigt. Wo sollten diese Menschen hingehen? Weder die Zentralregierung noch eine der Regierungen der Bundesstaaten hatte ein Rehabilitationsprogramm für die Betroffenen ausgearbeitet.

Diese äußerst unsensible Entscheidung des Supreme Court löste bei den Adivasi im ganzen Land massive Empörung aus. Es kam zu Demonstrationen, öffentlichen Versammlungen und Protestkundgebungen, bei denen die Menschen die Regierungen dafür anprangerten, dass sie sich nicht für den Schutz der Adivasi und anderer in den Wäldern lebender Gemeinschaften einsetzen. Kurz darauf erklärte sich der Supreme Court bereit, das Verfahren zu prüfen, und wies alle Regierungen der Bundesstaaten an, innerhalb von sechs Monaten einen Bericht



Gedenkstätte in Tapkara, wo die Polizei im Jahr 2001 das Feuer auf eine friedliche *Aam Sabha* (Vollversammlung) eröffnete

Bild © Adivasi Koordination e.V.

über die Implementierung des Waldrechtsgesetzes vorzulegen. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrags im August 2019 hatten allerdings noch nicht alle Regierungen ihre Berichte vorgelegt. Was der Supreme Court als Nächstes tun wird, bleibt abzuwarten.<sup>2</sup>

### Zählen Tiere mehr als Menschen?

Das Forstministerium ist mittlerweile voller Taten-drang. Es möchte sicherstellen, dass Wildtieren in den Wäldern Indiens sichere „Korridore“ zur Verfügung stehen. Dazu soll unter anderem gehören, dass Menschen die Tiere nicht behindern. In mehreren Distrikten in Zentralindien sollen bald „Wildtierkorridore“, „Elefantenkorridore“ und „Tigerkorridore“ eingerichtet werden. Solche romantischen ökologischen Initiativen könnten jedoch katastrophale Folgen haben und zur Vertreibung Tausender Adivasi-Dörfer führen. Wie immer stellt sich die Frage: Was sollen Menschen tun, wenn sie gewaltsam aus Waldgebieten vertrieben werden, in denen ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt haben? Gibt es Rehabilitationsmaßnahmen für sie? Regierung und Justiz bleiben Antworten auf diese Fragen schuldig.

Zahlreiche Adivasi-Gemeinschaften haben in ihren jeweiligen *Gram Sabhas* (Dorfversammlungen) beschlossen, dass sie nicht weichen werden. Im Gegenteil, sie betonen, dass sie seit Jahrhunderten in Harmonie mit der Natur und den Tieren leben. Sie fordern, dass diese Lebensweise von der übrigen Gesellschaft anerkannt und wertgeschätzt wird. Sie wollen die Erlaubnis, in Frieden mit allen Tieren und Geschöpfen Mutter Erdens zu leben.

<sup>2</sup> Der Fall „*Wildlife First v. Union of India*“ (WP 109/2008) ist weiterhin vor dem Supreme Court anhängig. Stand: Mai 2026 – Anm. d. Red.

## 09

**Pathalgadi wird mit Aufruhr gleichgesetzt**

## Die Kriminalisierung einer Adivasi-Tradition

**Der Begriff „Pathalgadi“ bedeutet wörtlich „Aufstellen einer Steinplatte“. In der weit zurückreichenden Tradition der Adivasi veranstaltet die Dorfgemeinschaft bei bedeutenden und denkwürdigen Ereignissen ein *Pathalgadi* am Dorfeingang. Dabei wird eine Steinplatte aufgestellt, in die ein Name oder ein Ereignis eingraviert ist.**

**D**iese Tradition ist besonders bei den Mundari sprechenden Adivasi einzigartig. Sie gelten als die frühesten Siedler:innen in der Region Chotanagpur im indischen Bundesstaat Jharkhand. Seit Mitte der 1990er Jahre sind die Adivasi zunehmend enttäuscht und frustriert von der Zentralregierung, den Regierungen der Bundesstaaten und der kapitalistischen, herrschenden Klasse. Der Grund dafür ist, dass es in ihren Siedlungsgebieten zu keiner nennenswerten sozioökonomischen Entwicklung gekommen ist. Vielmehr haben alle sogenannten „Entwicklungsprojekte“ und insbesondere der Bergbau die Adivasi weiter marginalisiert. Da die Region reich an Bodenschätzen ist, haben Unternehmen und Industrielle großes Interesse an deren Ausbeutung gezeigt.



Die *Pathalgadi* (Steinplatte) verweist auf die im PESA-Gesetz verankerten Selbstbestimmungsrechte der Dorfgemeinschaft.

Bild © Jharkhand Janadhikar Mahasabha

Jedes Bergbauprojekt zerstört grüne Wälder, fruchtbare Böden und Gewässer und verdrängt oft ganze Dorfgemeinschaften. Eine angemessene Rehabilitati-

on oder Umsiedlung der Betroffenen hat nie stattgefunden. Somit sind die Adivasi-Gesellschaften in Zentral- und Ostindien bis heute die Leidtragenden der Gier der oberen Klassen und Kasten.

#### **Versäumnis der Regierung bei der Umsetzung des PESA-Gesetzes**

Der im Jahr 1996 verabschiedete *Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act* (kurz PESA) ist das Ergebnis eines langwierigen Kampfes der Adivasi und ihrer politischen Vertreter:innen. Das Gesetz erkennt erstmals an, dass die Adivasi-Gesellschaften in Indien über eine reichhaltige soziale und kulturelle Tradition der Selbstverwaltung verfügen. Zudem legt es die Zusammensetzung und Funktionsweise der *Gram Sabha* (Dorfversammlungen) fest. In der Praxis wurde dieses von der Zentralregierung verabschiedete Gesetz jedoch in keinem der neun Bundesstaaten umgesetzt,<sup>1</sup> in denen die Adivasi eine bedeutende Bevölkerungsgruppe darstellen. Dies zeigt, dass die kapitalistische herrschende Klasse nicht daran interessiert ist, den Adivasi Selbstregierung zuzugestehen.

Es ist nachvollziehbar, dass die Adivasi an einem Punkt angelangt sind, an dem sie sagen: „Genug ist genug!“ Sie sind bereit, die Herausforderung anzunehmen und sich selbst zu regieren. Zwar haben sie beachtliche Teile ihrer Ländereien, ihrer Wälder und natürlichen Ressourcen verloren und keinen Gewinn aus den Bodenschätzen gezogen, die von öffentlichen und privaten Unternehmen buchstäblich unter ihren Füßen abgebaut wurden. Doch das, was ihnen geblieben ist, wollen sie zur Selbstermächtigung und Eman-

<sup>1</sup> Zwischen den verbrieften Rechten und der administrativen Praxis besteht oft eine große Diskrepanz – Anm. d. Red.

## 09 Pathalgadi

zipation nutzen – zum Wohle der heutigen und zukünftigen Generationen.

Daher wurden ab Mitte der 2000er Jahre in den Munda-Dörfern *Pathalgadis* aufgestellt, die die Befugnisse der *Gram Sabha* gemäß dem Verfassungszusatz *Fifth Schedule* sowie dem PESA-Gesetz auflisten. Auf den meisten Steinplatten sind folgende Punkte aufgeführt: (1) die Gewährung einer Vorrangstellung für die traditionellen *Gram Sabhas*, (2) die Rechte der Adivasi auf Land und natürliche Ressourcen, (3) das Verbot für Nicht-Adivasi und Außenstehende, sich unabhängig in den *Scheduled Areas* zu bewegen, sich dort niederzulassen oder zu arbeiten, sowie (4) die Anerkennung der Adivasi als die indigene Bevölkerung Indiens. Auf mehreren Steinplatten ist zudem zu lesen, dass Wahlausweise und *Aadhaar*-Karten<sup>2</sup> als gegen die Adivasi gerichtete Dokumente angesehen werden. Den Inschriften zufolge müssen Außenstehende die Erlaubnis der *Gram Sabhas* einholen, bevor sie ein Dorf betreten. Was zunächst als Rinnsal begann, entwickelte sich vor allem ab 2015 zu einem reißenden Strom und breitete sich weit über das Gebiet der Munda auf andere Stammesgesellschaften aus – nicht nur

2 Die *Aadhaar*-Karte ist ein 12-stelliges biometrisches Identifikationssystem, das unter anderem Zugang zu staatlichen Leistungen gewährt oder für die Eröffnung eines Bankkontos notwendig ist - Anm. d. Red.

in Jharkhand, sondern auch in den benachbarten Bundesstaaten Chhattisgarh und Odisha.

Die Regierungen der betroffenen Bundesstaaten wurden nervös und versetzten sich in höchste Alarmbereitschaft: „Die Adivasi sind dabei, ihre Unabhängigkeit von der Indischen Union zu erklären. Dies kommt einer ‚Sezession‘ gleich und erfüllt den Straftatbestand des ‚Aufruhrs‘. Daher können nun Strafmaßnahmen gegen alle ergriffen werden, die die *Pathalgadi*-Bewegung anführen und/oder sich daran beteiligen.“

Unter dem Vorwand, Maoist:innen festzunehmen, drangen paramilitärische Kräfte und die Polizei gewaltsam in die Dörfer ein – insbesondere in jene, in denen Berichten zufolge die *Pathalgadi*-Bewegung aktiv gewesen sein soll. Die gesamte Bewegung wurde als maoistisch inspiriert eingestuft. Einige ihrer führenden Köpfe wurden inhaftiert und es wurden wahllos *First Information Reports* (FIR) gegen Tausende Adivasi-Dorfbewohner:innen erstattet. So richtete sich ein FIR gegen 11.200 namentlich nicht genannte Dorfbewohner:innen, ein zweiter gegen 109 namentlich genannte Personen – darunter mehrere traditionelle Dorfvorsteher:innen – und ein dritter gegen 20 Intellektuelle, Künstler:innen, Schriftsteller:innen und Sozialaktivist:innen.

Erstaunlicherweise gehöre auch ich zur letztgenannten Gruppe. Uns wird vorgeworfen, die „armen, ungebildeten und unwissenden“ Adivasi dazu angestiftet zu haben, sich gegen den Staat zu erheben. Zwar habe ich mich in den sozialen Medien zu Wort gemeldet, allerdings nur in bescheidenem Umfang. Ich wollte die Regierung zu einem sinnvollen Dialog mit den in der *Pathalgadi*-Bewegung aktiven Adivasi auffordern. Außerdem wollte ich erfahren, warum die Adivasi zu einem so drastischen Schritt wie *Pathalgadi* gegriffen haben, um ihren Widerstand gegen den Staat auszudrücken. Sie würden der Regierung die Gründe dafür darlegen und auch darauf hinweisen, dass dies mit dem Wortlaut und dem Geist der indischen Verfassung im Einklang steht. Somit handelt es sich nicht um eine sezessionistische Bewegung, sondern um den klaren politischen Willen zur lokalen Selbstverwaltung. Leider stießen meine und ähnliche Stellungnahmen jedoch auf



Auf der *Pathalgadi* (Steinplatte) im Innenhof von *Bagaicha* sind die Namen der Märtyrer:innen von Jharkhand eingraviert, die ihr Leben für den Schutz des Landes, des Wassers und der Wälder gelassen haben.

Bild © Jharkhand Janadhikar Mahasabha

Im Innenhof von *Bagaicha* zollt Stan Swamy den Märtyrer:innen Tribut, die für ihr Engagement für die Sache der Adivasi ihr Leben gelassen haben.

Bild © Indian Social Institute Bangalore



taube Ohren. Mehr als ein Jahr verging, ohne dass die Regierung reagierte – abgesehen von einer verstärkten polizeilichen Repression, durch die das normale, friedliche Leben der Menschen beeinträchtigt wurde.

Kurz nachdem die derzeit amtierende Regierungspartei<sup>3</sup> im Juni 2019 erneut an die Macht gekommen war, wurde der scheinbar in Vergessenheit geratene FIR plötzlich wieder aufgegriffen. Gegen die darin aufgeführten Personen wurden Haftbefehle erlassen. Einige von uns versuchten daraufhin, über den High Court von Jharkhand eine Einstellung des Ermittlungsverfahrens zu erwirken. Die Termine für die Anhörungen werden jedoch immer wieder verschoben, sodass eine Entscheidung nicht absehbar ist.<sup>4</sup>

Es kam Bewegung in die Angelegenheit. Von den 20 Personen wurden fünf identifiziert, gegen die das Amtsgericht Khunti Haftbefehle erließ. Ganz oben auf der Liste stehe ich. Kurz darauf stufte mich dasselbe Gericht als „Flüchtigen“ ein, obwohl mir bis heute kein Haftbefehl zugestellt wurde. Als meine Anwälte:innen vor dem High Court auf diese Diskrepanz hinwiesen, klebte die Polizei umgehend den Hinweis „Flüchtiger“ an die Vorderseite meines Zimmers in *Bagaicha*. Die bislang neueste Entwicklung ist die Anordnung des Amtsgerichts, mein Vermögen zu beschlagnahmen. Als Jesuit besitze ich jedoch weder bewegliches noch unbewegliches Vermögen. Die Polizei reagierte umgehend. In der letzten Oktoberwoche des Jahres 2019 durchsuchte sie meinen Arbeits- und Wohnraum in Jharkhand. Dabei beschlagnahmte sie all meine persönlichen Gegenstände, darunter einen Schrank, einen Tisch, drei Stühle, eine Matratze und Kissen. In meinem Zimmer blieb lediglich ein Bettgestell zurück. Mir bleiben nur mein Körper, mein Verstand, mein Gewissen sowie die überwältigende Solidarität

zahlreicher Freund:innen, Kolleg:innen und anderer mir nahestehender Menschen, wofür ich dankbar bin.

Die Frage, warum die Polizei von Jharkhand so sehr darauf bedacht ist, mich herauszugreifen, ist durchaus berechtigt. Ebenso knifflig ist die Frage, warum die Justiz auf Bezirks- und Landesebene so sehr bemüht scheint, der Polizei bzw. der Regierung entgegenzukommen. Die Argumente für eine Einstellung des Verfahrens waren vorgebracht worden, und der zuständige Richter des High Court wollte seine Entscheidung gerade verkünden, als er plötzlich abgelöst wurde. Der neue Richter hob die einstweilige Verfügung des vorherigen Richters auf, durch die eine Verhaftung unterbunden worden war und setzte einen Termin für die nächste Anhörung fest. Zu Beginn dieses Termins legte der Generalstaatsanwalt des Bundesstaates Einspruch ein, woraufhin der Richter die Anhörung aussetzte. Was bedeutet das alles?

Vor kurzem wurde unsere Klage gegen den polizeilichen FIR vorläufig ausgesetzt. Nun steht der FIR der Polizei gegen uns im Mittelpunkt, in dem uns vorgeworfen wird, die Adivasi der *Pathalgadi*-Bewegung zu Gewalttaten angestiftet zu haben. Die dem Gericht vorgelegten eidesstattlichen Erklärungen und Unterlagen haben jedoch kaum etwas mit dem *Pathalgadi*-Fall zu tun. Vielmehr zielen sie darauf ab, meine angebliche Verbindung zum Fall Bhima Koregaon, d. h. meine angeblichen Verbindungen zu den Maoist:innen, nachzuweisen. Letztendlich scheint alles darauf abzuzielen, die friedliche Forderung der Adivasis nach Selbstverwaltung als von den Maoist:innen inspirierte Revolte gegen den indischen Staat darzustellen.

Es heißt, dass sich die Wahrheit letztendlich immer durchsetzt. Doch wann ist es soweit? Und wie viel Schaden wird bis dahin angerichtet? Über diese Fragen sollte man nachdenken.

<sup>3</sup> Hier ist die von der BJP angeführte Zentralregierung nach ihrem Wahlsieg 2019 gemeint – Anm. d. Red.

<sup>4</sup> Durch einen Antrag unter dem *Right to Information* (RTI) Act wurde Ende 2023 bekannt, dass das Verfahren weiterhin anhängig ist – Anm. d. Red.

# 10 Entwicklungen, über die niemand sprechen will

## Migrationsbewegungen

**Migration lässt sich als das behutsame Vorantasten einer Bevölkerungsgruppe auf der Suche nach Lebensgrundlagen beschreiben. Der übrige Teil der Gesellschaft scheint diese Schritte jedoch häufig kaum wahrzunehmen.**

Unser Interesse gilt deshalb den Adivasi-/Dalit-Frauen und -Männern, die in die südindischen Bundesstaaten Kerala, Tamil Nadu und Karnataka abwandern. Dazu werden die folgenden Themen behandelt: (1) die wichtigsten Trends, (2) die Gründe und (3) die Entbehrungen, die sie erdulden müssen.

### Die wichtigsten Trends

In den von Adivasi bewohnten Bundesstaaten Zentral- und Ostindiens lassen sich drei Arten von Abwanderungswellen unterscheiden. Die erste ist die Abwanderung junger Adivasi-Frauen in die Großstädte. Hintergrund ist, dass es in den Dörfern keine Möglichkeit für sie gibt, sich wirtschaftlich sinnvoll zu betätigen. Die jährliche Ernte aus dem Monokulturanbau auf winzigen Feldern reicht nur für wenige Monate. Anstatt untätig zu Hause zu sitzen und zu hungern, gehen viele Frauen lieber in die Städte, um bei mittelständischen Familien als Haushaltshilfen zu arbeiten und Geld für sich und ihre Angehörigen zu verdienen. Nach der Kontaktaufnahme mit Vermittler:innen brechen sie auf – manchmal, ohne ihre Eltern zu informieren oder deren Zustimmung einzuholen. Sie ziehen in die Städte, ohne etwas über das Leben dort zu wissen. Wer würden ihre Arbeitgeber:innen sein? Wie würde die Arbeit aussehen, wie hoch wäre die Vergütung, wie wären die Lebensbedingungen usw.? Einige von ihnen kehren nie zurück, andere werden in Bordelle verkauft und wieder andere werden möglicherweise mit älteren Männern aus nordindischen Bundesstaaten zwangsverheiratet. Einem beträchtlichen Teil von ihnen gelingt es jedoch, den Kontakt zu ihren Familien aufrechtzuerhalten und ihnen regelmäßig Geld zu schicken. Andere wiederum sparen und kehren mit einer größeren Geldsumme nach

Hause zurück. Leider werden viele von ihnen von der Dorfgemeinschaft sozial geächtet, da sie als „durch Außenstehende verunreinigt“ betrachtet werden. Dadurch wird es für sie nach ihrer Rückkehr schwierig, zu heiraten und sich niederzulassen.

Als zweite Abwanderungswelle lässt sich die Migration ganzer Familien in die nördlichen Bundesstaaten beobachten. Die Landwirtschaftssaison in den zentral- und ostindischen Bundesstaaten, die vom Monsun geprägt ist, konzentriert sich vor allem auf die Monate Juni bis Dezember. Die produzierten Nahrungsmittel reichen jedoch nicht aus, um die Familien das ganze Jahr über zu ernähren. In den meisten Dörfern gibt es zudem keine Bewässerungssysteme, die eine zweite Ernte ermöglichen würden. Weitere Faktoren sind Landnahmen, staatliche Repressionen bei Widerstand gegen Vertreibung sowie Bergbau und Industrialisierung, bei denen die Adivasi meist als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Daher verlassen zwischen Dezember und Juni jedes Jahr Zehntausende Adivasi-Familien Haus und Hof, um vorübergehend Arbeit auf Baustellen, in Ziegeleien und ähnlichen Betrieben zu finden. Zurück bleiben oft nur einige ältere Familienmitglieder, die sich um das Vieh kümmern. Von der Regierung wird dieser jährliche Exodus ignoriert.

Die jüngste Abwanderung junger Adivasi/Dalits kann als dritte Welle bezeichnet werden. Sie arbeiten als Gelegenheits- oder Vertragsarbeiter:innen in den südindischen Bundesstaaten. Hunderttausende von ihnen leben bereits in Karnataka, Kerala und Tamil Nadu. Die Jobvermittlung erfolgt meist über Bekannte oder Freund:innen, die bereits vor Ort gearbeitet haben. Oft werden sie in Gruppen von Subunternehmer:innen bzw. deren Mittelsleuten vor Ort gebracht. Allein in Ke-



Viele junge Adivasi-/Dalit-Migrant:innen arbeiten als Gelegenheitsarbeiter:innen im Bausektor.

Bild © Mayur Tela @ unsplash.com

rala leben etwa 3,5 Millionen und in Tamil Nadu eine Million von ihnen. Die meisten von ihnen sind im Bauwesen (Straßenbau, Hochbau usw.) beschäftigt, einige arbeiten auch in anderen kleinen Industriezweigen, in Hotels, in der Landwirtschaft und als Haushaltshilfen.<sup>1</sup>

### Was sind die Ursachen?

Wie lässt sich dieses jüngste Phänomen der Migration in die südlichen Bundesstaaten erklären? Dafür gibt es zwei Hauptgründe. Zum einen ist da die zunehmende Armut: Obwohl die indische Wirtschaft ein rasantes Wachstum verzeichnet, verschärft sich die Armut in den abgelegenen ländlichen Gebieten Zentral- und Ostindiens, in denen die Adivasi leben. So sind in Jharkhand in den letzten zwei Jahren mindestens 21 Angehörige von Adivasi-/Dalit-Communities verhungert. Die Regierung will diese Todesfälle jedoch nicht als „Hungertod“ anerkennen. Im Gegenteil: Die Staatsmaschinerie führt die Todesfälle auf Krankheiten oder Gebrechen zurück. Die Siedlungsgebiete der Adivasi sind von der Natur mit einem enormen Reichtum an natürlichen Ressourcen und Bodenschätzen gesegnet – ein Reichtum, der ih-

<sup>1</sup> Die genannten Zahlen basieren auf groben Schätzungen von Organisationen und Aktivist:innen, die in verschiedenen Bundesstaaten mit Wanderarbeiter:innen zusammenarbeiten. Es ist schwierig, genaue Zahlen zu ermitteln, da viele von ihnen saisonal arbeiten und oft umziehen.

nen nun zum Verhängnis geworden ist. Der vom Unternehmenssektor kontrollierte und gelenkte indische Staat ist entschlossen, diese Bodenschätze um jeden Preis abzubauen. Dabei werden geltende Verfassungsbestimmungen, Gesetze, Richtlinien und Gerichtsurteile, die die Adivasi schützen sollen, ignoriert. Die Adivasi erhalten nur eine geringe Entschädigung für ihr Land und müssen ihre Häuser und ihre Heimat verlassen. Daher sucht ihre jüngere Generation anderswo nach Überlebenschancen, wobei die südindischen Bundesstaaten in Bezug auf Vertrags- bzw. Gelegenheitsarbeit einige begrenzte Möglichkeiten zu bieten scheinen.

Ein zweiter Grund hängt mit dem Widerstand gegen Landnahmen und der damit einhergehenden Zunahme staatlicher Repressionen zusammen. Die ausgebeuteten Menschen erreichen irgendwann einen Punkt, an dem sie sagen: „Genug ist genug!“ Ein anschauliches Beispiel dafür ist die *Pathalgadi*-Bewegung. Widerstandsbewegungen, die sich gegen die ungerechte, illegale und gewaltsame Aneignung von *Jal*, *Jangal*, *Jamin* (Wasser, Wald, Land) richten, finden seit jeher großen Rückhalt in der Bevölkerung. Dies spiegelt sich auch in der Gründung von Bündnissen wider, die sich gegen Vertreibung, die Verweigerung des Rechts auf Nahrung und Bürgerrechte, die Ausbeutung von Frauen und Kindern, den Handel mit jungen Frauen sowie ungerechte Maßnahmen wie Landbanken<sup>2</sup> richten. Durch diese verlieren Gemeinschaften ihre Rechte an Allmenden. Menschen-

<sup>2</sup> Bei den sogenannten Landbanken geht es um eine landesweite Initiative, die darauf abzielt, alle Grundbuchunterlagen zu digitalisieren und eine zentral verwaltete Datenbank zu schaffen – ohne dabei tradierte Landbesitzrechte zu berücksichtigen – Anm. d. Red.

## 10 Verschwiegene Entwicklungen

rechtsgruppen, verschiedene Adivasi-Organisationen, linke bzw. sozialistische Kräfte, einige Adivasi-Parteien aus Jharkhand sowie engagierte Intellektuelle und Jurist:innen solidarisieren sich mit den Betroffenen und unterstützen sie in ihrem Widerstand. Mit dem zunehmenden Widerstand der Bevölkerung haben allerdings auch die repressiven Maßnahmen des Staates zugenommen. Im kleinen Bundesstaat Jharkhand sitzen mehrere hundert junge Männer und Frauen in Gefängnissen, denen maoistische bzw. *naxalistische* Zugehörigkeit zur Last gelegt wird. Junge Frauen und Männer, die ihre Ablehnung gegenüber staatlichen Maßnahmen offen zum Ausdruck bringen, werden als *Naxalit:innen* bezeichnet und ins Gefängnis gesteckt. Für junge Männer wird es immer schwieriger, ein friedliches Leben in den Dörfern zu führen. Entweder werden sie von

und Assam. Mit Ausnahme Bihars werden alle anderen Bundesstaaten überwiegend von indigenen Adivasi bewohnt. Sie haben eine eigenständige Kultur, Tradition und landwirtschaftliche Praxis. Sie pflegen eine enge Beziehung zur Natur und zum Wald, haben eine starke Gemeinschaftsidentität, eine einzigartige Weltanschauung und ihre eigenen wertgeschätzten Sprachen. In Südin- dien werden sie plötzlich in eine ganz andere Welt versetzt, die sich in vielerlei Hinsicht von ihrer bisherigen unterscheidet. Diese „andere Welt“ begegnet ihnen jedoch nicht wohlwollend, sondern mit Gleichgültigkeit und Apathie, wenn nicht sogar mit offener Feindseligkeit. Dennoch ertragen sie all das und verfolgen ihr eigentliches Ziel weiter: Geld zu verdienen, um das Wohlergehen ihrer Familien in der Heimat zu sichern.



Eine Dorfgemeinschaft begrüßt Gäste

Bild © Adivasi Koordination e.V.

örtlichen *Naxalit:innen* angesprochen und aufgefordert, sich ihnen anzuschließen. Weigern sie sich, werden sie als „Polizeispitzel“ gebrandmarkt, verprügelt oder sogar getötet. Andernfalls werden sie früher oder später von der Polizei als *Naxaliten* oder *naxalistische* Sympathisanten bzw. Helfer abgestempelt, festgenommen und eingesperrt. Aufgrund dieser prekären Verhältnisse versuchen viele junge Männer, den Unsicherheiten für eine Weile zu entfliehen und Geld für ihre Familien zu verdienen. Daher strömen sie in Scharen in die südindischen Bundesstaaten.

### Die Strapazen, die sie erdulden

Die jungen Menschen, die in die südlichen Bundesstaaten abwandern, kommen vor allem aus den zentral- und ostindischen Bundesstaaten Chhattisgarh, Jharkhand, Odisha, Bengalen sowie den nördlichen Bundesstaaten Bihar

Mehrere besorgte Einzelpersonen, Organisationen und Institutionen haben sich bereit erklärt, diese Migrant:innen zu unterstützen. Dadurch füllen sie die Lücke, die die Bundesstaaten hinterlassen, indem diese ihrer gesetzlichen Verpflichtung, sich um diese Menschen zu kümmern, nicht nachkommen. Es wurden auch einige empirische Studien zu verschiedenen Aspekten des Lebens dieser Migrant:innen durchgeführt. Dazu zählen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen, Sprachbarrieren, ihre Bemühungen um soziale Integration am aktuellen Wohnort, die Frage der gerechten bzw. ungerechten Bezahlung, die Möglichkeit, ihre Familien in der Heimat zu unterstützen, und ihre Zukunftserwartungen.

In dem Artikel „*Adivasi Youth Migration from Central and Eastern States to South India: Opportunities and Challenges*“ werden die Ergebnisse von sechs Fallstudien zusammengefasst, die in südindischen Bundesstaaten durchgeführt wurden.<sup>3</sup> Es werden die folgenden kritischen Punkte zur Sprache gebracht:

1. Der Ausschluss jugendlicher Adivasi-Migrant:innen von Sozialleistungen: Durch ihre räumliche Trennung von den umliegenden Bevölkerungsgruppen ist es für sie schwierig, sich über lokale Löhne, ihre Rechte und vorhandene Unterstützungssysteme zu informieren. Sie haben keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu staatlichen Förderprogrammen. Dazu gehören unter anderem formelle Aufenthaltsrechte, Dokumente zum Nachweis ihrer Identität, politische Vertretung, angemessener Wohnraum, Finanzdienstleistungen, das öffentliche Verteilungssystem, die Mitgliedschaft in Gewerkschaften, öffentliche Gesundheitseinrichtungen, Bildung und andere

<sup>3</sup> Vgl. P.O. Martin & Smitha Philip: „Adivasi Youth Migration from Central and Eastern States to South India: Opportunities and Challenges“. In: *Social Action*, Band 69, April–Juni 2019, Neu-Delhi.

grundlegende Elemente der Infrastruktur wie Wasser- und Sanitäreinrichtungen.

2. Ausbeutung junger Adivasi-Migrantinnen: Adivasi-Frauen, insbesondere diejenigen, die in Textilfabriken arbeiten, erleben häufig sexuelle Belästigung, verbale Beschimpfungen und Demütigungen. In den Fabrikunterkünften werden ihre Rechte auf Privatsphäre und Freiheit zudem beschnitten. Die meisten von ihnen arbeiten für niedrige Löhne, haben lange Arbeitszeiten und es mangelt an Sicherheitsvorkehrungen. Oft werden sie auch gezwungen, schwierigere, gefährlichere und minderwertigere Arbeiten zu verrichten als lokale Arbeiterinnen.

3. Fremdenfeindlichkeit und Maoist:innen-Verdacht: Die Abneigung gegenüber Fremden ist ein weit verbreitetes Gefühl. Dies führt dazu, dass die lokale Bevölkerung glaubt, migrierte Adivasi seien Maoist:innen, von denen man sich fernhalten sollte. In der Nachbarschaft werden sie schnell verdächtigt, wenn etwas gestohlen wird.

4. Schuldknechtschaft unter jungen Adivasi-Migrant:innen: Die Vermittler:innen nutzen die Hilflosigkeit der Jugendlichen häufig aus. Sie gewähren ihnen Vorauszahlungen und zwingen sie und ihre Familien so in eine Art Schuldknechtschaft oder in den Menschenhandel. Die Jugendlichen werden gezwungen, 12 bis 16 Stunden am Tag für einen sehr geringen oder gar keinen Lohn zu arbeiten. Fälle von Schuldknechtschaft wurden unter anderem aus den Bundesstaaten Karnataka, Tamil Nadu, Telangana und Andhra Pradesh berichtet.

5. Adivasi-Mädchen als Opfer von Menschenhandel: Oft agieren Menschenhändler:innen im Auftrag krimineller Netzwerke, die die Mädchen buchstäblich von ihren Eltern kaufen, um sie zu hohen Preisen an Bordelle weiterzuverkaufen. Laut Medienberichten aus dem Bundesstaat Karnataka wurden einmal allein von einer einzigen Vermittlungsagentur 150 verschleppte und in Schuldknechtschaft gehaltene Mädchen gemeldet. Wie viele solcher Agenturen aktiv sind, ist bisher nicht bekannt. Es ist eine herzzerreißende Situation.

6. Unfälle und Todesfälle: Aufgrund der miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen sind Migrant:innen besonders hohen Gesundheitsrisiken und Infektionskrankheiten ausgesetzt. Der fehlende Zugang zu medizinischer Versorgung fordert einen hohen Tribut. Die Wohnverhältnisse sind entsetzlich, da sie neben Bergen aus Müll und Schlamm in behelfsmäßigen Unterkünften leben müssen. Es fehlt an einer angemessenen Infrastruktur für Toiletten, Abwasserentsorgung, Be-

lüftung und die Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Aufgrund dieser Umstände sind sie besonders anfällig für Unfälle und Todesfälle. Bei Unfällen mit schweren Verletzungen oder gar tödlichen Folgen wird ihnen die zustehende Entschädigung vorenthalten. Laut einer Zeitungsmeldung wurden allein im Bundesstaat Kerala im Jahr 2013 jeden Monat mindestens 50 Leichen von Wanderarbeiter:innen in Krankenhäusern obduziert. Ein Lichtblick ist, dass die derzeit amtierende Regierung in Kerala günstige Wohnhäuser mit Basisausstattung für Wanderarbeiter:innen baut. Werden andere Bundesstaaten diesem Beispiel folgen?

Als der indische Innenminister im Jahr 2000 den Gesetzentwurf zur Gründung der Bundesstaaten Jharkhand, Chhattisgarh und Uttarakhand im Parlament vorstellte, verkündete er feierlich, diese Bundesstaaten würden gegründet, damit sich die indigenen Adivasi-Gesellschaften gemäß ihren Traditionen und ihrer Kultur selbst verwalten könnten. Die Hoffnung war, dass die Adivasi ein echtes Mitspracherecht sowie einen bedeutenden Anspruch auf die auf ihrem Land abgebauten Bodenschätze haben würden. Doch es trat das genaue Gegenteil ein. Scharen von Zugezogenen aus benachbarten Bundesstaaten strömten herbei, übernahmen sämtliche handwerklichen und gewerblichen Tätigkeiten und besetzten die meisten Posten in der hohen und unteren Verwaltungsebene der Regierung. Die Ordnungskräfte wiederum wurden mit unsympathischen Nicht-Adivasi und Nicht-Dalit besetzt. Mit der vollen Unterstützung der Zentral- und Landesregierungen rückten die großen Konzerne an, um die natürlichen und mineralischen Reichtümer der Gebiete, die überwiegend von Adivasi bewohnt werden, zu plündern. Die indigene Bevölkerung fühlte sich im Stich gelassen und betrogen. Anstatt sich für ihre Sache einzusetzen, haben sich die meisten ihrer politischen Führer:innen korrumpieren lassen, um an Macht und Geld zu gelangen. Einige von ihnen schlossen sich sogar mit rechten *Hindutva*-Kräften<sup>4</sup> und -Parteien zusammen, um aktiv gegen die eigene Bevölkerungsgruppe vorzugehen.

Es ist diese prekäre Situation, die Tausende junge Adivasi dazu zwingt, in die südindischen Bundesstaaten zu migrieren. Die sechs oben genannten Punkte weisen auf schwerwiegende Verletzungen der Arbeits-, Menschen- und Verfassungsrechte der Adivasi und Dalits hin. Es ist an der Zeit, dass sich alle bürgerlich gesinnten Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen, Institutionen, Basisbewegungen, Gewerkschaften und politischen Parteien dafür einsetzen, die Menschenrechte, Verfassungsrechte und Arbeitsrechte junger, indigener Adivasi-/Dalit-Migrant:innen zu wahren – wo auch immer sie sich aufhalten.

<sup>4</sup> Hindu-nationalistische Bewegung – Anm. d. Red.

## 11

# Wahrheit ist bitter, Dissens unerträglich, Gerechtigkeit unerreichbar

Weitere polizeiliche Ermittlungen, darunter wegen „Aufruhr“

**Es ist eine erschütternde Erfahrung, mit einer Strafanzeige und einem Haftbefehl konfrontiert, als „Flüchtiger“ eingestuft zu werden und eine Durchsuchung sowie die Beschlagnahmung persönlicher Gegenstände zu erleben.**

Am 27. Juni 2019 stürmten meine Mitbrüder vom Jesuitenorden um 16 Uhr in mein Zimmer und forderten mich auf, meine Sachen zu packen. Ich fragte sie: „Warum?“ Sie antworteten: „Es gibt einen Bericht über die ‚drohende Verhaftung‘ von dir und vier weiteren Aktivisten aus Jharkhand.“ Diese Information stammte von der örtlichen Polizeistation. Man sagte mir, die Polizei könne jederzeit auftauchen, um mich zu verhaften. Meine spontane Reaktion war: „Na gut, dann sollen sie kommen und mich mitnehmen. Schließlich sitzen Tausende Adivasi-/Dalit-Jugendliche in den Gefängnissen Jharkhands ein und leiden, ohne dass ihnen Hilfe zuteil wird.“ Sie überzeugten mich jedoch, dass ich den Betroffenen außerhalb des Gefängnisses besser helfen könne, indem ich die ungerechtfertigten Polizeimaßnahmen rechtlich anfechte und den bereits vor dem High Court von Jharkhand eingereichten Fall weiterverfolge. Ich stimmte sehr widerwillig zu, packte ein paar Sachen in eine kleine Tasche und machte mich auf den Weg, ohne zu wissen, wohin ich gehen, wie lange ich wegbleiben und wer mich aufnehmen würde.

Am nächsten Tag erreichte ich Bangalore, wo mich einige Freund:innen und Mitstreiter:innen nicht nur aufnahmen, sondern auch herzlich in ihrer Mitte willkommen hießen. Das *Indian Social Institute* in Bangalore war vor Jahrzehnten der Ausgangspunkt für meine Einführung in marxistische Instrumente der Sozialanalyse gewesen. Daher war es für mich eine regelrechte Heimkehr. Ich nahm schnell Kontakt zu meinen alten Mitstreiter:innen auf. Sie hatten schwere Zeiten durchgemacht, aber unermüdlich für benachteiligte und marginalisierte Menschen in unserer Gesellschaft gekämpft. Es war aufregend, sie wiederzusehen und unsere Erfahrungen der letzten Jahrzehnte auszutauschen. Gemeinsam analysierten wir die aktuelle gesellschaftspolitische Lage und

überlegten, welche Verbündete uns bei der Verfolgung unserer Ziele unterstützen könnten.

Im Rahmen dieser Suche besuchte ich verschiedene Orte in Tamil Nadu, Kerala und Karnataka und traf dort Menschen in kleinen und großen Gesprächsrunden. Sie alle waren sehr daran interessiert, die Situation in den Stammesgebieten Zentral- und Ostindiens zu verstehen. Denn sie hatten viele junge Männer und Frauen aus diesen Bundesstaaten gesehen, die Gelegenheitsjobs nachgingen – vor allem auf Baustellen, aber auch in kleinen Hotels, Stickereien und in der Landwirtschaft. Ihre prekäre Situation wird an anderer Stelle in dieser Broschüre in meinem Beitrag „Entwicklungen, über die niemand sprechen will: Migrationsbewegungen“ ausführlich beschrieben.

Als meine Freund:innen und Mitstreiter:innen die tragischen Geschichten aus den Stammesgebieten hörten, aus denen diese „Wanderarbeiter:innen“ stammen, fragten meine sozial engagierten Freund:innen mitfüh-



Zu Besuch beim *Indian Social Institute* in Bangalore

Bild © Indian Social Institute Bangalore

lend, wie sie diese unterstützen könnten, solange diese sich in ihrer Mitte befanden. Ich schlug vor, sich Zeit zu nehmen, um sich mit ihnen zu treffen und mit ihnen zu sprechen, wann immer sich die Gelegenheit dazu bietet. Das würde diesen jungen Männern und Frauen sicherlich dabei helfen, zu erkennen, dass sich zumindest einige Menschen im Süden um sie und ihr Wohlergehen sorgen. Natürlich kann man als Einzelperson nicht viel ausrichten. Deshalb schlug ich vor, Gruppen zu bilden und die Wanderarbeiter:innen an ihren Arbeits- und Wohnorten zu besuchen. So könnten sie herausfinden, ob die Wanderarbeiter:innen den Mindestlohn erhalten, ihre Lebensbedingungen kennenlernen und erfahren, ob sie im Krankheitsfall medizinisch versorgt und ob sie von ihren Arbeitgeber:innen, Subunternehmer:innen, Arbeitsvermittler:innen usw. schikaniert werden.



Gruppenfoto, aufgenommen beim *Indian Social Institute - Training Centre* in Bangalore in den 1970er Jahren. (Stan Swamy hintere Reihe 4. v. links)

Bild © Indian Social Institute Bangalore

Nachdem sie sich mit den genauen Umständen vertraut gemacht hatten, überzeugte ich meine Freund:innen, ihre Erkenntnisse über lokale Print- und elektronische Medien an die Öffentlichkeit zu bringen und konkrete Fälle von Ausbeutung und Betrug mit den zuständigen Staatsbediensteten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu besprechen. All meine Freund:innen versicherten mir, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tun würden. Angesichts der enormen Schwierigkeiten, mit denen Wanderarbeiter:innen konfrontiert sind, spendet dieser Zuspruch etwas Trost.

### Weitere polizeiliche Ermittlungen, darunter wegen „Aufruhr“

Es ist unbegreiflich, wie ein Facebook-Kommentar als „Aufwiegelung“ (*Sedition*) gewertet werden kann, obwohl der Supreme Court Beiträge in den sozialen Me-

dien gemäß Artikel 19 und 21 der indischen Verfassung als eine Form der „Meinungs- und Redefreiheit“ anerkannt hat. Mitte 2018 hatte ich zwei Kommentare auf Facebook gepostet. Zu dieser Zeit schikanierte die Landesregierung die Adivasi im Distrikt Khunti, als diese ihr Recht auf Selbstverwaltung gemäß der Verfassung und dem PESA-Gesetz einforderten. Es kam zu Prügelattacken und Hausdurchsuchungen. Zudem wurden Ermittlungsverfahren gegen 11.200 namentlich nicht genannte und 109 namentlich genannte Personen, darunter Dorfvorsteher:innen von Adivasi-Gemeinden, eingeleitet. Sie alle wurden der „Aufwiegelung“ bezichtigt.

Als ich davon erfuhr, konnte ich nicht länger schweigen. Also erinnerte ich die Regierung von Jharkhand über die sozialen Medien an einen Vorschlag des damaligen indischen Innenministers: „Wo *Pathalgadi* stattfindet, sollte die Regierung von Jharkhand mit den Menschen vor Ort in einen Dialog treten, um die Gründe für ihre Handlungen zu erfahren.“ In einem Interview mit den elektronischen Medien zitierte ich darüber hinaus einen dreimalig gewählten Abgeordneten aus Khunti, der selbst Adivasi ist. Er sagte: „Hätte es eine echte Entwicklung für die Adivasi gegeben, wäre das *Pathalgadi*-Problem nie aufgetreten.“ Auf meiner Facebook-Seite hatte ich geschrieben, dass die Regierung des Bundesstaates gut daran täte, auf die Menschen zuzugehen und mit ihnen in den Dialog zu treten. Was daran falsch sein soll, diese Aussage auf meiner Facebook-Seite zu posten, und inwiefern dies „Aufwiegelung“ sein soll, ist mir unbegreiflich.

Die bittere Wahrheit ist jedoch, dass ich und 19 weitere Personen – darunter Schriftsteller:innen, Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen – wegen „Aufruhrs“ strafrechtlich verfolgt wurden. Die Rechtsexpert:innen, die wir in dieser Angelegenheit zu Rate gezogen hatten, sagten uns, dass die Regierung in dieser Sache keinen Rechtsfall habe und die Angelegenheit gar nicht vor Gericht hätte bringen dürfen. Und dabei blieb es dann auch. Von der Klägerseite wurden weder eidesstattliche Erklärungen noch Anklageschriften vorgebracht.

Aber gut anderthalb Jahre später wandte sich die Polizei von Khunti plötzlich an das erstinstanzliche Gericht und erwirkte einen Haftbefehl gegen fünf der zwanzig Personen, darunter mich. Mein Name stand auf der ursprünglichen Liste an siebzehnter Stelle, im „Haftbefehl“ jedoch an erster. Steckt dahinter etwa ein ausgeklügelter Plan?

Leider erklärte die Polizei von Jharkhand vor Gericht, ich sei ein „Flüchtiger“ und entziehe mich der Verhaftung. Dies entsprach jedoch nicht den Tatsachen. Ich war nicht auf der Flucht. Außerdem hatte meine physische Abwesenheit keinerlei Einfluss auf den Verlauf



Sanjay Majhi (links im Bild) aus Lalgah, ein Adivasi, der zu Unrecht in einen Fall mit maoistischen Verbindungen verwickelt wurde. Obwohl er ganz normal in seinem Dorf lebte, galt auch er als flüchtig.

Bild © Jharkhand Janadikar Mahasabha

des Gerichtsverfahrens. Wäre auch nur ein Mindestmaß an Wahrheit anerkannt worden, hätte der High Court den *First Information Report* (FIR, Strafanzeige) außer Kraft setzen müssen.

Ende Oktober 2019 folgte der nächste Tiefpunkt, als die Polizei von Jharkhand meine Wohnung durchsuchte und alle meine persönlichen Gegenstände beschlagnahmte. Ein Lichtblick war immerhin, dass die neue Regierung von Jharkhand bereits bei ihrer ersten Kabinettsitzung, die nur wenige Stunden nach ihrem Amtsantritt im Dezember 2019 stattfand, beschloss, alle Verfahren im Zusammenhang mit der *Pathalgadi*-Bewegung und den Unruhen gegen die Änderungen der *Chotanagpur and Santhal Pargana Tenancy Acts* zurückzuziehen. Die Umsetzung dieser Ankündigung steht jedoch noch aus (Stand: März 2020).<sup>1</sup>

Der Bhima Koregaon-Fall lässt mich und einige renommierte Jurist:innen, Autor:innen, Dichter:innen, Kulturschaffende sowie Menschenrechtsaktivist:innen nicht los. Wie bereits erwähnt, geht es in diesem Fall im Grunde um eine Verschwörung mächtiger *Hindutva*-Kräfte, die ihre Anführer schützen wollen. Diese hatten ihre Anhängerschaft zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Dalits angestiftet, als diese am 1. Januar 2018 in Bhima Koregaon ihren jährlichen Gedenktag *Elgar Parishad* feierten. Zunächst wurde bei der *Pune Rural Police* ein *First Information Report* (FIR) eingereicht, in dem zwei *Hindutva*-Anführer namentlich beschuldigt wurden. Dieser FIR wurde jedoch auf Eis gelegt. Stattdessen reichte ein Anhänger eines der beiden Beschuldigten bei

<sup>1</sup> Laut einer RTI-Antwort von Ende 2023 wurden unter der JMM-Landesregierung 16 von 21 FIRs zurückgezogen, im März 2020 jedoch ein neuer FIR gegen die *Pathalgadi*-Bewegung eingereicht – Anm. d. Red.

der *Pune Urban Police* einen weiteren FIR ein. Darin warf er den oben erwähnten Intellektuellen vor, die Dalits zu Gewalt angestiftet zu haben. In der Folge wurde eine regelrechte Hexenjagd losgetreten. Neun bekannte und engagierte Aktivist:innen wurden in das Gefängnis in Pune gesperrt, zwei weitere erhielten vorläufige Haftverschonung. Ich wurde als „Verdächtiger“ eingestuft und von der *Pune Urban Police* zweimal einer Razzia unterzogen, bei der sie nach belastendem Material suchten.

Wohin wird das alles führen? Wird diese Schikane jemals ein Ende haben? Und wenn ja, wann wird es so weit sein? Das lässt sich kaum abschätzen. Doch bereits jetzt ist allen Beschuldigten und Inhaftierten irreparabler Schaden zugefügt worden. Ihre öffentliche Reputation hat ernsthaft gelitten, und auch ihr finanzielles Vermögen ist geschrumpft, was wiederum weitreichende Auswirkungen auf ihre Familien hat. Selbst nach mehr als einem Jahr Haft wird den neun Beschuldigten eine Freilassung gegen Kautions verweigert. Sie werden schmerzlich vermisst: von ihrer Mandantschaft, von der Leserschaft der Autor:innen und Dichter:innen, von marginalisierten Menschen aus verschiedenen Basisbewegungen und Organisationen, die von den Menschenrechtsaktivist:innen unterstützt wurden, sowie vom Publikum, das die Kulturschaffenden inspirierten.

Wird das höchste Gericht des Landes am Ende die Wahrheit aufdecken und die Verschwörung der *Hindutva*-Kräfte enthüllen? Wird es uns somit zu Hilfe kommen? Diese leise Hoffnung besteht bis heute. Ein Hoffnungsschimmer war die Ankündigung der neuen Regierung von Maharashtra, die Ermittlungen in den mit Bhima Koregaon in Zusammenhang stehenden Fällen einzustellen. Die entsprechenden juristischen Schritte wurden bisher jedoch noch nicht eingeleitet.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Kurz darauf übertrug die Zentralregierung die Ermittlungen an die *National Investigation Agency* (NIA), um eine Einstellung der Fälle zu verhindern. Bis Mai 2026 gab es keine Anklage und kein Hauptverfahren. 14 der Beschuldigten sind nach jahrelanger Haft unter strengen Kautionsauflagen freigelassen, einer, Surendra Gadling, bleibt in Haft – Anm. d. Red.

## 12

# Verhöre zum Fall Bhima Koregaon

Durch die *National Investigation Agency*

**Ich bin Stan Swamy, ein 83-jähriger Jesuitenpriester aus der Provinz Jamshedpur im indischen Bundesstaat Jharkhand, und engagiere mich seit 40 Jahren als Menschenrechtsaktivist. Insbesondere setze ich mich für die Verteidigung der verfassungsmäßigen und Menschenrechte der Adivasi, der indigenen Bevölkerung Indiens, ein.**

Ich war mehrere Jahre lang als Direktor, Ausbilder und Aktivist am *Indian Social Institute* in Bangalore tätig. Später zog ich nach Jharkhand und arbeitete mehrere Jahre bei der *Jharkhandi Organization for Human Rights* (JOHAR) in Chaibasa. Anschließend zog ich nach Ranchi, der Hauptstadt des Bundesstaates Jharkhand. Dort gründete ich *Bagaicha*, ein soziales Forschungs- und Ausbildungszentrum der Jesuiten in Namkum bei Ranchi. Seit 15 Jahren bin ich dort aktiv. Ich habe mit Basisbewegungen zusammengearbeitet, die sich gegen ungerechtfertigte Vertreibungen, Menschenrechtsverletzungen und illegale Landnahmen einsetzen. Zudem sind die Basisbewegungen gegen Gesetzesänderungen aktiv, die Landnahmen ausweiten und die Enteignung der indigenen Bevölkerung erleichtern sollen. Ich habe mich schriftlich und aktiv für die Umsetzung der *Fifth Schedule* der indischen Verfassung, der Bestimmungen des *Panchayats Extension to Scheduled Areas Act* (PESA-Act) von 1996 sowie des Samatha-Urteils des Supreme Court eingesetzt. Zudem habe ich das Konzept unterstützt, dass die Eigentümer:innen des Landes auch Eigentümer:innen der sich dort befindlichen Bodenschätze sind. Vor Kurzem habe ich eine Untersuchung zu Untersuchungshäftlingen in Jharkhand maßgeblich mitgestaltet. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung wurde beim High Court von Jharkhand eine Klage im öffentlichen Interesse (WPC (PIL) Nr. 4212 von 2017) eingereicht, in der es um die Freilassung von rund 4000 jungen Adivasi geht, die in verschiedenen Gefängnissen in Jharkhand inhaftiert sind.

Zu meiner großen Überraschung wurde mein Zimmer in *Bagaicha* am 28. August 2018 von der Polizei aus Pune durchsucht. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass mein Name zusammen mit elf weiteren Personen in einem *First Information Report* (FIR, Strafan-

zeige) im Zusammenhang mit den Unruhen in Bhima Koregaon<sup>1</sup> genannt worden sei. Bei der Razzia beschlagnahmte die Polizei meinen Laptop, mein Mobiltelefon sowie einige CDs, Dokumente und Akten. Zwischenzeitlich erfuhr ich, dass in den letzten zwei Jahren

<sup>1</sup> Bhima Koregaon ist ein Ort in der Nähe von Pune im indischen Bundesstaat Maharashtra. Dort versammelten sich am 1. Januar 2018 zahlreiche Dalits, um den 200. Jahrestag einer Schlacht zu feiern, in der Dalits gegen die Herrscher gekämpft hatten. Während dieser Feierlichkeiten kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die Anstiftung zu dieser Gewalt wird rechten Kräften aus oberen Kasten zugeschrieben, die die Feierlichkeiten vereiteln wollten. Die Dalits erstatteten Anzeige bei der *Pune Rural Police*, die für Bhima Koregaon zuständig war. Eine weitere Anzeige wurde bei der *Pune Urban Police* eingereicht, die sofort tätig wurde, was zu Razzien und Verhaftungen von Menschenrechtsverteidiger:innen führte. (Für weitere Informationen siehe: <https://www.thequint.com/explainers/what-was-bhima-koregaon-battle-explainer>).



Mahnwache für die Beschuldigten im Fall Bhima Koregaon, deren Anzahl bei Swamys Verhaftung auf 16 – die sogenannten BK16 anstieg, im September 2023 in London.

auch mehrere andere prominente Sozialaktivist:innen, Menschenrechtsanwält:innen und Schriftsteller:innen Razzien und Inhaftierungen im Zusammenhang mit den Unruhen in Bhima Koregaon hinnehmen mussten, ohne dass bisher Anklage gegen sie erhoben worden ist – ein Schritt, der einem Strafprozess vorausgeht. Etwa zehn Monate später, am 12. Juni 2019, wurde mein Zimmer erneut durchsucht. Auch dieses Mal wurden die Festplatte meines Computers (der interne Speicher) und mein Mobiltelefon beschlagnahmt. Zudem wurden meine E-Mail- und Social-Media-Konten gesperrt.

Im Juli 2018 erstattete die von der BJP geführte Regierung in Jharkhand aufgrund meiner Facebook-Beiträge zur *Pathalgadi*-Bewegung<sup>2</sup> im Bezirk Khunti einen FIR gegen mich (Aktenzeichen 124 von 2018, datiert mit dem 26. Juli 2018) und zudem gegen 19 weitere Aktivist:innen. Darin werden wir beschuldigt, durch Facebook-Posts im Zuge der *Pathalgadi*-Bewegung zu Gewalt angestiftet zu haben. Obwohl der FIR bereits im Juli 2018 aufgenommen wurde, wurde der Fall zunächst nicht weiter verfolgt. Doch plötzlich, im Juli 2019, wurde er wieder aufgegriffen, nachdem die Polizei aus Pune zum zweiten Mal meine Wohnung durchsucht hatte. Da sich die Vorwürfe gegen uns ausschließlich auf unsere Facebook-Beiträge stützen, legten wir beim High Court von Jharkhand Rechtsmittel ein, um das Verfahren gegen uns aufzuheben (Cr.M.P. Nr. 3183/2018). Um ihre Vorwürfe gegen mich zu untermauern, legte die Polizei von Khunti dem High Court einen Anlagenbericht vor, den sie von der Polizei in Pune erhalten hatte. Aus diesem geht hervor, dass ich ein Beschuldigter im Fall Bhima Koregaon bin. Während der Anhörung vor dem High Court bezeichnete mich der Generalstaatsanwalt zu meiner Überraschung als „gefährlichen Verbrecher“. Solche Handlungen legen eine Absprache zwischen den BJP-Regierungen in Jharkhand und Maharashtra nahe, um eine Verknüpfung beider Fälle herbeizuführen.

In der Zwischenzeit erließ das Gericht in Khunti einen Haftbefehl ohne Hinterlegungsmöglichkeit einer Kaution

---

<sup>2</sup> *Pathalgadi* ist ein traditionelles, zeremonielles Ritual der Mundari sprechenden Adivasi. Dabei stellen sie eine Steinplatte auf, um ihrer Vorfahren zu gedenken, die ihr Leben im Zeichen ihrer kulturellen Werte und Ideologie gelebt haben und verstorben sind. In den letzten Jahren haben Adivasi aufgrund zunehmender Vertreibung, Entbehnung und Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte begonnen, *Pathalgadi* zu nutzen, um ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte auf diese Steinplatten zu schreiben und sie am Eingang ihrer Dorfgrenzen aufzustellen. Die von der BJP geführte Regierung in Jharkhand hat diese Praxis als „anti-national“ dargestellt und paramilitärische Kräfte eingesetzt, um diese Bewegung gewaltsam zu unterdrücken. (Für weitere Informationen zur *Pathalgadi*-Bewegung siehe: <https://thewire.in/rights/pathalgadi-is-nothing-but-constitutional-messianism-so-why-is-the-bjp-afraid-of-it>)

gegen mich. Im Oktober 2019 führte die Polizei in Khunti eine „Pfändung von Eigentum“ durch und beschlagnahmte zwei Tische, ein Stahlregal, drei Plastikstühle, eine Matratze und ein Kissen. Am 6. Dezember 2019 entschied der High Court von Jharkhand, dass dabei die ordnungsgemäßen Verfahren gemäß der Strafprozessordnung nicht eingehalten worden seien. Nachdem Ende Dezember 2019 eine Nicht-BJP-Regierung die Macht in Jharkhand übernahm, kündigte diese an, alle mit *Pathalgadi* im Zusammenhang stehenden Fälle einzustellen. Die Umsetzung dieser Ankündigung steht jedoch noch aus.

In Maharashtra wies die neu gebildete Koalitionsregierung, der die BJP nicht angehört, die Polizei des Bundesstaates an, die Ermittlungen und den Prozess im Fall der Unruhen von Bhima Koregaon zu überprüfen und zu beschleunigen. Am 1. Januar 2020 erklärte ein hochrangiger Vertreter der *National Congress Party*, einem der Koalitionspartner, der Fall Bhima Koregaon sei haltlos und solle eingestellt werden. Daraufhin schaltete sich jedoch die von der BJP geführte Zentralregierung ein und zwang die Regierung von Maharashtra, den Fall an die *National Investigation Agency* (NIA) zu übergeben. Seitdem die NIA den Fall übernommen hat, kam es zu zahlreichen weiteren Verhaftungen von Intellektuellen sowie zu Razzien in den Wohnungen von führenden Menschenrechtsaktivist:innen, Professor:innen und Anwält:innen. In verschiedenen Teilen des Landes hat die NIA zudem zahlreiche engagierte Bürger:innen verhört. Die Verhöre erstreckten sich über einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten.

Im Folgenden werden die Verhöre, denen ich mich vom 25. Juli bis zum 6. August 2020 zu Hause durch einen Ermittlungsbeamten der NIA unterziehen musste, detailliert und nach Datum geordnet dokumentiert. Ich wurde vom 27. bis zum 30. Juli 2020 täglich sowie am 6. August von der NIA intensiv befragt. Die Dauer dieser intensiven Verhöre belief sich bislang auf insgesamt etwa 15 Stunden. Am 27. Juli, dem ersten Tag, dauerte die Befragung durch einen NIA-Beamten von 13 bis 15 Uhr, sodass ich erst um 15 Uhr zu Mittag essen konnte. Am folgenden Tag zog sich das Verhör über fünf Stunden hin, mit einer 45-minütigen Mittagspause. Am 29. Juli dauerte die Befragung drei Stunden und am darauffolgenden Tag zwei Stunden.

### Besuch der NIA am 25. Juli 2020

Es folgt der Text von Pater David Solomon, dem Direktor von *Bagaicha* und erster Ansprechpartner für die Besucher der *National Investigation Agency* (NIA):

Am 25. Juli 2020 tauchten zwei Männer in *Bagaicha* auf. Einer von ihnen sprach die Mitarbeiterin, Frau Sugia Horo, an und fragte sie nach Pater Stan Swamy. Sie er-

kündigte sich bei dem Mann nach seinem Namen, seiner Adresse und seinem Herkunftsort. Er weigerte sich jedoch, diese Angaben zu machen und bestand darauf, Stan zu treffen. Unsere Mitarbeiterin bat die beiden Männer wiederholt, ihre Namen zu nennen. Daraufhin wurde einer von ihnen laut und forderte sie auf, Stan zu holen. Ich hörte die Unterhaltung von meinem Büro aus mit. Da die Mitarbeiterin weiterhin darauf bestand, der Gast sich aber weigerte, die Informationen preiszugeben, bat ich Frau Horo, die beiden Männer in mein Büro zu schicken. Sobald sie dort auftauchten, fragte mich einer von ihnen: „Wo ist Herr Stan?“ Ich fragte ihn: „Wer sind Sie?“ Er gab mir keine angemessene Antwort. Ich sagte zu ihm: „Bitte nehmen Sie Platz.“ Er setzte sich. Dann sagte er mir in einem arroganten Tonfall, ich solle Stan rufen. Ich stand auf, um zu gehen, und bat ihn, sich auszuweisen. Daraufhin holte er einen Ausweis hervor, der um seinen Hals hing, und zeigte ihn mir. Darauf stand der Name Diwarkar Mishra, NIA. Ich bat auch die andere Person, mir ihren Ausweis zu zeigen. Ich erinnere mich, dass darauf der Name Chandan stand.

Danach brachte ich die beiden in einen Gemeinschaftsraum mit Stühlen und einem Tisch. Anschließend ging ich zu Stans Zimmer und sagte ihm, dass ein NIA-Beamter eingetroffen sei. Er stand ruhig auf und machte sich auf den Weg. Ich blieb stehen, griff nach meinem Telefon und rief Pater Xavier Soreng, den Sekretär von *Bagaicha*, an. Ich informierte ihn. Als Herr Diwarkar sah, dass ich telefonierte, begann er, mich anzuschreien. In einem arroganten Tonfall sagte er mir, dass er mich verhaften könne, weil ich Leute anrief, um sie über ihre Anwesenheit zu informieren. Ich entgegnete ihm: „Es tut mir leid, aber wir gehören einer religiösen Organisation an und müssen unsere Vorgesetzten informieren.“ Anschließend sprach Herr Diwarkar mit Stan. Zunächst teilte er ihm mit, dass sie von der *National Investigation Agency* seien. Dann bat er Stan, seinen Ausweis zu holen. Stan ging in sein Zimmer und holte seinen Wählerausweis. Herr Chandan machte ein Foto davon. Danach teilte Herr Diwarkar Stan mit, dass er ihn bald erneut aufsuchen würde, um ihm in einem fünfzehnminütigen Gespräch einige Fragen zu einem Fall zu stellen. Dann verließ Herr Diwarkar den Raum, um zu telefonieren. Als er zurückkam, teilte er Stan mit, dass er an einem anderen Tag wiederkommen und sich mit ihm für etwa fünfzehn Minuten unterhalten werde. Dann verließen beide *Bagaicha*. Beim Gehen entschuldigte sich Herr Diwarkar dafür, dass er mir gegenüber etwas forsch gewesen sei. Ich entgegnete ihm: „Sie haben Ihre Pflicht getan.“

### Montag, der 27. Juli, zwei Stunden – Tag 1 des eigentlichen Verhörs

**NIA:** *Könnten Sie Ihren biografischen Werdegang von den Anfängen bis heute skizzieren?*

**Stan:** Ich gab einen kurzen Überblick, beginnend mit meinem Geburtsort, meiner frühen Ausbildung, meinem Studium und meinem Eintritt in den Jesuitenorden im Jahr 1957.

**NIA:** *Bitte sagen Sie mir, welche Studien Sie an welchen Universitäten absolviert haben.*

**Stan:** Ich habe mein Aufbaustudium in Soziologie an der *Ateneo de Manila University* auf den Philippinen absolviert. Anschließend habe ich noch einzelne Studiengänge in Sozialanalyse an der *University of Louvain* in Belgien belegt.

**NIA:** *Wann haben Sie begonnen, sich sozial zu engagieren?*

**Stan:** Mein soziales Engagement begann im Jahr 1975, als ich am *Indian Social Institute* in Bangalore tätig war. Das *Indian Social Institute* ist ein Sozialzentrum für Sozialaktivist:innen, die sich in ihren jeweiligen Gemeinden engagieren. Die meisten, die dort eine Ausbildung begannen, stammten aus gesellschaftlich benachteiligten Gruppen, insbesondere Dalits und Adivasi. Ich kam 1990 oder 1991 nach Jharkhand und wurde gebeten, eine soziale Organisation namens JOHAR wiederzubeleben. Sie war 1989 gegründet worden, war im Laufe der Zeit jedoch inaktiv geworden. Ab 1995 war JOHAR wieder aktiv. Fünf Jahre lang arbeitete ich mit einigen engagierten Adivasi-Jugendlichen zusammen, um verschiedene Probleme, mit denen die Adivasi konfrontiert sind, anzugehen. Sie waren unter anderem von Vertreibungen durch Bergbauunternehmen und andere ausbeuterische Akteure betroffen. Als Jharkhand im Jahr 2000 ein eigenständiger Bundesstaat wurde, hielten einige der Anführer:innen und Intellektuellen die Gründung eines Zentrums in der Landeshauptstadt Ranchi für erforderlich. So entstand die Idee von *Bagaicha* - und seitdem bin ich hier.

**NIA:** *In welchen Ländern waren Sie schon und zu welchem Zweck?*

**Stan:** Ich war in Belgien, um an einer Konferenz teilzunehmen. Auf den Philippinen war ich, um an einigen Kongressen teilzunehmen. Bei all diesen Treffen ging es darum, die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der sogenannten „Dritten Welt“ zu verstehen.

**NIA<sup>3</sup>:** *Was wissen Sie über die Naxalitenbewegung?*

<sup>3</sup> Während des Verhörs verließ der Verhörende den Raum, um zu telefonieren, und setzte anschließend das Verhör fort. Mir war klar, dass er sich dabei informierte und Anweisungen entgegennahm. Das wiederholte sich während der gesamten Verhörzeit immer wieder.

**Stan:** Ich bin ausgebildeter Soziologe. Daher habe ich die *Naxalitenbewegung*<sup>4</sup> aufmerksam beobachtet. Als Sozialwissenschaftler kenne ich mich mit ihrer Entstehung, ihrem Wachstum und ihrer aktuellen Situation aus. Mit ihrer Ideologie und Methodik bin ich jedoch nicht einverstanden, weshalb ich nichts mit ihr zu tun habe.

**NIA:** Was ist mit der *Operation Green Hunt*?<sup>5</sup>

**Stan:** Dabei handelte es sich um eine Maßnahme einer früheren Regierung. Unter dem Vorwand, den *Naxalismus* einzudämmen, wurden dabei viele unschuldige junge Männer und Frauen willkürlich inhaftiert. Die Mehrheit der Getöteten bzw. Inhaftierten waren Adivasi. Landesweit gab es groß angelegte Proteste dagegen.

**NIA:** Was ist mit *Jammu-Kashmir*?

**Stan:** Ich weiß, dass es sich um ein heikles Thema handelt. Ich hatte bzw. habe aber nichts damit zu tun. Ich beschäftige mich nicht mit der *Jammu-Kashmir-Frage*.

**NIA:** In welcher Beziehung stehen Sie zu den Beschuldigten im Fall *Bhima Koregaon*?

**Stan:** Einige von ihnen kenne ich persönlich, andere aus den Medien und durch ihre Veröffentlichungen.

**NIA:** Kennen Sie *Sudha Bharadwaj*?<sup>6</sup>

**Stan:** Ja, ich kenne sie im Zusammenhang mit meinen Forschungen über Untersuchungshäftlinge. Als es schließlich darum ging, rechtliche Schritte einzuleiten und das *Persecuted Prisoners' Solidarity Committee* (PPSC)

---

4 Die Bezeichnung geht zurück auf das Dorf Naxalbari im Bundesstaat Westbengalen. Die dort lebenden Santhal-Adivasi wurden von Geldverleihern und anderen Kräften ausgebeutet und unrechtmäßig ihres Landes beraubt. Als Reaktion darauf entstand dort in den 1960er Jahren ein bewaffneter Aufstand. Die Aufständischen übernahmen später die Ideologie des Maoismus. Da ihr Ursprungsort Naxalbari war, erhielt die Bewegung den Namen „Naxal-“ oder „Naxaliten-Bewegung“.

5 *Operation Green Hunt* ist der von den Medien geprägte Name für eine Aufstandsbekämpfungsoffensive gegen *naxalistische* Gruppierungen, die 2009 in den zentralindischen Bundesstaaten Chhattisgarh, Jharkhand, Odisha und Madhya Pradesh durchgeführt wurde. Spezialeinheiten mit rund 300.000 Mann, die Luftwaffe und Kampfhubschrauber waren daran beteiligt. Etwa 1500 Menschen haben dabei ihr Leben verloren; Hunderte von Jugendlichen wurden verhaftet. Adivasi und Adivasi-Dörfer waren von dieser Offensive am stärksten betroffen. (Siehe: [https://en.wikipedia.org/wiki/Operation\\_Green\\_Hunt](https://en.wikipedia.org/wiki/Operation_Green_Hunt))

6 *Sudha Bharadwaj* ist eine engagierte Gewerkschafterin und Menschenrechtsanwältin, die sich für die Rechte von Dalit- und Adivasi-Arbeiter:innen im Bundesstaat Chhattisgarh einsetzte. Sie wurde im Fall *Bhima Koregaon* festgenommen und im Dezember 2021 nach rund drei Jahren Untersuchungshaft gegen Kautionsfreilassung – Anm. d. Red.

zu gründen, um den Untersuchungshäftlingen zu helfen, kam ich erneut mit ihr in Kontakt.

**NIA:** Was ist mit *Saibaba*?<sup>7</sup>

**Stan:** Ich habe Prof. Saibaba vor vielen Jahren bei einem Treffen in Ranchi zum Thema Vertreibung gesehen und gehört. Da ich mich mit diesem Thema beschäftige, habe ich wie alle anderen Interessierten auch an dem Treffen teilgenommen. Das Treffen fand vor langer Zeit statt, daher kann ich mich nicht mehr an das genaue Datum erinnern.

**NIA:** Kennen Sie *Nandini Sundar*?

**Stan:** Ja, ich kenne sie, auch persönlich. Sie ist Wissenschaftlerin und Professorin an der Delhi University. Ich bin beeindruckt von ihrem unermüdlichen und beharrlichen Einsatz für Gerechtigkeit für die Adivasi in der Region Bastar im Bundesstaat Chhattisgarh. Meiner Meinung nach hat *Salwa Judum*<sup>8</sup> den Gonds und anderen Adivasi großes Leid zugefügt, indem sie die Adivasi-Gemeinschaften nicht nur spaltete, sondern auch gegeneinander aufbrachte. Etwa 600 Adivasi-Dörfer wurden niedergebrannt und die Menschen mussten um ihr Leben fliehen. *Nandini Sundar* untersuchte den Fall und reichte beim Supreme Court eine Klage gegen die damalige Regierung von Chhattisgarh ein. Schließlich ordnete der Supreme Court die Auflösung von *Salwa Judum* an und wies die Regierung des Bundesstaates an, die Adivasi zu rehabilitieren. Einige Zeit später kam Prof. *Nandini Sundar* nach Ranchi, wo ich die Gelegenheit hatte, sie zu treffen.

**NIA:** Wer ist *Partho*?

**Stan:** *Partho* ist ein Wissenschaftler aus Kalkutta. Er ist im Bereich der Krebsforschung tätig. Außerdem ist er ein engagiertes Mitglied des PPSC. Als er von meinem Appell zur Unterstützung von Untersuchungshäftlingen erfuhr, nahm auch er an dem Treffen teil.

### Dienstag, am 28. Juli, fünf Stunden

**NIA:** Erzählen Sie mir etwas über das *Persecuted Prisoners Solidarity Committee*.

---

7 *GN Saibaba* war Professor für Englisch an der Universität Delhi. Er war zu 90 Prozent gehandicapt und auf einen Rollstuhl angewiesen. Er wurde im Zusammenhang mit einem Verfahren wegen Aufwiegelung verhaftet und verbrachte zehn Jahre in nahezu vollständiger Isolationshaft, bevor er im Jahr 2024, wenige Monate vor seinem Tod, freigesprochen wurde – Anm. d. Red.

8 *Salwa Judum* war eine staatlich unterstützte Bürgerwehrbewegung, die 2005 ins Leben gerufen wurde, um die maoistische/*naxalistische* Bewegung in den überwiegend von Adivasi bewohnten Regionen des Bundesstaates Chhattisgarh zu bekämpfen.

**Stan:** In den Jahren 2014 und 2015 kam es zu willkürlichen Verhaftungen, von denen vor allem Adivasi- und Dalit-Jugendliche betroffen waren. Wir stellten fest, dass dies in allen von Stammesvölkern dominierten Bundesstaaten Zentralindiens der Fall war. Ich rief alle mir bekannten Menschenrechtsaktivist:innen zusammen, um gemeinsam zu überlegen, welche Maßnahmen wir ergreifen könnten. Die Resonanz war gut, insbesondere vonseiten der Anwält:innen. Wir beschlossen, ein gemeinsames Forum mit dem Namen *Persecuted Prisoners Solidarity Committee* (PPSC) zu gründen, um im Namen

mentare zur *Pathalgadi*-Bewegung einen Rechtsstreit gegen mich eingeleitet. Gleichzeitig hat mich die Polizei von Pune in die Unruhen von Bhima Koregaon verwickelt, mit denen ich absolut nichts zu tun habe.

**NIA:** Können Sie mir etwas über den Fall Bhima Koregaon erzählen?

**Stan:** Ich war in meinem ganzen Leben noch nie in Bhima Koregaon. Mir ist jedoch bekannt, dass die Polizei von Pune mit der Polizei von Khunti in Kontakt stand.



Demonstration in Jamshedpur (Jharkhand) im Oktober 2020 gegen die Verhaftung von Stan Swamy und repressive Gesetze wie den UAPA.

Bild © Jharkhand Janadhikar Mahasabha

von Untersuchungshäftlingen gerichtlich vorzugehen, ihre sofortige Freilassung gegen Kautions zu erwirken und die Gerichtsverfahren zu beschleunigen. Die Gruppe bat mich, die Koordination dieses Forums zu übernehmen.

Kurz darauf reichten wir auf Grundlage der Ergebnisse unserer Studie zu Untersuchungshäftlingen in Jharkhand eine Klage im öffentlichen Interesse (PIL) beim High Court von Jharkhand ein, in der ich der Hauptkläger war. Der High Court nahm die Klage an und wies die Regierung des Bundesstaates an, sämtliche Informationen zu allen Untersuchungshäftlingen in Jharkhand offenzulegen. Seitdem sind mehr als zwei Jahre vergangen, doch der Staat hat bis heute nicht alle erforderlichen Informationen vorgelegt. Andererseits hat der Bundesstaat Jharkhand beschlossen, mich aus dem Weg zu räumen. Er hat wegen meiner Facebook-Kom-

Im Verfahren zur *Pathalgadi*-Bewegung vor dem High Court von Jharkhand wurde eine eidesstattliche Erklärung der Polizei von Pune zu meiner Person vorgelegt. Das ist tatsächlich schlicht der Versuch, mich zum Schweigen zu bringen.

**NIA:** Können Sie mir etwas über *Pathalgadi* erzählen?

**Stan:** *Pathalgadi* ist Teil der kulturellen Tradition der Adivasi in Zentralindien. Die Mundari sprechenden Adivasi im Bezirk Khunti in Jharkhand nutzten die als *Pathalgadi* errichteten Steinplatten, um ihre in der indischen Verfassung verankerten Rechte, die in der *Fifth Schedule* und im PESA-Gesetz von 1996 aufgeführt sind, einzumeißeln und somit ihr Recht auf Selbstverwaltung geltend zu machen. Die Regierung des Bundesstaates stufte die *Pathalgadi*-Bewegung jedoch als Aufruhr gegen den Staat ein und entsandte paramilitärische Kräfte, um die Bewegung zu unterdrücken. Insgesamt 20 Aktivist:innen, darunter auch ich, haben unsere Meinung zur Reaktion des Staates auf die *Pathalgadi*-Bewegung veröffentlicht. Ich selbst hatte zwei Kommentare auf meiner Facebook-Seite gepostet. (1) Der ehemalige

Innenminister der Zentralregierung sagte, als er von einigen Medienvertreter:innen zur *Pathalgadi*-Frage befragt wurde: „Wo immer diese Bewegung stattfindet, sollten die Regierungen der Bundesstaaten mit den Menschen in den Dialog treten.“ Zu dieser Aussage habe ich folgenden Kommentar hinzugefügt: „Es ist traurig, dass die Regierung von Jharkhand, anstatt mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, sie angegriffen hat.“ (2) Auch der lokale Abgeordnete Sri Kharia Munda, der bereits drei Amtszeiten hinter sich hat, wurde zur *Pathalgadi*-Frage befragt. Er antwortete: „Wenn die Entwicklung bei den Adivasi gut verlaufen wäre, wäre die *Pathalgadi*-Bewegung nicht entstanden.“ Dazu habe ich folgenden Kommentar veröffentlicht: „Der lokale Abgeordnete hat selbst ausgesagt, dass keine echte Entwicklung der Adi-



Innenhof des Zentrums *Bagaicha* bei Ranchi.

Bild © Adivasi Koordination e.V.

vasi stattgefunden habe. Es wäre daher besser, wenn die Regierung von Jharkhand ihre Bemühungen auf eine echte Entwicklung der Adivasi konzentrieren würde.“

Diese beiden Kommentare auf meiner Facebook-Seite waren die Grundlage für den im Juli 2018 von der Regierung von Jharkhand eingereichten *First Information Report* (FIR). Darin werden auch die Namen von 19 weiteren Aktivist:innen genannt, die Beiträge zu *Pathalgadi* auf Facebook gepostet hatten. Interessanterweise wurde am 19. Juni 2019 unter den 20 im FIR genannten Personen nur gegen vier von uns ein Haftbefehl ausgestellt. Zu diesem Zeitpunkt befand ich mich jedoch bereits auf einer seit Langem geplanten Reise in Südindien, um Verwandte und Freund:innen zu besuchen und mich um meine gesundheitlichen Probleme zu kümmern. In der Zwischenzeit erklärte die Polizei von Khunti mich zum „Flüchtigen“, ohne sich die Mühe zu machen, meinen Aufenthaltsort zu überprüfen. Am 21. Oktober 2019 wurde schließlich mein Zimmer durchsucht. Dabei wurde alles, was sich darin befand, beschlagnahmt: zwei Tische, drei Stühle, ein

Regal, in dem ich meine Habseligkeiten aufbewahrte, sowie eine Matratze und ein Kissen. Gegen den rechtswidrig ausgestellten Haftbefehl, die rechtswidrige Erklärung, ich sei geflüchtet, sowie die rechtswidrige Pfändung meines Besitzes hatte ich beim High Court von Jharkhand Klage eingereicht (Cr. M. P. Nr. 3183/2018). Ich bat um die Wiederherstellung meiner Selbstachtung und Würde. In seinem Urteil vom 6. Dezember 2019 stellte das Gericht fest, dass die Vorschriften der Strafprozessordnung nicht ordnungsgemäß eingehalten worden waren. Es entschied jedoch auch, dass das untere Gericht den Fall unter Einhaltung der Strafprozessordnung weiterbearbeiten könne.<sup>9</sup> Das ist meine Sichtweise in dieser Angelegenheit. Interessanterweise hat die neue Regierung von Jharkhand in einer Kabinettsitzung am 29. Dezember 2020, kurz nach ihrer Vereidigungszeremonie, beschlossen, alle mit *Pathalgadi* in Zusammenhang stehenden Fälle in Jharkhand einzustellen. Trotz dieser Entscheidung sind die dafür notwendigen juristischen Schritte noch nicht abgeschlossen.

**NIA:** *Dies sind einige Dateien von Ihrem Computer, die Sie offenbar mit linken Kräften in Verbindung bringen.* (Er zeigt auf den Bildschirm seines Laptops.)

**Stan:** Bitte zeigen Sie sie mir. (Er öffnete die Auszüge einiger Mitteilungen auf seinem Laptop und legte sie mir vor. Unter den Dokumenten befindet sich ein Auszug aus einem Ordner mit dem Titel „Earth Summit“,<sup>10</sup> der angeblich von meinem Computer stammt. Darin rufen *Naxalit:innen* dazu auf, den 50. Jahrestag der Gründung der *Naxalbari*-Bewegung zu feiern, und laden einen Stan ein, an den Feierlichkeiten teilzunehmen.) Ich schloss kategorisch aus, dass diese Auszüge von mir stammten, und bekräftigte, dass sie in meinen Computer eingeschleust worden waren.

**NIA:** *So etwas kann bei der NIA nicht vorkommen, denn die NIA ist eine integrale Organisation und hält sich strikt an alle Vorschriften.* (Er klang etwas emotional, als er das sagte.)

**Stan:** Ich stelle die Integrität der NIA noch deren Fehlerlosigkeit nicht infrage. Fakt ist jedoch, dass die NIA den Fall Bhima Koregaon erst im Januar 2020 von der Polizei in Pune übernommen hat, die ihn seit August 2018 bearbeitet hatte. Würden Sie für die Polizei in Pune dieselbe Integrität garantieren wie für die NIA?

**NIA:** (Er schwieg eine Weile und wiederholte dann:) *Als Polizeikräfte bilden wir eine Einheit. Unsere Aufgabe ist es, die Menschen zu schützen, und wir wahren unse-*

<sup>9</sup> Aktenzeichen: Stan Swamy gegen den Bundesstaat Jharkhand vom 6. Dezember 2019. Absatz 26.

<sup>10</sup> Der „*Earth Summit*“ war eine dreitägige Veranstaltung zum Thema „Globaler Klimawandel und Wasserkatastrophen“, die vom 27. bis 29. März 2015 von den Jesuiten in Kalkutta organisiert wurde und an der etwa 50 Jesuiten teilnahmen. Hauptredner war Dr. Rajendra Singh.

re Integrität. (Dann stand er auf, um den Ort für diesen Tag zu verlassen.)

**Stan:** Ich stimme Ihnen zu, dass von der Polizei Integrität erwartet wird. Was ist jedoch mit dem jüngsten Vorfall in Tamil Nadu, bei dem ein Vater und sein Sohn verhaftet, geschlagen, gefoltert und getötet wurden, nur weil sie ihren Laden nach der Sperrstunde noch ein paar Minuten länger geöffnet hatten? Der High Court von Madras hat sich von Amts wegen mit dem Fall befasst und eine Untersuchung durch das *Central Bureau of Investigation* (CBI) angeordnet.

**NIA:** Zwar kann es vor Ort zu Problemen kommen, doch die Polizei als Institution ist eine funktionierende Einheit. (Dann verließ er den Ort.)

### Mittwoch, der 29. Juli, drei Stunden

**NIA:** Erzählen Sie mir etwas über Bagaicha und die Aktivitäten dort.

**Stan:** *Bagaicha* ist in der Tradition der Adivasi ein Ort der Versammlung der Gemeinschaft. An diesem Ort wird alles, was besprochen werden muss, besprochen, und die Gemeinschaft gelangt zu einer einvernehmlichen Entscheidung. Wir haben dem Zentrum diesen Namen gegeben, damit diejenigen, die hierherkommen, „einig“ in ihre Gemeinschaften zurückkehren. Meistens kommen Adivasi- und Dalit-Aktivist:innen hierher, um: (i) die Probleme und Fragen, mit denen sie sich konfrontiert sehen, wissenschaftlich zu analysieren und zu verstehen, (ii) nach wirksamen Wegen zur Aufklärung und Mobilisierung der Menschen zu suchen, (iii) ihre Anliegen an die zuständige Regierungsstelle bzw. Behörde zu tragen und um sofortige Maßnahmen zu bitten sowie (iv) – falls die Regierungsverwaltung sie im Stich lässt – Rechtsmittel zu planen und umzusetzen. *Bagaicha* versucht, die Menschen solidarisch zu begleiten.

Was die Aktivitäten von *Bagaicha* betrifft, so haben wir kürzlich einen Hilfsdienst für Migrant:innen eingerichtet. Dieser war während und nach dem jüngsten Lockdown aufgrund der Coronavirus-Pandemie von großer Bedeutung. Er wurde notwendig, da Millionen von Wanderarbeiter:innen durch die plötzliche Verhängung des Lockdowns ihre Arbeit, ihre Unterkunft und ihre Lebensmittelversorgung verloren hatten. Tausende von ihnen waren gezwungen, Hunderte von Kilometern auf Autobahnen und Eisenbahnschienen zurückzulegen. Unser Hilfsdienst arbeitet mit Regierungen, NGOs und Menschenrechtsgruppen zusammen, um Migrant:innen zu erreichen, ihnen sofortige Hilfe in Form von Nahrung und Unterkunft zu bieten und sie bei der Rückkehr zu unterstützen. Bislang konnten wir mindestens 6000 Menschen in prekären Situationen helfen. Abertausende von ihnen sind zwar

nach Hause zurückgekehrt, aber gibt es dort etwas, von dem sie und ihre Familien leben können?

**NIA:** *Oh, der Migrantenhilfsdienst leistet wirklich gute Arbeit. Welche anderen Aktivitäten bietet Bagaicha noch an?*

**Stan:** Eine weitere Initiative von *Bagaicha* heißt *Lok Manch* (LM). Es gibt zahlreiche staatliche Hilfsprogramme und -projekte für benachteiligte Personen und Gruppen. Doch die Ärmsten der Armen, die in abgelegenen Dörfern leben, wissen oft nicht einmal von diesen Programmen, geschweige denn, wie sie diese in Anspruch nehmen könnten. Die Mitarbeiter von LM unterstützen sie dabei, diese Angebote kennenzulernen und zu nutzen. Da ich kein Mitglied von LM bin, wird Ihnen eine dort tätige Mitarbeiterin dies im Detail erklären. (Frau Rosemary Nag, Koordinatorin der *Lok-Manch*-Kampagne, wurde gebeten, die Arbeit von *Lok Manch* zu beschreiben. Sie beschrieb, welche Rolle sie bei der Koordinierung der Aktivitäten verschiedener Einheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Wohlfahrtsprogramms MGNREGA<sup>11</sup> spielt. Dadurch erhalten Dorfbewohner:innen Zugang zu verschiedenen Renten- und anderen Sozialversicherungsprogrammen der Regierung. Sie fügte hinzu, dass es ihre Aufgabe sei, die Berichte der Partnerorganisationen zu sammeln und dem zentralen Koordinierungsteam zur Verfügung zu stellen.)

**NIA:** *Es gibt erneut eine ganze Reihe von Mitteilungen. Unter anderem wurden Berichte über ultralinke Parteien auf Ihrem Computer entdeckt. Was sagen Sie dazu?*

**Stan:** Mir sind diese Mitteilungen nicht bekannt, und ich habe damit nichts zu tun. Es handelt sich um Unterstellungen. (Der Verhörende legte mir erneut Kopien von Briefen vor und behauptete, diese stammten von meinem Computer. Die Briefe stünden im Zusammenhang mit den sogenannten „Ultra-Linken“.) Ich ließ mich nicht beirren und wies darauf hin, dass ich durch mein Engagement bei der Gründung des PPSC Menschen wie den Sozialaktivisten und Schriftsteller Prashant Rahi, die Rechtsanwältin Sudha Bharadwaj und den am High Court von Jharkhand tätigen Anwalt und PPSC-Mitglied Shiv Prasad Singh kennengelernt hätte. Sie alle haben dabei geholfen, das PPSC ins Leben zu rufen und seine Aktivitäten voranzutreiben. Damit war die Befragung für diesen Tag beendet.

### Donnerstag, der 30. Juli 2020, zwei Stunden.

**NIA:** *Welche Einrichtungen gibt es in Bagaicha und wer sind die anderen Mitwirkenden? Welchen Aktivitäten gehen sie dort nach?*

<sup>11</sup> Der *Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act* (MGNREGA) von 2005 bietet Arbeitslosen die Möglichkeit, mindestens 100 Tage im Jahr zu arbeiten und ein Einkommen zu erzielen.



Pressekonferenz in Solidarität mit politischen Gefangenen, die aufgrund von Gesetzen wie UAPA inhaftiert sind.

Bild © All India Students' Association / @AISA\_tweets

**Stan:** Wir befinden uns derzeit im Verwaltungsbereich. Hier befinden sich das Hauptbüro, die Bibliotheksdokumentation und einige Wohnräume für Jesuiten. Im Norden liegt das Wohnheim, in dem die Teilnehmer:innen untergebracht sind, die für die hier stattfindenden Programme anreisen. Im Süden befindet sich ein Gebäude mit einem Speisesaal im Erdgeschoss und einem Versammlungssaal darüber. Was das Personal betrifft, so ist Pater David Solomon SJ der Direktor, Pater Sebastian Lakra SJ der Verwalter und ich, Stan Swamy, bin Mitarbeiter. Frau Sugia Horo ist Programmkoordinatorin und Büroassistentin. Außerdem gibt es noch drei Mitarbeitende, die bei der Bewirtschaftung helfen, beispielsweise bei der Zubereitung von Mahlzeiten, der Reinigung und der Gartenarbeit.

**NIA:** Es gibt noch weitere Nachrichten, die ich mit Ihnen besprechen muss. Diese Briefe stammen von Ihrem Computer. (Er erwähnte einige Briefe, in denen es um finanzielle Angelegenheiten, Treffen und Personen ging. Unter anderem erwähnte er einen gewissen Herrn Abhay und einen Dada, der an Stan Dada schreibt.)

**Stan:** Ich kenne keine Person namens Dada. Ich benutze das Wort „Dada“ auch nicht. Ich weiß nicht, wer dieser Herr Abhay ist, von dem Sie sagen, dass er diesen Brief geschrieben hat. Ein Brief, der weder „Absender:in“ noch „Empfänger:in“ enthält, ist meiner Meinung nach außerdem nicht ernst zu nehmen. Er sollte weggeworfen werden. Es ist daher sinnlos, dass Sie mir weiterhin solche Briefe vorlegen. Ich kenne lediglich einen Herrn Abhay Xaxa aus Chhattisgarh,

einen Wissenschaftler der *Jawaharlal Nehru University* (JNU), der sich sehr für die Belange der Adivasi engagiert hat. Leider ist er vor einigen Monaten viel zu früh verstorben.

**NIA:** Da Sie die Echtheit dieser Briefe bestreiten und behaupten, nichts über die von mir erwähnten Personen zu wissen, bitte ich Sie, eine Erklärung abzugeben. Bitte beachten Sie, dass ich lediglich Ihre Antworten auf meine Fragen notiere. Diese werde ich meinen Vorgesetzten vorlegen, die dann ihre Schlussfolgerungen daraus ziehen werden.

**Stan:** Das ist in Ordnung. Hier ist meine Erklärung: „Alle meine Kontakte zu sozialen Aktivist:innen fanden innerhalb des Bundesstaates Jharkhand statt. Der einzige Anlass, mit Personen außerhalb von Jharkhand in Kontakt zu treten, war die Gründung des PPSC. Es deckt die vier zentralen Bundesstaaten Jharkhand, Odisha, Westbengalen und Chhattisgarh ab. Es ging darum, die Bemühungen zugunsten von Untersuchungshäftlingen in all diesen Bundesstaaten zu koordinieren und gegebenenfalls einen Fall vor den Supreme Court Indiens zu bringen. Abgesehen davon pflege ich keinerlei Beziehungen oder Kontakte. Ich habe keinerlei Beziehung oder Kontakt zu extremistischen Kräften oder Personen.“

(Als er sich gerade erheben wollte, fiel sein Blick auf eine *Pathalgadi* (Steinplatte) im Innenhof von *Bagaicha*,<sup>12</sup> in die die Namen der Märtyrer:innen von Jharkhand eingraviert sind, die ihr Leben für den Schutz des Landes, des Wassers und der Wälder ge-

<sup>12</sup> Im Innenhof von *Bagaicha* steht eine Steinplatte, auf der die Namen von Adivasi-Freiheitskämpfer:innen, Aktivist:innen und anderen Personen eingraviert sind, die sich für die Belange der Adivasi eingesetzt haben. Es handelt sich um Menschen, die sich seit 1770 gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung gewehrt und ihre Rechte eingefordert haben.

lassen haben. Mit der Steinplatte soll an sie und ihren Beitrag für die Gesellschaft erinnert werden. Der Verhörende machte daraufhin eine Bemerkung.)

**NIA:** *Es werden die Namen der Menschen genannt, die durch Polizeischüsse ums Leben gekommen sind. Warum werden aber nicht die Namen der Menschen genannt, die von Maoist:innen getötet wurden?*

**Stan:** Einige dieser Vorfälle könnten von Maoist:innen verübt worden sein, doch ihre Identität wurde noch nicht offiziell bestätigt. Wir konzentrieren uns darauf, denen eine Stimme zu geben, die keine haben.

## 6. August 2020 (eineinhalb Stunden): Ankunft um 11:15 Uhr

**NIA:** *Ich bin gekommen, um mich nach einem Fall zu erkundigen und werde mich dann wieder verabschieden.*

**Stan:** Bitte fahren Sie fort.

**NIA:** *Auf Ihrem Computer befindet sich ein Ordner mit dem Titel „Earth Summit“, der eine Datei enthält, in der die Kommunikation zwischen zwei Mitarbeitenden von Lok Manch beschrieben wird. Zu folgenden Punkten möchte ich Sie um Klarstellung bitten: In dem Brief heißt es: (1) Da der indische Staat immer mehr zum Faschismus tendiert, müssen wir uns mit verbotenen Gruppierungen zusammentun, um dem entgegenzuwirken. (2) Dafür werden Mittel in Höhe von mindestens 6 bis 10 Millionen Dollar benötigt. (3) All diese Arbeiten werden unter der Leitung von Pater Stan durchgeführt.*

**Stan:** Das ist Unsinn! Ich distanziere mich von diesem Brief und den darin getroffenen Aussagen. Es handelt sich um eine gefälschte Datei, die heimlich auf meinen Computer eingeschleust wurde. Wir sind eine religiöse Gemeinschaft. Sie haben diesen Ort gesehen und wie wir leben. Wozu braucht es da noch weitere Erklärungen?

(Der Verhörende begann, ausführlich zu erklären, wie das Klonen von Dokumenten funktioniert. Er bat seinen Assistenten, der eine Kamera in der Hand hielt, den Prozess des Klonens zu schildern. Ich hörte mir alles an und erinnerte sie schließlich noch einmal an das, was ich zuvor bereits gesagt hatte, als sie die Integrität der NIA zur Sprache brachten.)

**NIA:** *Man hat mich gebeten, herauszufinden, ob die für die Aktivitäten des Lok Manch (LM) vorgesehenen Mittel an ultralinke Aktivist:innen geflossen sind. Was sagen Sie dazu?*

**Stan:** Weder ich noch *Bagaicha* haben etwas mit ultralinken Aktivist:innen zu tun. *Bagaicha* ist ein Ort für

arme Adivasi und Dalits, und nicht für Menschen, die Sie als „ultralinks“ bezeichnen würden. Über das LM-Projekt weiß ich nur, dass es verschiedene Aktivitäten durchführt. Ich bin nicht daran beteiligt. Es handelt sich um ein zentral koordiniertes Projekt. Es gibt einen Mitarbeiter, der Ihnen einige Details zu den Aktivitäten von LM geben kann.

**NIA:** *Wer ist diese Person?*

**Stan:** Sein Name ist Solomon. Er ist gerade nicht hier. Er ist nach Hazaribagh gefahren, das etwa 100 Kilometer von Ranchi entfernt liegt. Er sagte, er sei auf dem Rückweg. Sie können mit ihm sprechen, wenn er zurückkommt.

**NIA:** *Kann ich Ihren Reisepass sehen?*

(Stan gab ihm seinen Reisepass. Der Verhörende blätterte ihn durch. Dann wies er seinen Assistenten an, ein Foto davon zu machen. Nachdem er ihn sich angesehen hatte, fragte er mich, warum ich ihm nicht früher von meiner Reise nach China erzählt hätte.)

**Stan:** Ich habe Ihnen die Länder genannt, in denen ich mich länger aufgehalten habe, um bestimmte Arbeiten zu erledigen. Durch welche Länder ich nur gereist bin, habe ich Ihnen hingegen nicht gesagt. Mein Besuch in China glich eher einer touristischen Reise. Deshalb habe ich Ihnen davon nichts erzählt.

Der Ermittler bestand darauf, den Verhörprozess geheim zu halten. Der Beamte reagierte überaus empfindlich, wenn Fremde den Raum betraten. Jedes Mal, wenn jemand vorbeikam, wollte er wissen, wer das war. So auch, als er auf Student:innen zeigte, die auf dem Weg zum Lesesaal waren. Der Beamte bestand vehement darauf, dass der gesamte Verhörprozess vertraulich bleiben müsse. Ich entgegnete, dass es sich um eine öffentliche Handlung handele, die der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden müsse, genauso wie bei den beiden anderen Personen, die kürzlich von der NIA verhört worden waren. Der Ermittler erwiderte darauf jedoch: „Ich weiß nicht, was anderswo passiert ist, aber hier möchte ich nicht, dass etwas über diese Angelegenheit nach außen dringt.“

Der Ermittler des NIA sagte mir, er werde einen Bericht über das Verhör verfassen. Die endgültigen Schlussfolgerungen würden jedoch die Vorgesetzten ziehen. Wie diese ausfallen und welche Maßnahmen daraufhin ergriffen werden, ist völlig unklar.

**Stan Swamy SJ.**

# 13

## Im Falle einer Verhaftung zu veröffentlichen

Vom Versuch, unschuldige Untersuchungshäftlinge zu befreien, bis zur Erfahrung, selbst einer zu werden

**Hiermit möchte ich in Widerstand und Entschlossenheit alle darüber informieren, dass ich ab dem Zeitpunkt meiner Verhaftung weder essen noch trinken werde, also auch kein Wasser. Dadurch wird mein Leben schnell enden.**

**I**ch bitte demütig darum, meinen Leichnam der nächstgelegenen medizinischen Hochschule bzw. dem nächstgelegenen Krankenhaus für medizinische Forschung und wissenschaftliche Studien zu übergeben.

Ich wünsche mir, dass diese Handlung als Ausdruck meiner Ablehnung und meines Protests verstanden wird. Sie richtet sich:

1. gegen die zunehmende autokratische Regierungsführung in unserem Land, welche den demokratischen, säkularen und sozialistischen Charakter der indischen Verfassung untergräbt, sowie den mutwilligen Verkauf der natürlichen Ressourcen des Landes an bevorzugte Konzerne. Dadurch geraten die Massen immer tiefer in die Armut;
2. gegen die Unterdrückung der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, die zu vorsätzlichen Verhaftungen von Autor:innen, Dichter:innen, Rechtsanwält:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und Studierendenanführer:innen führt. Sie müssen in Gefängnissen schmachten, nach drakonischen Gesetzen, nach denen ihnen eine Kautionskaution verweigert wird;
3. gegen die willkürlichen Verhaftungen Tausender junger Adivasi/Moolvasi, die ihre verfassungsmäßigen, gesetzlichen und rechtsstaatlichen Rechte geltend gemacht haben. Sie werden unter sehr schlechten Bedingungen in überfüllten Gefängnissen festgehalten und warten auf den Beginn ihrer Prozesse;

4. gegen die irrationale, kaltherzige und plötzlich verhängte Ausgangssperre, die ohne jegliche Planung oder Vorbereitung verkündet wurde und Millionen von Wanderarbeiter:innen unbeschreibliches Leid zugefügt hat – alles im Namen der Eindämmung des tödlichen Virus.

### **Welches Verbrechen habe ich denn angeblich begangen, das eine Festnahme rechtfertigt?**

In den letzten drei Jahrzehnten habe ich versucht, mich mit der Adivasi-Bevölkerung und ihrem Kampf um Würde und Selbstachtung zu identifizieren. In meiner Rolle als Autor habe ich die verschiedenen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, analysiert. Dabei habe ich meine Ablehnung gegenüber verschiedenen Regierungsmaßnahmen und Gesetzen, die gegen die indische Verfassung verstoßen, deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich habe die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Gerechtigkeit verschiedener Handlungsschritte der Regierung sowie der herrschenden Klasse infrage gestellt.

1. **Ich habe die Nichtumsetzung des Verfassungszusatzes *Fifth Schedule* (indische Verfassung, Artikel 244(1)) infrage gestellt.** Dieser sieht die Einrichtung eines *Tribes Advisory Council* (TAC) vor, das sich ausschließlich aus Angehörigen der Adivasi zusammensetzt und den/die Gouverneur:in des Bundesstaates in allen Fragen des Schutzes, des Wohlergehens und der Entwicklung der Adivasi-Bevölkerung im Bundesstaat berät.
2. **Ich habe gefragt, warum der *Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act* (PESA) von 1996 völlig ignoriert wurde.** In diesem Gesetz wird erstmals

anerkannt, dass die Adivasi-Gemeinschaften in Indien über eine reiche soziale und kulturelle Tradition der Selbstverwaltung durch die *Gram Sabhas* (Dorfversammlungen) verfügen.

**3. Ich habe meine Enttäuschung über das Schweigen der Regierung zum Samatha-Urteil des Supreme Court aus dem Jahr 1997 (Zivilberufungsverfahren Nr. 4601-2/ 1997) zum Ausdruck gebracht.** Gemäß diesem Urteil sollten den Adivasi wichtige Schutzmaßnahmen gewährt werden, um die Gewinnung von Bodenschätzen auf ihrem Land zu kontrollieren und ihre lokale Wirtschaft zu stärken.

**4. Ich habe lautstark gegen das halbherzige Vorgehen der Regierung im Hinblick auf den *Forest Rights Act* von 2006 protestiert.** Mit diesem Gesetz sollten historische Ungerechtigkeiten beseitigt werden, unter denen die Adivasi und andere traditionelle Waldbewohner:innen gelitten haben.

**5. Ich habe gefragt, warum die Regierung der Anordnung des Supreme Court – „Der/die Eigentümer:in des Bodens ist auch Eigentümer:in der Bodenschätze“ (Zivilsache Nr. 4549 von 2000) – nicht nachkommt** und weiterhin Kohleblöcke an Industrielle versteigert, ohne den Grundbesitzer:innen ihren rechtmäßigen Anteil zuzugestehen.

**6. Ich habe meine Bedenken hinsichtlich der jüngsten Novellierung des *Land Acquisition Act* 2013 durch die Regierung von Jharkhand geäußert. Meiner Meinung nach bedeutet diese Gesetzesänderung den endgültigen Niedergang der Adivasi.** Sie hebt die Verpflichtung zur Durchführung einer Sozialverträglichkeitsprüfung auf und ermöglicht es der Regierung, auch landwirtschaftlich genutzte Flächen für andere Vorhaben freizugeben.

**7. Ich lehne die Einrichtung einer „Land Bank“ kategorisch ab. Ich betrachte dies als den jüngsten Versuch der Regierung, die Adivasi auszulöschen.** Die Regierung behauptet, sämtliches *Gair-Majurwa*-Land (Allmende) gehöre ihr und sie könne es frei an

jede:n, also an Industrieunternehmen, vergeben, um dort kleine und große Betriebe zu errichten.

**8. Ich habe die willkürliche Verhaftung Tausender junger Adivasi bzw. Moolvasi angeprangert. Sie wurden als „Naxalit:innen“ bezichtigt, nur weil sie die ungerechte Enteignung ihres Landes und ihre Vertreibung infrage gestellt und sich dagegen gewehrt haben.** Ich habe rechtliche Schritte gegen den Bundesstaat Jharkhand eingeleitet und beim High Court eine Klage im öffentlichen Interesse (PIL) eingereicht. In dieser Klage fordere ich, dass: (i) alle Untersuchungshäftlinge gegen Kautions- oder eine persönliche Bürgschaft freigelassen werden, (ii) die Gerichtsverfahren beschleunigt werden, da die meisten Häftlinge mit Sicherheit freigesprochen würden, (iii) eine gerichtliche Kommission eingesetzt wird, um zu untersuchen, warum sich die Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit verzögern, und (iv) die Polizei dem Antragsteller alle erforderlichen Informationen über die Untersuchungshäftlinge vorlegt. Mehr als zwei Jahre sind seit Aufnahme des Klageverfahrens vergangen, doch die Polizei hat bis heute nicht alle erforderlichen Informationen über die Untersuchungshäftlinge vorgelegt. Ich glaube, dass dies der Hauptgrund dafür ist, dass der Staat mich zum Schweigen bringen

will. Der naheliegendste Weg dafür ist, mich in schwerwiegende Fälle zu verwickeln und das Gerichtsverfahren zu verzögern, sodass den armen, zu Unrecht inhaftierten Adivasi keine Gerechtigkeit widerfährt.

Das sind die Fragen, die ich immer wieder aufgeworfen habe.

Wenn mich das zu einem *Desh Drohi* (in etwa: Landesverräter) macht, der eine lebenslange Haftstrafe verdient, dann sei es so!

**Stan Swamy**

[Nach Rücksprache mit seinen Mitbrüdern im Jesuitenorden und seinen Adivasi-Freund:innen entschied sich Stan später, ein „Gefangener aus Gewissensgründen“ zu werden – Anm. Red. d. engl. Ausgabe]



Die Trauerfeier für Stan Swamy wurde am 6. Juli 2021 in der *St. Peter's Church* in Bandra (Mumbai) abgehalten.

Bild © Indian Social Institute Bangalore

# 14

## Gefängnis-Tagebuch und Gedichte

Lieber Joe, lieber Solo,

ich hoffe, euch geht es allen gut.

Ich möchte euch mitteilen, dass ich trotz einiger Beschwerden bei guter Gesundheit bin. Einige Mitgefangene sind mir sehr behilflich. Angesichts meines Alters und meiner Unfähigkeit, mich an die Haftbedingungen anzupassen, wurde mir ein Assistent zur Seite gestellt, der mir dabei hilft, mobil zu bleiben. Ich habe eine Einzelzelle mit Toilette bezogen und bekomme eine einfache Spezialdiät. Ich habe Zugriff auf einige Zeitschriften und Magazine. Meine Zeit verbringe ich mit Lesen, Beten und in Gesprächen mit anderen Gefangenen. Da es hier kalt ist, habe ich um warme Kleidung gebeten. Ich hoffe, dass die Gefängnisleitung mir diese genehmigt, damit ich mich vor der Kälte schützen kann.

Ich sitze zu Unrecht im Gefängnis für Vergehen, die ich nicht begangen habe. Wenn dies Gottes Wille ist, so sei es. Ich hoffe, dass die Wahrheit siegt und ich bald gegen Kautionsfreikomme. Ich habe eure Grüße und Gebete durch einen jesuitischen Kollegen erhalten, mit dem ich am Sonntagmorgen, dem 25. Oktober, telefoniert habe. Ich darf nur alle 15 Tage einen Anruf tätigen. Bitte denkt weiterhin an mich und all meine Freunde hier im Gefängnis.

Was meine Familie, andere Angehörige und Freund:innen betrifft, so schlage ich vor, sich im Ernstfall an meinen Neffen Kumar Alex in Chennai zu wenden. Er wird meine Angehörigen und Freund:innen nach eigenem Ermessen über alles informieren, was mitgeteilt werden muss. Der vor uns liegende Leidensweg ist lang, und wir müssen ihn gemeinsam bis zum Ende gehen – mit der gegenseitigen Fürsorge und Solidarität, die uns verbindet.

Stan Swamy

Liebe Freund:innen,

Friede!

Auch wenn ich kaum Einzelheiten kenne, danke ich euch allen für eure Solidarität und Unterstützung. Ich teile mir eine etwa 4 x 2,5 Meter große Zelle mit zwei anderen Häftlingen. Es gibt ein kleines Badezimmer mit einer Toilette im indischen Stil. Glücklicherweise habe ich einen westlichen Toilettenstuhl bekommen. Varavara Rao, Vernon Gonsalves und Arun Ferreira sind in einer anderen Zelle untergebracht. Wir treffen uns tagsüber, wenn die Zellen und Baracken geöffnet sind. Von 17:30 Uhr bis 6:00 Uhr und von 12:00 Uhr bis 15:00 Uhr bin ich mit meinen beiden Mitinsassen in unserer Zelle eingesperrt. Arun hilft mir beim Frühstück und Mittagessen. Vernon hilft mir beim Waschen. Beim Abendessen und beim Wäschewaschen helfen mir meine beiden Zellengenossen. Außerdem massieren sie meine Kniegelenke. Sie stammen aus sehr armen Familien. Bitte schließt meine Mitinsassen und meine Kollegen in eure Gebete ein. Trotz aller Widrigkeiten, die es im Gefängnis von Taloja zweifellos gibt, blüht dort die Menschlichkeit auf.

Mit solidarischen Grüßen, Stan

### Lüge, Lüge, Lüge

– Eine Schikane folgt der anderen

30. September 2020: Mein Kollege Solo erhält einen Anruf vom Superintendent of Police (SP) der NIA in Mumbai. Dieser bittet ihn, mich am Montag zur weiteren Befragung nach Mumbai zu bringen. Solo teilt ihm mit, dass dies aufgrund meines Alters und Gesundheitszustands nicht möglich ist. Daraufhin bittet der SP Solo, meine medizinischen Unterlagen einem Mitarbeiter der NIA in Ranchi zu übergeben.

6.–8. Oktober: Wir bereiten meine medizinischen Unterlagen vor und versuchen vergeblich, den Mitarbeiter der NIA zu erreichen.

8. Oktober, 20:00 Uhr: Ein NIA-Team, begleitet von Polizeikräften, trifft in *Bagaicha* ein. Sie fordern mich auf, sie in ihr Büro zu begleiten, um mit einem ihrer Beamten vier oder fünf Punkte zu klären ... Sie nehmen mich gewaltsam mit. Als wir das Büro erreichen, teilen sie mir mit, dass ich verhaftet worden sei! ... Es werden einige Formulare ausgefüllt, die mein Anwalt unterschreibt. Ich frage nach dem Beamten, der mich befragen soll ... Sie sagen mir, er werde am nächsten Tag um 11 Uhr kommen ... Ich weigere mich, zu essen, lege mich auf eine Matte und versuche zu schlafen.

9. Oktober: Während alle frühstücken, weigere ich mich, etwas zu essen... Gegen 7 Uhr sagen sie zu mir: „Gehen Wir!“... Ich frage: „Wohin?“ „Nach Mumbai“. ... In der Zwischenzeit hatten zwei meiner jesuitischen Kollegen eine kleine Tasche mit einigen Kleidungsstücken gebracht.... Ich frage die NIA-Männer: „Wo ist der Beamte, der mich befragen soll?“ ... Sie antworten mir, das geschehe in Mumbai... Sie bringen mich gegen meinen Willen mit dem Flugzeug dorthin. Auf dem Weg vom Flughafen sage ich den NIA-Männern, dass ich den Superintendent of Police treffen wolle... Sie entgegnen mir, ich könne ihn bei Gericht treffen... Bei der Ankunft weisen sie mich auf ihn hin. Ich gehe ruhig auf ihn zu, um ihn zu begrüßen, und er sagt mir, der Richter werde mich anhören.

### Liebe Freund:innen,

vielen Dank für die solidarische Unterstützung,

die mir und meinen Mitbeschuldigten von so vielen Menschen entgegengebracht wird. Ich bin wirklich dankbar.

Die Gefängnisverwaltung stellt Frühstück, Tee, Milch sowie Mittag- und Abendessen bereit. Zusätzliche Lebensmittel können zweimal pro Monat in der Gefängniskantine erworben werden. Dort gibt es außerdem Zeitungen, Hygieneartikel, Schreibwaren und andere Dinge des täglichen Bedarfs. Meine Bedürfnisse sind überschaubar. Die Adivasi und der Jesuitenorden haben mir ein einfaches Leben gelehrt.

Ich hatte einen Schnabelbecher zum Trinken von Tee und Wasser dabei. Dieser wurde mir jedoch am 9. Oktober beim Betreten des Gefängnisses abgenommen. Seitdem benutze ich einen Baby-Trinkbecher, den ich über das Gefängnis Krankenhaus erworben habe. Ich habe unseren Anwälten diesen Bedarf mitgeteilt. Allerdings warte ich immer noch darauf, den Trinkbecher zu erhalten.

Varavara Rao ist sehr krank. Bitte betet für ihn. Die Lebensgeschichten der mittellosen Gefangenen zu hören, ist meine Quelle der Freude in Taloja. Ich sehe Gott in ihrem Leid und ihrem Glück.

Grüße, Stan

### Lieber Joe,

ich habe einige Briefe von dir erhalten. Vielen Dank für deine Solidaritätsbekundungen. Wie du weißt, bereitet mir das kalte Klima Probleme. Ich hatte um einen Pullover mit langen Ärmeln, eine dünne Decke und zwei Paar Socken gebeten. Es tut mir leid zu hören, dass diese Sachen am Gefängnistor nicht akzeptiert wurden und die Person, die sie gebracht hat, sie nicht nur einmal, sondern gleich drei Mal wieder mitnehmen musste. Es tut mir leid, dass ich diesen Ärger verursacht habe. Ich habe mit den Verantwortlichen des Gefängnisses und des Krankenhauses persönlich gesprochen, und sie haben mir erlaubt, die Sachen entgegenzunehmen. Wenn das nächste Mal jemand diese Sachen bringt, hoffe ich, dass die Bediensteten sie akzeptieren und mir aushändigen.

Ich hatte Arun Ferreira und Vernon Gonsalves zuvor noch nie getroffen. Ich hatte erst in der Zeitung von ihnen gelesen, als sie verhaftet wurden. Sie sind nun meine neuen Weggefährten auf meinem Streben nach Gerechtigkeit für die Armen. Ich bitte dich, für sie und ihre Familien zu beten. Ich betrachte meine Haft als Gelegenheit, meinen letzten Lebensabschnitt mit vielen unschuldigen Häftlingen zu verbringen. Möge „Glaube, der Gerechtigkeit schafft“ im Sinne der jesuitischen Lebensweise Wirklichkeit werden.

Grüße, Stan

### Lieber Joe, lieber Mihir,

ich habe die von der NIA eingereichte Erwiderung gelesen. Einige Absätze konnte ich nicht verstehen, da mir keine Kopie des Antrags auf Freilassung gegen Kautionsvorlage, den meine Anwälte eingereicht haben. Auch die anschließend eingereichte Gegenerwiderung kenne ich nicht. Daher sind mir lediglich die in der Erwiderung der NIA vorgebrachten Punkte bekannt.

Es gibt zwei Organisationen, denen ich verbunden bin und gegen die der Staat falsche Anschuldigungen erhebt: *Vistapan Virodhi Jan Vikas Andolan (VVJVA)* und *Persecuted Prisoners Solidarity Committee (PPSC)*.

In Absatz 24 der Erwiderung der NIA wird die VVJVA als Vorfeldorganisation der CPI (Maoist) bezeichnet. Bei der VVJVA handelt es sich um eine offen agierende Organisation, deren Mitglieder Adivasi- und Dalit-Bäuerinnen und -Bauern sind. Diese haben entweder bereits ihr Land verloren und wurden vertrieben, oder ihnen wurde mitgeteilt, dass ihr Land enteignet werden soll, sodass sie von Vertreibung bedroht sind. Wird der VVJVA ein solcher Fall vorgelegt, recherchieren ihre Mitglieder alle damit zusammenhängenden Fakten, insbesondere im Hinblick auf die spezifischen Gesetze und Verfassungsbestimmungen, die dem Schutz der Rechte der Adivasi dienen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob bei der Landnahme die *Fifth Schedule* der Verfassung sowie die gesetzlichen Bestimmungen des PESA-Gesetzes von 1996 und des FRA-Gesetzes von 2006 eingehalten wurden. Oft hält sich die zuständige Behörde bei der Landnahme nicht an diese Bestimmungen. An dieser Stelle schaltet sich die VVJVA ein und weist die Regierungsbeamten auf die Mängel bei der Umsetzung hin. Die VVJVA misst der Frage, ob die jeweiligen *Gram Sabhas* (Dorfversammlungen) ihre Zustimmung erteilt haben, große Bedeutung bei. In einigen Fällen sind die Regierungsbeamten auf die vorgebrachte Kritik eingegangen, in anderen Fällen wurde diese hingegen ignoriert. In solchen Fällen macht die VVJVA die Öffentlichkeit über die Medien aufmerksam, in der Hoffnung, dass dies Druck auf die Verwaltung ausübt und sie zum Handeln bewegt.

In Absatz 24 wird außerdem behauptet, ich hätte an einer Sitzung der VVJVA in Kalkutta teilgenommen. Das ist nicht wahr. Ich war nach Kalkutta gereist, um an einer Sitzung eines Koordinierungsausschusses von Menschenrechtsorganisationen teilzunehmen.

In Absatz 24 wird zudem darauf hingewiesen, dass die *People's Union of Civil Liberties* (PUCL) eine Vorfeldorganisation der CPI (Maoist) sei. Dies wurde in der Anklageschrift an keiner Stelle erwähnt.

In Absatz 26 wird ferner behauptet, auch das PPSC sei eine Vorfeldorganisation der CPI (Maoist). In den Jahren 2014 und 2015 wurden junge Männer und Frauen, die sich gegen ihre Vertreibung wehrten, willkürlich festgenommen und inhaftiert – unter dem Vorwurf, Maoist:innen zu sein. Dies betraf nicht nur Jharkhand, sondern auch

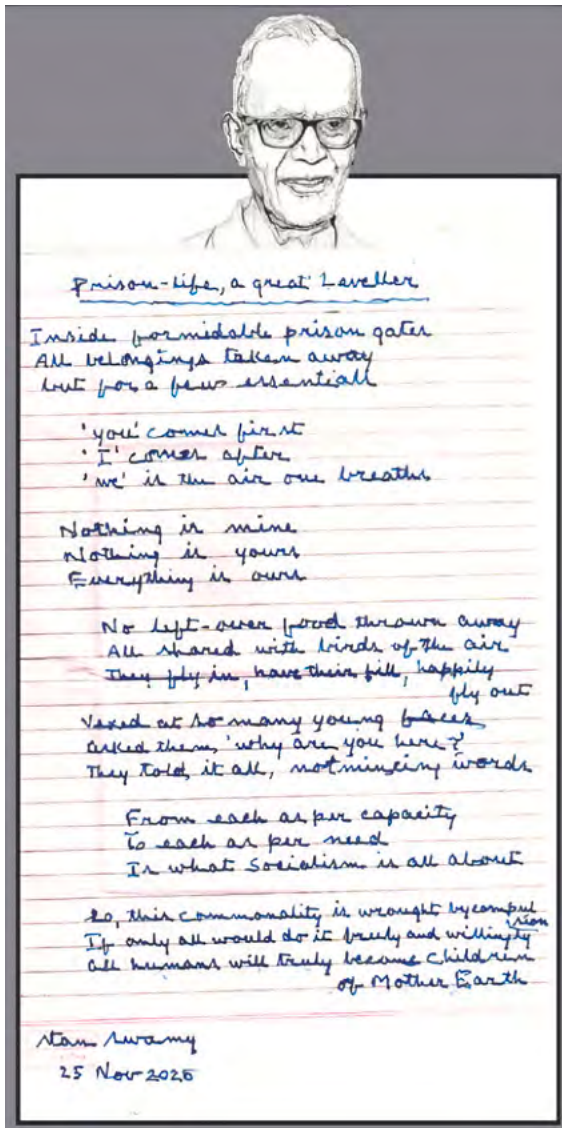


Bild © Indian Social Institute Bangalore

Bundesstaaten mit einem hohen Anteil an Stammesbevölkerung, wie Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Odisha und Westbengalen. Ende 2015 trafen sich rund 70 Anwäl:innen und Aktivist:innen aus diesen Bundesstaaten in Ranchi, um zu beraten, wie rechtlich in die Situation eingegriffen werden könne. Sie nannten dieses Kollektiv PPSC. Sie beschlossen zunächst, Studien mit Untersuchungshäftlingen in den genannten Bundesstaaten durchzuführen. Eine ähnliche Untersuchung war bereits von *Bagaicha* durchgeführt worden. Auf der Grundlage dieser Studie sollten anschließend rechtliche Schritte eingeleitet werden. Das PPSC ist somit eine spontane Initiative besorgter Bürger:innen und keine Initiative der CPI (Maoist).

In Absatz 30 wird erwähnt, dass gegen mich ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Es handelt sich um ein Verfahren, das im Zuge der *Pathalgadi*-Bewegung eingeleitet wurde. Die derzeit amtierende JMM<sup>1</sup>-Kongress-Regierung des Bundesstaates Jharkhand hat jedoch bei ihrem Amtsantritt in einer Kabinettsitzung beschlossen, alle *Pathalgadi*-Verfahren einzustellen. Obwohl die Entscheidung bereits gefallen ist, steht die tatsächliche Umsetzung noch aus. Bitte informiert euch über die neuesten Entwicklungen in dieser Angelegenheit und teilt diese den Anwäl:innen in Mumbai mit.

In Absatz 32 wird mir vorgeworfen, einen Protest gegen die *Operation Green Hunt* angeführt zu haben. Ein solcher Protest fand statt, und zwar mit Genehmigung der Polizei. Daher war er nicht rechtswidrig.

In Absatz 34 wird *Bagaicha* erwähnt. Ich möchte noch einmal betonen, dass es sich dabei um eine von der katholischen Kirche gegründete Organisation handelt, die deren Ziele und Aufgaben verwirklicht.

Abschließend möchte ich die folgenden in der Erwiderung genannten Punkte entschieden zurückweisen und dementieren:

- dass VVJVA und PPSC Vorfeldorganisationen der CPI (Maoist) sind,
- dass die auf meinem Computer gefundenen Briefe und Dokumente von mir dort gespeichert oder von mir angesehen wurden. Tatsächlich wurden sie auf meinem Computer platziert.
- dass ich 800.000 Rupien von einem gewissen Genossen Mohan von der CPI (Maoist) erhalten habe.

Ich hoffe, dass diese Klarstellungen hilfreich sind.

<sup>1</sup> *Jharkhand Mukti Morcha* (JMM; *Jharkhand Liberation Front*) – Anm. d. Red.

### Liebe Freund:innen,

vielen Dank für eure große Sorge um mein Wohlergehen. Die Gefängnisleitung hat sich sehr rücksichtsvoll verhalten. Vor kurzem habe ich eine Schnabeltasse bekommen, aus der ich nun Wasser und Tee trinke.

Als ich am 8. Oktober von der NIA abgeholt wurde, teilte man mir mit, dass ich mich mit einem/ einer Ermittler:in im Büro der NIA in Ranchi treffen müsse, um fünf oder sechs Fragen zu beantworten. Da ich ihnen vertraute, begleitete ich sie, ohne etwas mitzunehmen. Als wir das Büro der NIA erreichten, wurde mir mitgeteilt, dass ich verhaftet worden sei. Das überraschte mich nicht. Die Beamt:innen taten ihre Pflicht, so wie es ihnen aufgetragen worden war. Gegen 23 Uhr brachten mir meine jesuitischen Mitbrüder auf Anweisung von NIA-Bediensteten eine Tasche und überreichten sie mir. In der Tasche befanden sich Kleidung, eine Schnabeltasse, Medikamente sowie meine Briefftasche mit etwas Bargeld und meinem Original-Wählerausweis. Ich hatte diese Tasche bei mir, als ich nach Mumbai reiste. Als ich ins Taloja-Gefängnis gebracht wurde, wurde sie mir jedoch nicht ausgehändigt. Sie befindet sich vermutlich entweder bei der NIA oder bei der Gefängnisleitung und ist dort in sicherer Obhut.



Pater Joe SJ und Pater Stan SJ am *Indian Social Institute* in Bangalore.

Bild © Indian Social Institute Bangalore

Liebe Freund:innen, es ist Adventszeit. Da Weihnachten näherrückt, lasst uns dafür beten, dass Jesus dieses Jahr im Gefängnis von Taloja geboren wird.

Grüße, Stan

### MEINE REFLEXION

Zunächst einmal bin ich zutiefst dankbar für die überwältigende Solidarität, die mir viele in den vergangenen 100 Tagen, die ich hinter Gittern verbracht habe, entgegengebracht haben. Diese Nachrichten haben mir manchmal unermessliche Kraft und Mut gegeben – besonders, da im Gefängnis das Einzige, was sicher ist, die Ungewissheit ist. Hier wird das Leben von Tag zu Tag gelebt. In den letzten hundert Tagen habe ich auch dadurch Kraft geschöpft, dass ich die Notlage der Untersuchungshäftlinge in den Blick genommen habe. Die meisten von ihnen stammen aus wirtschaftlich und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Viele dieser mittellosen Untersuchungshäftlinge wissen nicht, welche Vorwürfe gegen sie erhoben wurden. Sie kennen die Anklageschriften nicht und sitzen oft über Jahre hinweg ohne jegliche rechtliche oder sonstige Unterstützung im Gefängnis. Insgesamt sind fast alle Untersuchungshäftlinge gezwungen, mit dem Nötigsten auszukommen – unabhängig davon, ob sie reich oder arm sind. Dadurch entsteht ein Gefühl der Verbundenheit und des Gemeinschaftssinns, das es ermöglicht, sich in schwierigen Zeiten gegenseitig zu unterstützen. Wir, die 16 gemeinsam Beschuldigten,<sup>1</sup> können uns allerdings nicht treffen, da wir in verschiedenen Gefängnissen bzw. in verschiedenen „Abteilungen“ desselben Gefängnisses festgehalten werden. Aber wir werden trotzdem im Gleichklang singen. *Selbst ein Vogel im Käfig kann singen.*

Mit solidarischen Grüßen, Stan

---

<sup>1</sup> Er bezieht sich hier auf seine 15 Mitbeschuldigten im Fall Bhima Koregaon, die im Rahmen einer breit getragenen Solidaritätskampagne oft als „BK16“ bezeichnet werden – Anm. d. Red.

Liebe alle,

ihr habt alle die Hoffnung geäußert, dass ich bald freigelassen werde. Auch wenn das an sich wünschenswert sein mag, frage ich mich langsam, ob es angemessen wäre. Ich habe alle meine Mitbeschuldigten kennengelernt, die in diesem Gefängnis untergebracht sind. Sie sind allesamt äußerst wertvolle Menschen, die sich mit ganzer Kraft für die Belange Benachteiligter eingesetzt haben. Obwohl sie bereits seit mehr als zwei Jahren in Haft sind, ist es ihnen nicht gelungen, gegen Kautionsfreilassung zu werden. Ich bin die sechzehnte und letzte Person, die in diesem Fall verhaftet wurde. Ich glaube, dass meine Freilassung nur dann gerechtfertigt wäre, wenn sie anderen die Möglichkeit eröffnen würde, auch eine Kautionsfreilassung zu erwirken.

Mit solidarischen Grüßen, Stan

**„Auch wer nur dasteht und wartet, leistet seinen Beitrag.“ (John Milton, Dichter)**

**Stans Antrag auf Freilassung gegen Kautionsfreilassung wurde auf den 11. März vertagt.**

Liebe alle,

bitte verzeiht mir, dass ich mich an euch alle gemeinsam wende, denn ich habe für jeden von euch dieselbe Botschaft. Fast alle, die mir schreiben, äußern den Wunsch, dass ich „so bald wie möglich“, „sofort“ oder „ohne weitere Verzögerung“ aus dem Gefängnis entlassen werde.

Abgesehen davon, dass die Mühlen der Justiz sehr langsam mahlen, sind alle 16 von uns in schwere Vorwürfe wie staatsgefährdende Aktivitäten (Sedition) und den *Unlawful Activities (Prevention) Act* (UAPA) verwickelt. Bei solchen Vorwürfen ist es äußerst schwierig, auf Kautionsfreilassung zu kommen. Dennoch geben unsere Anwält:innen ihr Bestes. Wir warten also auf den 11. März, die „Iden des März“.<sup>1</sup>

Zwar nimmt die Zahl der Festnahmen wegen staatsgefährdender Aktivitäten (Sedition) zu, doch die Verurteilungsquote liegt lediglich bei drei Prozent. Von den 5922 Festnahmen, die zwischen 2016 und 2019 auf Grundlage des UAPA durchgeführt wurden, führten nur 132 zu Verurteilungen (Quelle: *Times of India*, 17.02.2021). Unsere Gefängnisse platzen aus allen Nähten. Infolgedessen werden den Gefangenen selbst die elementarsten Annehmlichkeiten vorenthalten.

Das war's für den Moment.

Mit immer solidarischen Grüßen, Stan

Vorlesung zu Migration im September 2025.

Bild © Center for Study of Society and Secularism, Mumbai

<sup>1</sup> Die „Iden des März“ sind eine Metapher für bevorstehendes Unheil und beziehen sich auf die Ermordung Caesars am 15. März 44 v. Chr. Der Ausdruck steht für einen Wendepunkt oder ein überraschendes Ereignis und wird häufig im Zusammenhang mit Intrigen und Verrat verwendet – Anm. d. Red.

Lieber Joe, lieber Solo,

vielen Dank für eure sehr beruhigenden Briefe.

Joe, ich habe das Geld, die Medikamente und das Buch erhalten. Vielen Dank. Das Buch weckt das Interesse vieler Leute.

Solo, ich warte noch auf eine Rückmeldung zu unserem Vorschlag, einige Adivasi-Schulkinder mit dem Preisgeld zu unterstützen. Es tut mir leid, dass ich diesen Vorschlag ausgerechnet zu der Zeit gemacht habe, als du so stark von der NIA unter Druck gesetzt wurdest. Ich hoffe sehr, dass diese schwierige Zeit nun überstanden ist. Danke, dass du dich dieser Herausforderung gestellt hast!

Vielen Dank auch an Pater Stany von POSA für seine wohlüberlegte Pressemitteilung, in der er die Rolle unserer engagierten Anwäl:innen würdigt. Auch wenn wir diesmal in erster Instanz keinen Erfolg hatten, sind wir zuversichtlich, vor dem High Court Recht zu bekommen.



Zudem möchte ich Joe noch einmal höflich an die Strafanzeige gegen unseren Helfer Mohd Shabir erinnern. Der arme Mann sitzt seit über fünf Jahren im Gefängnis, ohne zu wissen, warum.

Bitte richtet allen unseren Mitbrüdern im Jesuitenorden sowie den Mitarbeiter:innen, Kolleg:innen und Freund:innen in *Bagaicha* und am ISI Bangalore meine herzlichen Grüße aus.

Immer solidarisch, Stan

Versammlung mit Stan Swamy.

Bild © Indian Social Institute Bangalore

Lieber Joe, lieber Solo,

da ihr mir die Entscheidung überlassen habt, was mit dem Preisgeld [Stan wurde der mit einer Urkunde und 25.000 Rupien dotierte *Mukundan-C.-Menon*-Menschenrechtspreis verliehen – Anm. Red. d. engl. Ausgabe] geschehen soll, sucht bitte ein paar Kinder aus, deren Väter im Gefängnis sitzen, weil sie sich für die Rechte der Adivasi eingesetzt haben. Organisiert eine kleine Feier und übergibt ihnen das Geld. Ich hoffe, dass dies möglich sein wird.

Immer solidarisch, Stan

# Gedichte

## Zu Neujahr

Möge das neue Jahr  
Ein neues Erwachen bringen  
Uns allen

Möge das neue Erwachen  
Eine Neue Flamme entzünden  
In unseren Herzen

Möge die neue Flamme uns helfen  
Wahrheit von Unwahrheit zu unterscheiden  
Und an der Wahrheit festzuhalten

Möge die Wahrheit uns Mut machen  
Den Mächtigen die Wahrheit zu sagen  
Und bereit zu sein, dafür den Preis zu zahlen

**Stan Swamy**  
(Nach sechsmonatiger Haft)

## Licht, Hoffnung, Liebe – Die neue Ordnung

Licht, das die Dunkelheit verdrängt  
Hoffnung, die die Verzweiflung ersetzt  
Liebe, die den Hass besiegt  
Das ist die Botschaft des auferstandenen Jesu

Dunkelheit und Verzweiflung überkamen mich  
Als das Gericht mich für schuldig befand  
Am Krieg gegen den Staat beteiligt zu sein  
Mir daher keine Kautions gewährte

Doch was waren die Beweise?  
Dokumente,  
die auf meinem Computer platziert wurden  
Angeblich an mich adressiert  
Ohne mein Wissen

Die anderen Mitbeschuldigten versicherten mir  
Solch eine Anschuldigung sei nichts Neues  
Auch sie hatte man auf ähnliche Weise beschuldigt  
Ich fand Trost, ihrer guten Gesellschaft gewiss zu sein

Doch wir werden bis zum Ende kämpfen  
Nicht, um unsere Haut zu retten  
Sondern, um den Mächtigen die Wahrheit zu  
offenbaren

Seid gewiss, in unseren Gedanken und Herzen, bei uns  
zu sein.

[Dieses Gedicht wurde am 7. April von Stan Swamy, einen Tag vor seiner Einweisung in das *Holy Family Hospital* in Bandra, abgeschickt und erreichte Pater Joseph Xavier SJ am 27. Mai – Anm. Red. d. engl. Ausgabe]

## Das Leben im Gefängnis, ein großer Gleichmacher

Hinter den düsteren Gefängnistoren  
Aller Habseligkeiten beraubt  
Bis auf das Nötigste

„Du“ kommt zuerst  
„Ich“ kommt danach  
„Wir“ ist die Luft, die man atmet

Nichts gehört mir  
Nichts gehört dir  
Alles gehört uns

Keine weggeworfenen Essensreste  
Alles mit den Vögeln der Lüfte geteilt  
Sie fliegen herbei, futtern sich satt und glücklich davon

Wie traurig, so viele junge Gesichter zu sehen.  
Auf die Frage: „Warum seid ihr hier?“  
Erzählen sie alles, nehmen kein Blatt vor den Mund

Allen gemäß ihrer Fähigkeiten  
Allen gemäß ihrer Bedürfnisse  
Ist, worum es im Sozialismus geht

Seht, diese aufgezwungene Gemeinsamkeit  
Würde nur jeder sie frei und bereitwillig annehmen  
Wären wir alle wahrhaftige Kinder von Mutter Erde

**Stan Swamy**

[Anmerkung: Das Gefängnis-Tagebuch basiert auf Stans Briefen und seinen Telefongesprächen mit Pater Joseph Xavier SJ aus dem Taloja-Gefängnis – Anm. Red. d. engl. Ausgabe]

## Epilog

„Leben und Tod sind eins, so wie der Fluss und das Meer eins sind.“  
(Khalil Gibran)

In den indigenen Adivasi-Gemeinschaften wird fest daran geglaubt, dass eine verstorbene Person als Geisterwesen zu ihren Nächsten und Liebsten zurückkehrt. Zurück zu den Menschen, mit denen sie ihr Leben geteilt hat, und zu den Gemeinschaften, mit denen sie gegen Ungerechtigkeit gekämpft hat. Um diese „Rückkehr“ zu feiern, versammelt sich wenige Tage nach dem Tod eines Menschen die gesamte Dorfgemeinschaft. Der Dorfpriester ruft den Geist der verstorbenen Person herbei. Er lädt ihn ein, in das Haus der Angehörigen zurückzukehren, Zeuge dessen zu sein, was ihnen widerfährt, und sie auf ihren weiteren Lebenswegen zu leiten und zu begleiten. Anschließend verkündet der Priester, in welcher Form der Geist ins

lienmitglied bei jeder Mahlzeit, zu der sich die Familie versammelt, eine kleine Portion vom Teller, legt sie beiseite und betet, dass die Geister bei ihnen sein mögen, während sie ihren Körper stärken, damit sie ein gesundes Leben führen und zum Wohle ihrer Familien und Gemeinschaften arbeiten können.

Diese Sichtweise findet sich auch in anderen Traditionen wieder. So werden Märtyrer:innen beispielsweise als *Amar* (Jenseits des Todes) bezeichnet. In einigen religiösen Texten wird der Tod zudem so interpretiert, dass sich das Leben wandelt, aber nicht endet. Dieser Gedanke wird in Khalil Gibrans Gedicht „Der Fluss und das Meer“ veranschaulicht:

Wenn das Süßwasser eines Flusses ins Meer fließt, wird es zu Salzwasser. Dabei bleibt das Wesen des Wassers jedoch unverändert. Seine Beschaffenheit mag sich wandeln, sein Wesen bleibt jedoch dasselbe.

Solche Gedanken und Einstellungen haben mich inspiriert. Oft denke ich an all jene, die in meinem Leben eine wichtige Rolle gespielt haben und die Mutter Erde bereits in ihren Schoß aufgenommen hat. Ich spüre ihre Gegenwart bei jedem Schritt und fühle mich

von ihnen geleitet, gestärkt und in unerschütterlicher Solidarität unterstützt.

Ich wünsche mir, dass meine Kolleg:innen, Kamerad:innen und all jene, die ich im Kampf für Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit nach besten Kräften unterstützt habe, mich auf diese Weise in Erinnerung behalten.

Das Leben geht weiter. Möge es uns gelingen, es in vollen Zügen zu genießen!

**Stan Swamy SJ**



Hier ist Stan Swamy bei einer Versammlung inmitten von Adivasi zu sehen. Dieses Foto wurde im Rahmen der Kampagne für seine Freilassung vielfach geteilt und von zahlreichen Medien aufgegriffen.

Bild ©Indian Social Institute Bangalore

Haus zurückgekehrt ist. Es kann sich dabei um eine Pflanze, einen Baum oder ein Tier handeln, mit dem die verstorbene Person während ihres Lebens verbunden war. Danach führt der Priester den Geist zum *Adig*, dem Ort, an dem die Familie ihr Essen zubereitet. Von diesem Moment an nimmt das älteste männliche Fami-

# Glossar

**Aadhaar:** Eine persönliche Identifikationsnummer für alle Bürger:innen Indiens, die u.a. für die Inanspruchnahme sämtlicher Staatsleistungen benötigt wird.

**Aam Sabha:** Vollversammlung

**Adivasi:** Selbst- und Fremdbezeichnung für die indigene Bevölkerung Indiens und angrenzender Länder; die sich etwa mit „erste Siedler:innen“ übersetzen lässt.

**BJP/Bharatiya Janata Party:** Indische Volkspartei. Die im Jahr 1980 gegründete BJP ist eine rechtskonservative, hindu-nationalistische Partei, die ideologisch und organisatorisch eng mit *Hindutva*-Organisationen verbunden ist.

**Chotanagpur Tenancy Act, 1908:** Bis heute geltendes Gesetz zum Schutz der Landrechte der Adivasi in der Bergregion Chotanagpur/Jharkhand.

**Congress – Indian National Congress (INC):** Älteste politische Partei Indiens, die Partei von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru, die bis Ende der 1990er Jahre als die wichtigste gesamtindische Partei galt.

**CPI (Maoist)/Communist Party of India (Maoist):** Verbotenes Parteienbündnis, das 2004 aus dem Zusammenschluss von CPI (ML) *People's War* und *Maoist Communist Centre of India* inklusive deren jeweiligen bewaffneten Einheiten hervorging.

**Dalit:** Der Begriff bedeutet in etwa „zerbrochen“. Heute wird er von Angehörigen politischer und sozialer Emanzipationskämpfe sowie ihren Unterstützer:innen verwendet. In hinduistischen Schriften gelten Dalits als „unrein“ und werden deshalb ausgegrenzt. Früher wurden die Angehörigen dieser Gemeinschaften als „Unberührbare“ degradiert.

**Fifth Schedule:** „Fünfter Anhang“, Bestandteil der indischen Verfassung. Rechtlicher Sonderstatus für Gebiete, in denen die Mehrheit der Bevölkerung als *Scheduled Tribes* registriert ist. Er garantiert Landrechte und verschiedene Formen der (traditionellen) Selbstverwaltung.

**FIR/First Information Report:** Schriftliches Dokument, mit dem Opfer und andere in deren Namen Beschwerden über gerichtlich verfolgbare Vergehen aufgeben. Ein FIR ist eine Voraussetzung, um das indische Strafverfolgungssystem in Gang zu setzen.

**FRA/Forest Rights Act:** Indisches Bundesgesetz; Kurzbezeichnung für den *Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act* von 2006, der die traditionellen Rechte der Adivasi und anderer Waldbewohner:innen anerkennt und sichern soll.

**Gond:** Indigene Gemeinschaft

**Gram Sabha:** Dorfversammlung

**Hindutva:** Die Hindutva-Bewegung ist eine Gegenbewegung zum säkularen Staatsmodell. Ihr Ziel ist die Schaffung einer homogenen Hindu-Nation.

**Ho:** Indigene Gemeinschaft

**IAPL/Indian Association of People's Lawyers:** Ein im Jahr 2000 gegründetes Netzwerk von Anwäl:innen, die sich für die rechtliche Unterstützung kollektiver Kämpfe für Menschenrechte sowie in Fällen schwerwiegender

Rechtsverletzungen engagieren. Drei der Beschuldigten im Fall Bhima Koregaon waren vor ihrer Inhaftierung maßgeblich daran beteiligt.

**JMM/Jharkhand Mukti Morcha:** Regionalpartei in Jharkhand

**LAA/Land Acquisition Act:** Kurzbezeichnung für den *Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act* von 2013, der das Landenteignungsgesetz von 1894 ersetzte.

**Moolvasi:** Nicht Indigene, die seit mehreren Generationen in Adivasi-Dörfern leben und Landwirtschaft betreiben. Der Begriff lässt sich etwa mit *Mool* = Wurzel und *Vasi* = Bewohner:in übersetzen.

**Munda:** Indigene Gemeinschaft

**Naxalit:innen, Naxalitenbewegung, Naxalismus:** Zumeist bewaffnete maoistische Bewegungen bzw. deren Mitglieder, die für eine „volksdemokratische Revolution“ kämpfen. Der Name leitet sich von dem Aufstand verarmter Landarbeiter:innen im Dorf Naxalbari in Westbengalen im Jahr 1967 ab.

**NDA/National Democratic Alliance:** Ein von der BJP geführtes Mitte-Rechts-Parteienbündnis, das seit 2014 die Zentralregierung (Union) stellt.

**NIA/National Investigation Agency:** Eine seit 2009 aktive Strafverfolgungsbehörde im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Sie untersteht direkt dem Innenministerium und benötigt bei ihren Einsätzen keinerlei Genehmigung seitens der Regierung eines Bundesstaates. Sie ist unter anderem befugt, Razzien und Festnahmen ohne richterlichen Beschluss durchzuführen.

**Operation Green Hunt:** Eine von den Medien geprägte Bezeichnung für eine großangelegte Offensive zur Aufstandsbekämpfung gegen die *naxalitische(n)* Bewegung(en) in den Wäldern und Stammesgebieten von Zentral- und Ostindien, die 2009 begann.

**Parganait:** Traditionelles Oberhaupt einer Gruppe von Dörfern. Vor der britischen Kolonialherrschaft war ein *Pargana* ein Verwaltungsgebiet der Adivasi in Chotanagpur.

**PESA/Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act, 1996:** Indisches Bundesgesetz, durch das die lokale Selbstverwaltung in den registrierten Stammesgebieten bestätigt wird.

**PIL/Public Interest Litigation:** „Rechtsstreitigkeit im öffentlichen Interesse“ – ein Prozessrecht, das es jeder Person erlaubt, sich mit einer Beschwerde direkt an einen High Court (Oberlandesgericht) oder den Supreme Court zu wenden.

**PPSC/Persecuted Prisoners Solidarity Committee:** Parteiunabhängiger Zusammenschluss zur Unterstützung von Untersuchungshäftlingen, die sich mit *Naxalismus*-Vorwürfen konfrontiert sehen, in Zentral- und Ostindien.

**PUCL/People's Union for Civil Liberties:** Parteiunabhängige Menschenrechtsorganisation, die seit den 1980er Jahren in vielen Bundesstaaten aktiv ist.

**RTI/Right to Information Act:** Ein Gesetz, das allen Bürger:innen Indiens Einsicht in Unterlagen staatlicher Einrichtungen ermöglicht.

**Salwa Judum:** Der paramilitärische Verband wurde 2005 im Rahmen einer Offensive zur Aufstandsbekämpfung gegen die *Naxalit:innen* in Chhattisgarh gegründet und wurde von der Regierung von Chhattisgarh sowie dem indischen Innenministerium unterstützt. Die von den Milizionären verübten Morde, Brandstiftungen,

Plünderungen und andere Gewalt- und Gräueltaten blieben strafrechtlich folgenlos. Im Jahr 2011 ordnete der Supreme Court die Auflösung der Miliz an.

**Santhal:** Indigene Gemeinschaft

**Santhal Parganas Tenancy Act, 1876:** Gesetz zum Schutz der Landrechte der Adivasi in der Region Santhal Pargana (heutiger Nordosten des Bundesstaates Jharkhand), das 1949 novelliert wurde.

**ST/Scheduled Tribes:** Administrative Bezeichnung der Adivasi-Bevölkerung mit von der Verfassung gedeckten Rechtsfolgen wie etwas Land- und Waldrechte.

**SC/ST Act/Scheduled Castes and the Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act:** Indisches Bundesgesetz, das die Rechte und die Würde von Angehörigen der Dalit- und Adivasi-Gemeinschaften vor Gräueltaten und Hassverbrechen schützen soll.

**SC/Scheduled Castes:** Administrative Bezeichnung der Dalit-Bevölkerung mit von der Verfassung gedeckten Rechtsfolgen wie etwa die besondere Berücksichtigung durch Quoten bei der Gesundheitsversorgung, bei Ausbildungsplätzen und der beruflichen Förderung im öffentlichen Dienst.

**Sedition:** Der vor 150 Jahren in das indische Strafgesetzbuch aufgenommene Paragraf 124A gegen die „Aufwiegelung des Volkes“ wird ausgiebig dazu benutzt, abweichende Meinungen zu kriminalisieren.

**UAPA/Unlawful Activities (Prevention) Act:** Sicherheits- und Anti-Terrorgesetz aus dem Jahr 1967, das seither weiter verschärft wurde. Es wird ausgiebig dazu benutzt, Aktivist:innen, Dissident:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen zu kriminalisieren.

**UPA/ United Progressive Alliance:** Von der Kongresspartei angeführtes Parteienbündnis, das von 2004 bis 2008 (UPA I) und von 2009 bis 2014 (UPA II) die Zentralregierung (Union) stellte.

### Sonderedition Stan Swamy – Bitte um Spenden

Die Herausgabe von Stan Swamys autobiografischen Fragmenten in deutscher Sprache beruht zum großen Teil auf ehrenamtlicher, solidarischer Arbeit. Gleichwohl fallen technisch bedingte Kosten an: für die Gestaltung der Druckvorlage, den Druck und den Vertrieb.

Hierfür bitten die Herausgeber:innen um Spenden – seien Sie großzügig!

Spenden unter dem Stichwort „Stan Swamy“ überweisen Sie bitte auf das folgende Konto:

**Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.**  
**Evangelische Bank eG**  
**IBAN DE60 5206 0410 0004 0037 64**  
**BIC GENODEF1EK1**

# Bleiben Sie dran

Mit einem Abo von SÜDASIEN haben Sie den Finger am Puls der Region

# SÜDASIEN

Zeitschrift des Südasienbüro e.V.

46. Jahrgang, Nr. 1/2026

## GEGENWARTS-LITERATUR

Wie Identität entsteht

## SCHWERPUNKT

KI und Arbeitsmarkt

## SCHWERPUNKT

KI als Zukunft

## AFGHANISTAN

Realpolitik

## BANGLADESCH

Wie weiter?

## INDIEN

Stille Epidemie

## NEPAL

Wahl 2026

## NEPAL

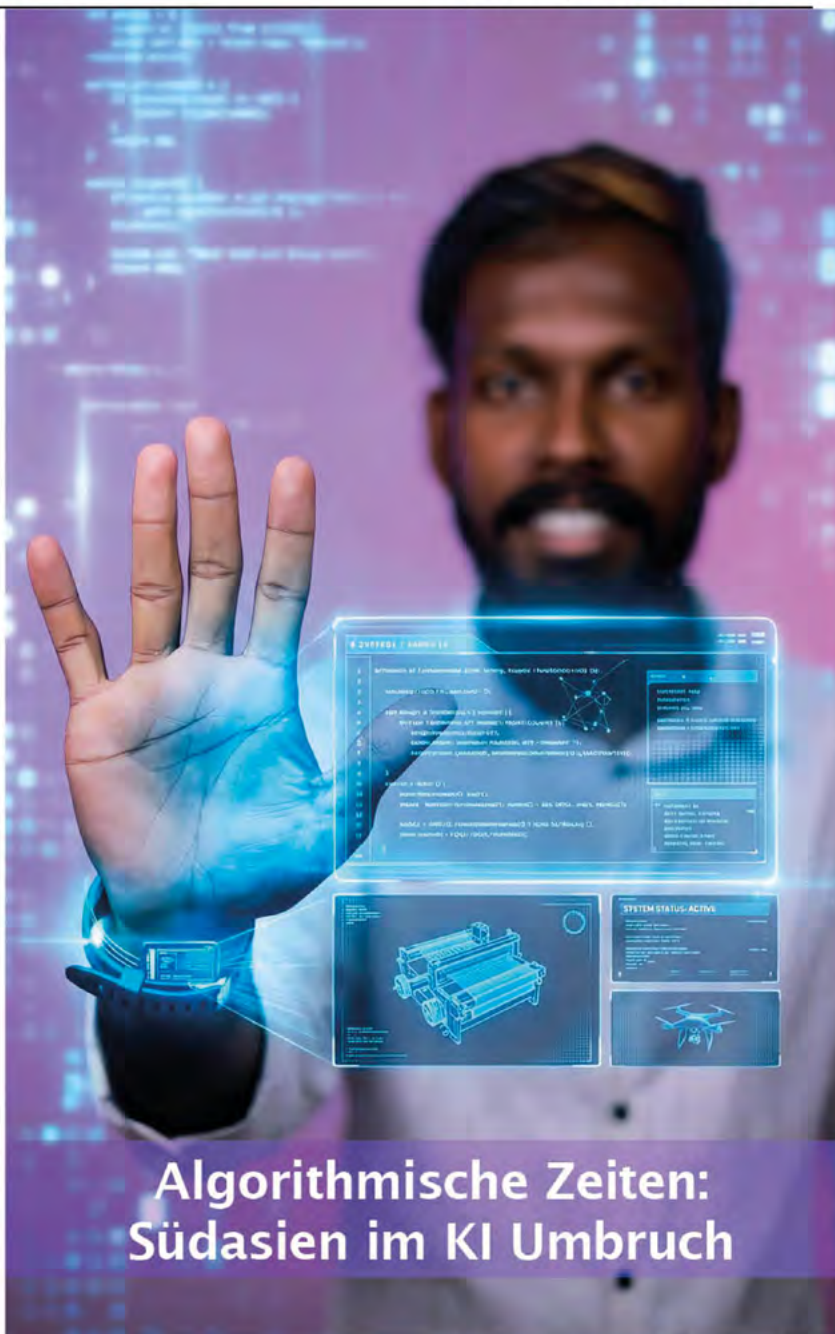
Wohin mit dem Geld?

## PAKISTAN

*Shapatars*

## SRI LANKA

Staatsschutz



Algorithmische Zeiten:  
Südasiens im KI Umbruch



Schmetterlingsblüten. Der im Bundesstaat Jharkhand heimische Malabar-Lackbaum verdankt seinen englischen Namen *Flame of the Forest* seinen prächtigen Blüten. Möge Stan Swamys Beitrag für die Rechte der Adivasi ebenso blühen und Früchte hervorbringen.

Bild © Adivasi Koordination e.V.

## Ausgewählte Zitate von Stan Swamy

- Warum ist die Wahrheit so bitter geworden, abweichende Meinungen so intolerabel und Gerechtigkeit so unerreichbar?
- Die Wahrheit muss ausgesprochen, das Recht auf abweichende Meinungen muss gewahrt bleiben und auch den Armen muss Gerechtigkeit widerfahren.
- Gerechtigkeit ist für die oft zu Unrecht Beschuldigten im derzeitigen System unerreichbar.
- Wehren sich junge Menschen gegen systemische Ungerechtigkeiten, riskieren sie eine Verhaftung und eine mehrjährige Haft ohne gerichtliches Verfahren.
- Die Interessen der Unternehmen überwogen die Verpflichtungen der Regierung gegenüber den Bürger:innen des Landes.
- Wir leben in einem Land, in dem sich die Strafverfolgungsbehörden nicht an die Bestimmungen der Verfassung oder die Urteile des Supreme Court halten. Das PESA-Gesetz ist dabei nur die Spitze des Eisbergs.
- Wie lange müssen die Adivasi noch Opfer systembedingter Unterdrückung sein? Aufgeschobene Gerechtigkeit ist verweigerter Gerechtigkeit.
- Jede:r Andersdenkende ist dem Staat ein Dorn im Auge. Das ist die Rolle der Bürger:innen, wenn Ungleichheit und die Ausgrenzung von Armen an der Tagesordnung sind.
- In Jharkhands Gefängnissen sind mehrere hundert Adivasi- und Dalit-Jugendliche als mutmaßliche Naxalit:innen inhaftiert. Es ist ein gefährliches Zeichen für eine gesunde Demokratie, wenn sich die Öffentlichkeit daran gewöhnt hat und darin nichts Außergewöhnliches mehr sieht.
- Menschenrechtsverteidiger:innen mögen unterdrückt werden, aber nicht besiegt. Der Weg zur Freiheit ist lang!
- Jedes Bergbauprojekt zerstört grüne Wälder, fruchtbare Böden und Gewässer und verdrängt oft ganze Dorfgemeinschaften.
- Wenn mich mein Einsatz für die Rechte der Adivasi zu einem *Desh Drohi* (in etwa: Landesverräter) macht, dann sei es so!